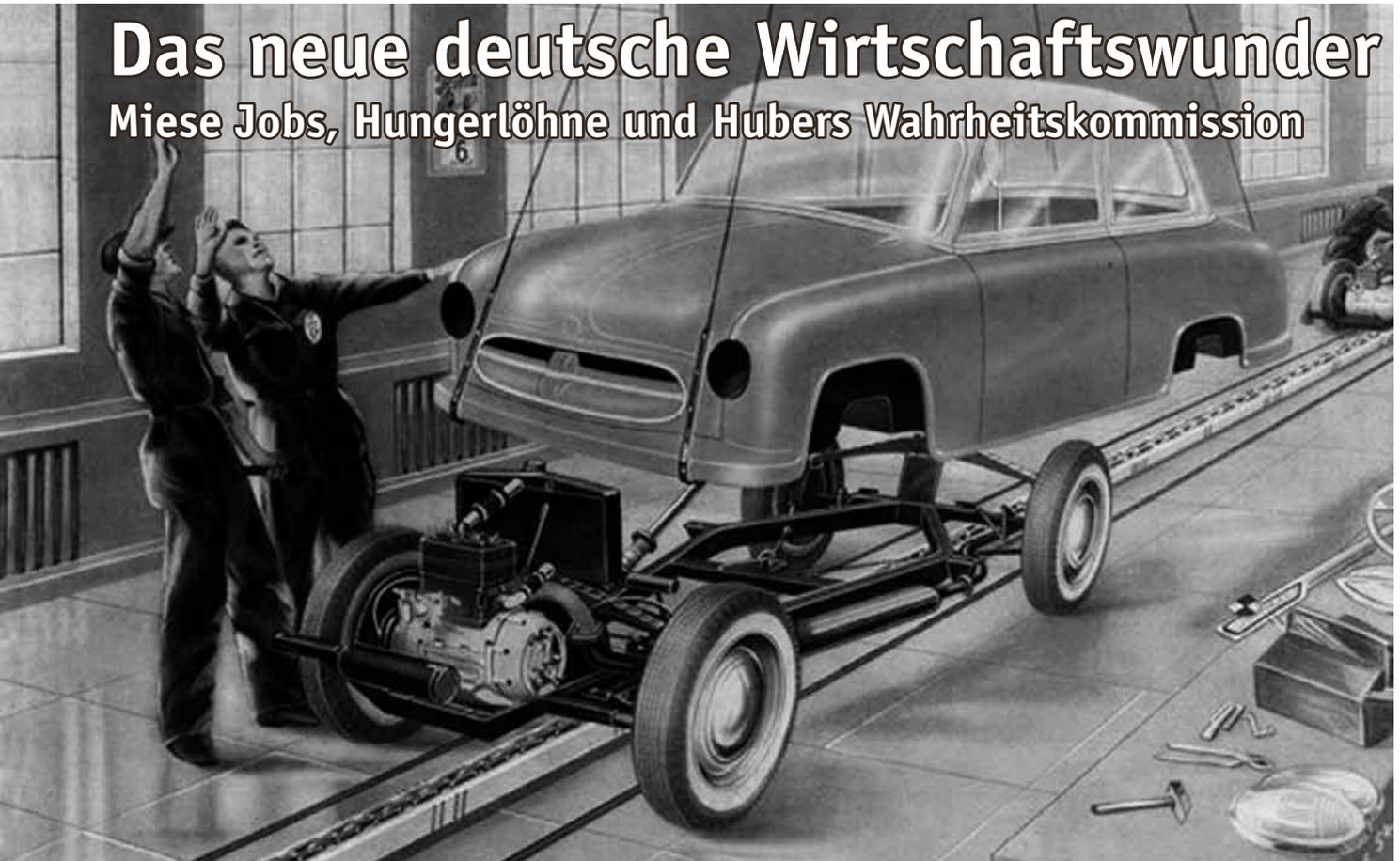


Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Das neue deutsche Wirtschaftswunder Miese Jobs, Hungerlöhne und Hubers Wahrheitskommission



Es scheint so, als sei der Verlauf der Krise sowohl von bürgerlicher Seite als auch von der Linken völlig falsch eingeschätzt worden.

Auch wir schätzten auf der JK im vergangenen Jahr noch ein, dass sich die ökonomische Krise verschärfen würde und sich daraus größere gesellschaftliche Konflikte und konkrete betriebliche Abwehrkämpfe entwickeln würden.

Im Moment erleben wir das Gegenteil. Die deutsche Industrie boomt und exportiert fast wie in den Zeiten vor der Krise. Anfang September schwärmte das Handelsblatt über diesen „wunderbaren Sommer“ und schrieb:

„Die Autoindustrie kann ihr Glück kaum fassen. So schnell wurde noch nie eine Krise bewältigt – Abwrackprämie war gestern. Vor allem Mercedes, Audi

und BMW melden sensationelle Verkaufszahlen“.

Nicht unbedeutend an der Entwicklung ist der Boom in China. Run-

de 10 Prozent werden die Ausfuhren nach China in diesem Jahr insgesamt steigen. Dabei gibt es alleine in der

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

- Das neue deutsche Wirtschaftswunder S. 1
- Die Jahreskonferenz der Gruppe S. 11
- Zur Politischen Entwicklung und zur Lage der Gruppe S. 12
- Gesetzesinitiative zur Einschränkung des Streikrechts S. 14
- Über den 19. Parteitag der DKP S. 20
- Wahlen in Wien und der Steiermark S. 22
- Chinas Wiedereintritt in die große Geschichte und Wirtschaft S. 25
- Die Erschaffung einer rechten Dominanz in Chile/Teil IV S. 31

In eigener Sache

Diese Dezember-Nummer erscheint zwei Monate nach unserer Jahreskonferenz in Nürnberg. Wir berichten darüber und drucken die wichtigsten Referate ab.

Seit der Konferenz hat sich innen- und außenpolitisch Neues ergeben, das in vielem die Zuspitzung des Bisherigen ist: Trotz der Jubeltöne der Merkel-Regierung über die momentanen Steigerungsraten beim Export in Deutschland geht die Weltwirtschaftskrise weiter. Sie führt zu einer gefährlichen Kettenreaktion bei der Währungs- und Finanzkrise in der EG. Man kann nur ahnen, was diesbezüglich auch noch auf Deutschland zukäme, würden auch Portugal, Spanien, Belgien und Italien ins Rutschen kommen. Die politischen und sozialen Folgen kann man sich vorstellen. Noch bedrohlicher, auch für den Weltfrieden, wird die politische und finanzpolitische Krise in den USA, verbunden mit einem Wegbrechen eines Teils des „Mittelstandes“. Die Krise wird vom Säbelrasseln um Korea und den Iran begleitet. Nur die militärische und ökonomische Übermacht hat die finanzielle „Stunde der Wahrheit“ in den USA bisher verhindert. Den Afghanistan- und Irak-Klotz am Bein und die Existenz von Atomwaffen in den gefährdeten Ländern sind wohl Hindernisse, den „Ausweg“ in einem Krieg zu suchen, sich z.B. des chinesischen Gläubigers und Konkurrenten zu entledigen.

In Deutschland geht die schwarz-gelbe Merkel-Regierung nahezu ungebremst in die reaktionäre sozialfeindliche Offensive. Von der Gesundheits-„Reform“, der Rente mit 67, dem Hartz IV-Skandal bis zur Verteuerung der Pflegeversicherung geht es nun Schlag auf Schlag, als Ausdruck des Klassenkampfes von oben. Es eilt, denn im März wird die Serie der Landtagswahlen mit Baden-Württemberg eingeläutet. Da

muß, wahltaktisch kalkuliert, wieder das „Vergessen“ bei den Wählern vorherrschen. Das gilt auch für das Stuttgarter Bahnhofsgroßenwahnprojekt. Durch das Geissler-Schlichtungstheater ist es Merkel, Grube & Co. gelungen, die Stuttgarter 21-Bewegung zu spalten und zu schwächen. 21 plus gibt eben nicht Null, sondern bleibt 21, mit einigen Verzerrungen.

Trotz des Engagements einer Minderheit – in Nürnberg z.B. haben fast 30.000 Gewerkschafter kämpferisch demonstriert – ist der „Heiße Herbst“ ausgeblieben. Die Regierung hatte sich flugs der Ablenkung mittels einer Terroristenhysterie bedient, als folgsame Schülerin der USA. Doch vor allem war es der Wirtschaftsaufschwung, der der Protestentwicklung den Boden entzogen hat. Jetzt wird wieder eingestellt, verdient; es werden sogar wieder Überstunden geschoben – für Streiks in den Großbetrieben ist das nicht das richtige Klima.

Wir haben es nicht mehr geschafft, die aktuellen Geschehnisse für die Dezember-Nummer aufzubereiten. Auch haben ja unsere Einschätzungen auf der Jahreskonferenz in Referaten und Diskussionsbeiträgen ihre Bestätigung in diesem weiteren Gang der Entwicklung erfahren. Wir brauchen auch die gewerkschaftlichen und innenpolitischen Schlußfolgerungen nicht zu revidieren, denen wir einmütig zustimmen.

Als Aktuelles bringen wir in diesem Heft die Analyse der österreichischen Wahlen in Wien und der Steiermark. Aus erster Hand berichtet ein Teilnehmer über den DKP-Parteitag. Er schreibt über Veränderungen und bringt seine Ansicht ein zur Krise der Partei und wie es dort weitergehen könnte.

Der Zeitschrift „Arbeiterpolitik“ ist ein Artikel entnommen, der das beabsichtigte Abkommen zwischen DGB und Unter-

nehmerverband zwecks einer sogenannten „Tarifeinheit“ aufs Korn nimmt. Damit würden DGB-Gewerkschaften anderen Gewerkschaften in den Rücken fallen und ihnen – vor allem den kleinen Spartengewerkschaften – das Mittel des Streiks verwehren!

Andreas Diers würdigt in einem Artikel die überragende Person und Politik von Wolfgang Abendroth.

Wir haben auf unserer Jahreskonferenz wiederum unsere Solidarität mit dem sozialistischen Kuba ausgedrückt. Das boykottierte Land befindet sich in einer schwierigen Situation, die sich zu einer gefährlichen Krise ausweiten könnte. Dazu erschien in der „Soz“ ein Beitrag eines kubanischen Historikers, der von links her die Lage einschätzt und auch Kritik übt. Fast zur gleichen Zeit erschien in der „UZ“ ein Artikel „Chancen und Risiken der neuen wirtschaftlichen Maßnahmen“, der manches in günstigerem Licht sieht.

Unsere Fortsetzungsserie „China“ und „Chile“ finden hiermit nun ihren Abschluss.

Wir danken allen Abo-Zahlern und Spender. Leider ist in den letzten Wochen wenig an Überweisungen eingegangen. Wir sind aber dringend auf die Unterstützung der Leser*in angewiesen!

Leider hat ein Teil der Bezieher der „Arbeiterstimme“ noch nicht reagiert. Wir appellieren an diese, doch auch zum Weiterscheitern unserer Zeitschrift beizutragen. Wir können nur bestehen, wenn unsere Leser uns weiter unterstützen!

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thomas Gradl, Bucherstr. 20, 90408 Nürnberg, Druck: Eigendruck im Selbstverlag. Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl, Postfach 910307 90261 Nürnberg
e-Mail: redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger, Postbank München, BLZ 700 100 80, Konto: 665924-808. Für Überweisungen aus dem Ausland: Iban: DE 85 7001 0080 0665 9248 08
BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

Autoindustrie eine Steigerung um 170 Prozent.

Aufschwung XXL?

Es ist deshalb kein Wunder, dass sich auch die Bundesregierung in dieser Konjunktur sonnt. Brüderle, der Wirtschaftsminister, spricht sogar bereits vom neuen deutschen Wirtschaftswunder und von einem Aufschwung in der Größe XXL, wobei er natürlich nicht erwähnt, dass das nicht das Resultat seiner Politik ist. Es ist das Ausland, das im Moment der deutschen Wirtschaft hilft.

Und tatsächlich, während in fast allen Ländern der EU die Arbeitslosenzahlen steigen, gehen sie hierzulande zurück. Grund dafür ist, neben der weiter gestiegenen Produktivität in den Betrieben, auch das weitere Sinken der Lohnstückkosten, wobei ein nicht geringer Anteil auf das Konto des seit Jahren betriebenen Lohndumpings geht.

Die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen ist weiter zurückgegangen. So waren im Juni 3,135 Millionen Menschen arbeitslos. Das waren fast 260.000 weniger als im Vergleichsmonat des Vorjahrs. Im Vergleich mit der Zeit vor der Wirtschaftskrise haben Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung zwar zugenommen, der Anstieg ist aber erheblich geringer ausgefallen als in allen Einschätzungen angenommen.

Der gegenüber den Einschätzungen vergleichsweise niedrige Stand der offiziell ausgewiesenen Arbeitslosigkeit ist auf die massive Kurzarbeit in den Betrieben zurückzuführen. Zeitweise waren rund eine Million Beschäftigte in Kurzarbeit, die aber nur deshalb nicht in die Arbeitslosigkeit wechselten, weil „wunderbarerweise“ und rechtzeitig die Konjunktur ansprang.

So wurden, laut dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, über 1,2 Millionen Jobs gerettet. Das hört sich zwar gut an, sollte aber genauer untersucht werden. Denn wie

in der Vergangenheit weist die offizielle Statistik nur einen Teil der Wahrheit aus. So schreibt Die Linke in einer Presseerklärung im Juni: *„3,153 Millionen Menschen waren im Monat Juni ohne Arbeit – offiziell. Jenseits geschönter Zahlen liegt die Arbeitslosigkeit bedeutend höher. DIE LINKE hat auch in diesem Monat nachgerechnet: 4,332 Millionen sind es wirklich, wenn man diejenigen mit einrechnet, die in 1-Euro-Jobs oder arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen geparkt sind“*.



Aber das ist noch nicht alles. So hat das Statistische Bundesamt Zahlen veröffentlicht, wonach im vergangenen Jahr 8,6 Millionen Menschen sich Arbeit oder mehr Arbeitsstunden wünschten. Damit wird das reale Arbeitsplatzdefizit deutlich. In dieser Zahl kommt auch die Unzufriedenheit mit prekären Beschäftigungsverhältnissen zum Ausdruck. Ein Großteil der neuen Arbeitsplätze besteht aus Teilzeitarbeit, die in der Regel mit einem Hungerlohn bezahlt und damit prekär und zum Leben nicht ausreichend ist. Diese Zahlen relativieren die offizielle Statistik und strafen diese der Lüge. Im europäischen Vergleich liegt die BRD bei der Arbeitslosigkeit auf Platz 12. Wenn man allerdings das gesamte ungenutzte Arbeitskräftepotential einbezieht, kommt sie auf den Platz 20 (von 27!).

Niedriglohn und Leiharbeit

Und dieser Trend setzt sich fort. Die Vollzeitbeschäftigung entwickelt sich weiter nach unten, während die

Teilzeitarbeit zunimmt. Alleine im Vergleichszeitraum zum Juni 2009 ging die Vollzeitbeschäftigung um 60.000 zurück, während die Teilzeitbeschäftigung um 180.000 anstieg.

Eine weitere Verschlimmerung für die abhängig Beschäftigten ist in der Entwicklung der Leiharbeit zu sehen. Ein Drittel des aktuellen „Einstellungswunders“ geht auf das Konto der „Leiharbeit“. Diese zählt ebenfalls zu dem Bereich der pre-

kären Beschäftigungsverhältnisse und damit zum Niedriglohnsektor, der die deutschen Exporterfolge maßgeblich fördert. Fast 6,55 Millionen Beschäftigte gab es 2008 in diesem Sektor; das heißt, 2,3 Millionen mehr als zehn Jahre zuvor, im Jahr 1998. Nach einer aktuellen Studie des Instituts für Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen verdienen inzwischen zwei Millionen Menschen, mit dem Schwerpunkt im Osten, weniger als

sechs Euro brutto in der Stunde. Damit stellt die BRD in der Dynamik nach unten innerhalb der EU den Negativrekord auf. So machte der Niedriglohnsektor in Frankreich im Jahr 2005 mit 11,1 Prozent lediglich die Hälfte des deutschen Niveaus aus, während er in Dänemark sogar bei nur 8,5 Prozent lag. Extreme Niedriglöhne von unter fünf oder sechs Euro die Stunde, wie es sie hierzulande gibt, wären in den meisten EU-Ländern, den Wissenschaftlern zufolge, im Verhältnis zum jeweiligen mittleren Stundenlohn „unzulässig“. Grund dafür sei, dass die gesetzlichen Mindestlöhne in den Staaten zwischen 40,5 Prozent und 62,7 Prozent des Vollzeitstundenlohns betragen. So lägen in den Niederlanden, Belgien, Irland, Frankreich und Luxemburg etwa die Lohnuntergrenzen zwischen 8,41 Euro und 9,73 Euro. Würde sich Deutschland an dieser Spanne orientieren, müsste hierzulande ein Mindestlohn um die neun Euro eingeführt werden, urteilten die Wissenschaftler.

So sieht also das wirkliche Bild des Konjunkturaufschwungs der

Größe XXL aus: miese Jobs und Hungerlöhne sowie wenig Perspektive. Mit sich überschlagenden Positivmeldungen versuchen die Herrschenden und ihre Medien diese wenig attraktive Entwicklung schönzureden. Ob das die Beherrschten und Betroffenen allerdings auch so sehen, ist eine andere Frage. Immerhin zeigt sich die Bourgeoisie in ihren eigenen Medien weniger optimistisch. In Ihnen werden die Fragen aufgeworfen, die man in „Bild“ und ähnlichen Organen nicht findet. Hier werden die Zweifel an der Nachhaltigkeit der Konjunktorentwicklung beschrieben und von XXL-Aufschwung spricht außer einem gewissen Brüderle niemand.

Immer öfter kann man in der Wirtschaftspresse von den Sorgen der Kapitalisten über einen Rückfall in die Krise lesen. Die Financial Times Deutschland (FTD) berichtet Anfang August von einer durch das Organ durchgeführten Umfrage unter führenden Wirtschaftsexperten zum angeblichen Aufschwung in der Eurozone. „Das hat divergierende Prognosen ergeben“, die, so die Zeitung, „die derzeitige große Unsicherheit über die weitere Entwicklung widergeben“.

Die Krise ist nicht wirklich vorbei

Die Krise scheint einem Vulkan zu gleichen, der sich äußerlich beruhigt hat, jedoch im Inneren noch immer heftig brodelnd und schon morgen wieder ausbrechen kann. Und wie bei einem Vulkan gibt es immer wieder neue Schübe, die größere Brocken hochspülen, die sich zum Ausgangspunkt eines neuen großen Krisenausbruchs entwickeln können. 2008 war es der Schock des Immobilien-Crashes in den USA und der nachfolgenden globalen Finanzkrise, dieses Jahr der Schock über die bevorstehenden Staatsbankrotte mehrerer europäischer Länder, allen voran Griechenlands. Und jetzt baut sich neues Ungemach auf, das die allgemeine Verunsicherung der Akteure an den Finanzmärkten steigert: In zunehmendem Maße machen sich diese Kreise Sorgen um die konjunkturelle Entwicklung in

den USA, wegen der depressiven Entwicklung in Japan, aber auch um die nach wie vor kritische Situation in Europa.

So meinte selbst einer der schärfsten Vertreter des Neoliberalismus hierzulande, Hans-Werner



Sinn, in der „Süddeutschen Zeitung“ anfangs des Jahres, dass von den 170 Milliarden an toxischen Wertpapieren, die deutsche Banken halten, gerade einmal 40 Prozent abgeschrieben wären. „Die grundlegenden Herausforderungen sind damit nicht gelöst, viele Fragen nur hinausgeschoben“, so Sinn in der SZ.

Dass es unter der Decke brodelnd, zeigte sich auch Mitte September, als bekannt wurde, dass die verstaatlichte Pleitebank Hypo Real Estate weitere staatliche Milliarden Garantien benötige, um nicht zusammenzuberechen. Mit weiteren 40 Milliarden Euro werde der staatliche Bankenrettungsfonds SoFin (Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung) Garantien für das Institut übernehmen, war am 10. September überraschend vom Fonds mitgeteilt worden. Im Klartext heißt das, dass wieder von den Steuerzahlern ein „Sicherheitsnetz“ gespannt wird, um zu verhindern, dass Großbanken, wie z. B. die Deutsche Bank größere Verluste erleiden. Michael Schlecht merkte dazu in einem Kom-

mentar für die „junge Welt“ an, dass „mit der ‚Rettung‘ der HRE andere Zockerbanden vor Ausfällen in Höhe von 36 Milliarden Euro bewahrt“ wurden. Der Wirtschaftsexperte der Partei Die Linke im Bundestag sieht den Schrecken ohne Ende weitergehen. Dabei ist das nicht nur ein Problem in der BRD. So vermeldete vor kurzem das Handelsblatt, dass die irische Regierung in das Pendant der deutschen HRE, die Anglo Irish Bank, in den vergangenen Monaten Milliarden gepumpt hätte. Die irische „Sunday Business Post“ monierte darauf: „Die Regierung hat einer Bank, die wertlos ist, mehr gegeben, als sie es sich leisten kann“. Die staatliche Bank soll nun zerschlagen werden in eine Kern- sowie eine Bad-Bank, welche verkauft werden soll. Mit diesem Schritt versucht die irische Regierung, beunruhigte Investoren zu beruhigen. Ob dies etwas nützt, bleibt fraglich. Und das „Handelsblatt“ stellt Ende September die bange Frage: „Ist Irland das nächste Griechenland?“. Die Schuldenkrise in Irland spitzt sich derzeit weiter zu. Das Etatdefizit bleibt trotz massiver Kürzungen im Sozialbereich extrem

hoch, weshalb die Ratingagentur Standard & Poor die irische Bonitätsnote herabgestuft hat und vor weiteren Verschlechterungen warnt. Das Spiel ist seit der griechischen Staatskrise bekannt. Die Spekulanten sitzen in den Startlöchern.

Den größten Unsicherheitsfaktor für die Weltwirtschaft bilden derzeit allerdings die USA. Dort mehren sich inzwischen wieder die Krisensymptome. Fast alle Indikatoren weisen darauf hin, beginnend mit den offiziell wieder steigenden Arbeitslosenzahlen bis hin zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts. Noch nie wurden in den USA so viele Arbeitsplätze vernichtet wie in dieser Krise. Die offizielle Arbeitslosenquote liegt bei derzeit 9,6 Prozent, die wirkliche um ein vielfaches höher. Schätzungen liegen bei 17 Prozent. In den USA läuft das Arbeitslosengeld nach spätestens sechs Monaten aus. Damit verschwindet der Arbeitslose aus der Statistik. Finanzielle Unterstützung gibt es dann nicht mehr. Findet jemand in der Zeit nichts Neues, blei-

ben ihm nur noch die Almosen der Suppenküchen religiöser und wohlthätiger Institutionen.

Noch unter der Bush-Regierung, dann unter Obama, wurden gewaltige Wirtschafts-Stimulierungsprogramme lanciert, mit der die Ökonomie stabilisiert werden sollte. Der Erfolg war mäßig. Das Wirtschaftswachstum blieb gering (für 2011 sollen es 1,2 Prozent betragen) und Ökonomen prognostizieren, dass es wahrscheinlich sinken wird. Auf dem Arbeitsmarkt hat sich ebenfalls wenig zum Positiven verändert. Neu entstanden sind nur niedrig bezahlte Stellen, ebenfalls mit Schwerpunkt in der Zeitarbeit und im Gesundheitswesen. Damit wächst der Abstand zwischen Arm und Reich weiter, der inzwischen ein Niveau erreicht hat wie in keinem anderen Industrieland.

Phasenverschiebung der Konjunktur

Der Grund für die konjunkturelle Eintrübung liegt hauptsächlich an einer Phasenverschiebung der Konjunktur. In den USA kamen staatliche Konjunkturprogramme zuerst zum Einsatz und laufen jetzt aus. Der Anschlag hatte offensichtlich nicht die erhoffte Wirkung und droht ins Leere zu laufen. Die Probleme der US-Wirtschaft sind gigantisch. Und niemand kann sagen, wie die USA aus der Misere herauskommen. Alleine um den prekären Zustand zu erhalten, müsste die US-Wirtschaft jährlich um drei Prozent wachsen, was sie aber nicht tut. Ein Abbau der Arbeitslosigkeit ist deshalb nicht in Sicht.

Die Probleme in den USA sind vielgestaltig. Neben der Staatsverschuldung sind auch die Privathaushalte massiv überschuldet. Die Konsumkraft in den USA kam in der Vergangenheit bekanntermaßen fast alleine aus beliebigen Hypotheken und Kreditkarten. Um wieder kaufkräftig zu werden, müssten die privaten Haushalte mehr als sechs Billionen Dollar Schulden tilgen und daher über Jahre hinaus den Konsum massiv einschränken. Eine nachhaltige konjunkturelle Erholung ist aber unter solchen Voraussetzungen nicht vorstellbar. Es ist deshalb sehr wahrscheinlich, dass die zweite Welle der Wirtschaftskrise in naher Zukunft

von den USA, der größten Volkswirtschaft der Welt, ausgeht; das umso mehr, da auch in China und in der EU die staatlichen Konjunkturprogramme ihre Grenzen erreichen und vor dem Auslaufen stehen.

Angesichts dieser Entwicklung ist die Jubelstimmung bundesdeutscher Medien nur schwer verständlich. Sie wird beim Umschlagen der Konjunktur schnell einem tiefen Katzenjammer weichen.

Das chinesische „Wirtschaftswunder“

Doch noch ist es nicht so weit. Im Moment klammern sich alle Hoffnungen an China. Dort setzt sich trotz der globalen Krise im Moment das „Wirtschaftswunder“ der vergangenen Jahre fort. Der Löwenanteil der chinesischen Exporte ging vor der Krise in die USA. Nach dem Einbruch des Exports in die USA stabilisierte die chinesische Regierung die eigene Ökonomie mit einem gigantischen Konjunkturprogramm. Damit konnte ein drastischer Konjunkturreinbruch bislang verhindert werden. Die Zentralregierung in Peking stellte zur Konjunkturankurbelung umgerechnet 586 Milliarden Dollar zur Verfügung, die allerdings Ende des Jahres auslaufen werden. Ungefähr derselbe Betrag kam von regionalen Verwaltungen sowie durch milliardenschwere Investitionen staatlicher Betriebe, mit dem Schwerpunkt der Stärkung der Exportinfrastruktur.

Gleichzeitig ging der staatliche Bankensektor zu einer expansiven Kreditpolitik über. Die Kreditvergabe der chinesischen Staatsbanken ist deshalb alleine im vergangenen Jahr, gegenüber dem Vorjahr, um 100 Prozent auf 1,46 Billionen US-Dollar anstiegen. Die Folge dieser Politik ist, dass in den chinesischen Boom-Städten die Immobilienpreise rasant angestiegen sind, so dass wir inzwischen auch dort von einer spekulativen Immobilienblase sprechen können. Zwangsläufig wird diese, früher oder später, platzen, mit den inzwischen bekannten Folgen. Das ist allerdings die Prognose für morgen.

Aktuell boomt die Wirtschaft. Alleine im Jahr 2009 wuchs die Wirtschaft um 8,7 Prozent. Geradezu explosionsartig ist das Wachstum in

der chinesischen Fahrzeugindustrie. Die Volksrepublik ist inzwischen der weltgrößte Automarkt. Alleine im Januar dieses Jahres wurden 1,3 Millionen Autos verkauft. Das entspricht gegenüber dem Vorjahresmonat einem Plus von 115,5 Prozent.

Allerdings wird China den Hoffnungen der Bourgeoisie nicht gerecht werden können. Das US-Konsumwunder der zurückliegenden Jahre kann in derselben Qualität nicht wiederbelebt werden. Der eigene Binnenmarkt dagegen ist wegen der fehlenden Kaufkraft, trotz der riesigen Bevölkerungszahl von 1,3 Milliarden Menschen, zu klein, um diese Warenmengen aufzunehmen. China kann deshalb nicht die Rolle der „Weltkonjunktur-Lokomotive“ übernehmen.

Das ist neben der Entwicklung in den USA ein zusätzlicher Problempunkt, der einen weiteren Schub der weltweiten Krise wahrscheinlich macht.

Kapitalinteressen verhindern Reform des Finanzsystems

Was dann passiert, ist abzusehen. Die Regierungen werden auf einen Krisenschub wieder äußerst hektisch, hilflos und ohne wirkliches Konzept reagieren. Im Augenblick höchster Gefahr versprechen sie alles. Wenn dann die Gefahr gebannt scheint, geht man wieder zur Tagesordnung über. Und auf der steht „Sprücheklopfen“! So wird zum Beispiel seit zwei Jahren von den politischen Akteuren rund um den Globus davon gesprochen, dass eine Reform des internationalen Finanzsystems erforderlich sei. Außer ein wenig Kosmetik ist bis jetzt allerdings nichts geschehen. Den starken Worten in Berlin, Paris, London und Washington folgten keine Taten. Dem stehen offensichtlich die jeweiligen nationalen Kapitalinteressen entgegen.

Nachdem im März des Jahres gegen Griechenland und den Euro spekuliert wurde, verkündete die Bundesregierung lautstark, dass man jetzt zusammen mit anderen europäischen Regierungen daran arbeite, strengere Regeln zu entwickeln, die den Handel mit Derivaten transparenter machen sollten. Außerdem wurde angekündigt, einige spekula-

tive Praktiken ganz zu verbieten. Gegen diese, wahrscheinlich nicht ernst gemeinte, Ankündigung liefen die Banken Sturm. Natürlich waren sie nicht bereit, sich dieses äußerst lukrative Geschäft vermiesen zu lassen. „Ein nationaler Alleingang wäre allerdings gefährlich und würde den Finanzstandort stark schädigen“, machte die Deutsche Bank der Frau Merkel klar.

Und so geschah schließlich auch nicht viel. Im Juni trafen sich in Toronto dann die 20 führenden Industrie- und Schwellenländer zu einem Gipfel, um das Problem anzugehen. Das „Handelsblatt“ schreibt am 30. Juni unter der Überschrift „Top-Ökonomen geißeln die Beschlüsse als zu bankenfreundlich“: „Führende

Ökonomen und Politiker in Deutschland haben sich enttäuscht über die G20-Beschlüsse zur Finanzmarktreform geäußert. Kritisiert wird vor allem, dass sich die Lobby der Finanzwirtschaft durchgesetzt hat“. So gab es keine Verständigung über eine Bankenabgabe oder eine Finanztransaktionssteuer. Gewarnt wird eindringlich vor der Gefahr einer neuen Finanz- und Wirtschaftskrise. Und das „Handelsblatt“ zitiert aus dem Jahresbericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ): „Was wir Ende 2008 und Anfang 2009 erlebt haben, könnte sich durch einen Schock jederzeit wiederholen. Jedoch besteht im Gegensatz zu jener Krise kaum noch Spielraum“.

Gemeint sind damit die billionenschweren Konjunkturprogramme rund um den Globus, die kaum ein zweites Mal in dieser Größenordnung aufgelegt werden könnten, ohne die betreffenden Staaten in den Bankrott und deren Bevölkerungen zur Rebellion zu treiben.

Widerstand ist nicht in Sicht

Auf der Jahreskonferenz des vergangenen Jahres haben wir noch eingeschätzt, dass es auch bei uns zu

sozialem Widerstand gegen die Auswirkungen der Krise kommt. Sieht man von Ausnahmen, wie beispielsweise in Griechenland und Frankreich ab, ist es fast unheimlich ruhig, nicht nur bei uns, sondern auch europa- und weltweit. Dabei hätten überall die abhängig Beschäftigten allen Grund, auf die Barrikaden zu gehen. Weltweit werden die Krisenlasten



den unteren Klassen und Schichten aufgebürdet; Einsparungen und Sozialabbau, wohin man sieht. Die Reichen und Kapitalisten dagegen werden geschont oder sogar noch mit Steuergeschenken bedient werden. Das so genannte Sparpaket der Bundesregierung vom Juni des Jahres ist dafür ein Beispiel. Angekündigt wurde es von Westerwelle mit dem zynischen Spruch, es sei „Schluss mit Freibier für alle“. Wie wenn es jemals für alle jemals „Freibier“ gegeben hätte! Was Westerwelle damit wirklich meinte, wurde dann mit der Vorlage des „Sparhaushalts“ deutlich: Den Ärmsten der Armen in der Gesellschaft wird noch von dem Wenigen genommen. Es wird gekürzt und gestrichen mit dem Ziel, den Besserverdienenden, wie das im Wahlkampf der FDP angekündigt wurde, mehr Netto vom Brutto zu sichern.

Selten wurde so deutlich sichtbar, welchem Auftrag diese bürgerliche Regierung wirklich nachkommt: Sie besorgt ohne schamhafte Zurückhaltung die Geschäfte der herrschenden Klasse. Sie gestaltet die Republik konsequent für „die da oben“ um. Für „die da unten“ bleiben dann lediglich noch hohle Sprüche, ein verrottetes Bildungssystem, wachsen-

de Kinder- und Jugendarmut, eine vorprogrammierte Altersarmut und eine Zerschlagung des Gesundheitssystems. In Zukunft wird es wieder heißen „weil du arm bist, musst du früher sterben“.

Wie schon festgestellt: Diese Strategie wird nicht nur in der BRD verfolgt. Sie ist weltweit am Wirken. Trotz der Finanzkrise stiegen die Finanzvermögen im Jahr 2009 laut der Unternehmensberatung Boston Consulting um 12 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Weltweit konzentriert sich der Reichtum immer mehr. Das geschieht nicht zuletzt durch die Steuerpolitik. Die Nationalstaaten nehmen bewusst Steuermindereinnahmen in Kauf.

Nach Schätzung des gewerkschaftsnahen Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) gehen durch die ständigen Steuerentlastungen der hohen Einkommen seit 1998 alleine der BRD jährlich 50 Milliarden Euro durch die Lappen. Ohne diese Umverteilung von unten nach oben bräuchten die Herrschenden kein Sparpaket und es gäbe keine Kürzungen bei Arbeitslosen und Familien.

Eigentlich müsste es in den Bevölkerungsteilen, die Opfer dieser Politik sind, zu sichtbarem Widerstand kommen. Nach außen ist, sieht man von den fallenden Umfragewerten für die Parteien ab, nicht viel zu spüren. Die Einschätzungen auf Seiten der politischen Linken waren anders. Hier ging man davon aus, dass es im Verlauf des Jahres zu heftigen Auseinandersetzungen, sowohl in den Betrieben als auch auf den Straßen, kommt. Im Juni des Jahres meinte im Vorfeld der zweiten Demonstration des Bündnisses „Wir zahlen nicht für eure Krise“ deren Sprecherin Christina Kaendl in der „jungen Welt“: „Es könnte durchaus zu einer Dynamik wie 2003 bei den Protesten gegen die Agenda 2010 kommen“. Dazu kam es nicht. Das Bündnis zählte 55.000

Demonstranten in Berlin und Stuttgart. Das war keine qualitative Steigerung gegenüber der Märzdemo in Berlin und Köln. Auch entwickelte sich daraus keine Protestwelle wie im Jahr 2003 mit den Montagsdemos gegen die Agenda 2010. Im Hinblick auf die Ungeheuerlichkeit der beabsichtigten Belastungen der abhängig Beschäftigten und wenig Privilegierten war das ein eher mageres Ergebnis, das von der herrschenden Klasse sicher mit Erleichterung aufgenommen wurde.

Realistische Kriseneinschätzung fehlt

Wie ist die momentane Zurückhaltung der Krisenopfer erklärbar? Warum strömen die Massen millionenfach während der Fußballweltmeisterschaft zum Public Viewing, wenn es aber um ihre ureigensten Interessen geht, nicht zu Protestveranstaltungen? Eine einfache Antwort ist sicher nicht möglich. Ein Teil der Menschen wird resigniert haben.

Bei der Mehrheit ist aber sicherlich die individuelle Einschätzung der eigenen Situation positiver, als das die Realität eigentlich zulassen dürfte. Genährt wird dieses Denken durch die herrschende Politik, die, transportiert durch die meisten Medien, durchaus raffiniert versucht, jeglichem Eindruck einer radikalen Sozialkalkahlschlagpolitik entgegenzutreten und alternativlos zu sein.

Vorhandene Zweifel bei den Massen versucht man zu paralisieren

durch eine permanente Schönfärberei der Situation. Man vermittelt über die Massenmedien, dass „es wieder aufwärts geht“.

Im Gegensatz zu anderen Ländern in der EU ist es hierzulande, entgegen unserer Einschätzung, nicht zu spektakulären Werks- und Betriebs-schließungen gekommen, die entsprechende Arbeitskämpfe hätten auslösen können. Auch blieben Massenentlassungen in Großbetrieben eher die Ausnahme. Die aufgelegten Investitionsprogramme der Bundesregierung, die Abwrackprämie und die massive Kurzarbeit in den Betrieben haben (vorübergehend) gewirkt und die herrschenden Kreise vor sozialen Erschütterungen verschont.

Ein weiterer Punkt, der das passive Verhalten der Massen gefördert hat ist sicher auch, neben der Angst vor dem Arbeitsplatzverlust, der Lohnentwicklung geschuldet. Diese war in der Krise nicht so negativ, wie man vermuten könnte. Nach dem Bericht des Statistischen Bundesamtes sind die Bruttolöhne, trotz der Krise im vergangenen Jahr, sogar real um 2,5 Prozent gestiegen. Der Anstieg ist dem Umstand zu verdanken, dass in vielen Tarifverträgen – noch zu Konjunkturzeiten abgeschlossen – Lohnerhöhungen in mehreren Stufen vereinbart wurden, die bis in dieses Jahr hineinragen.

Trotzdem sind die Einkommen real gesunken, aber nur um 0,8 Prozent (Stat. Bundesamt). Das erscheint zwar paradox, ist es aber nicht. Die Ursache liegt in der geringeren Gesamtarbeitszeit durch Kurzarbeit und

dem Abbau von Arbeitszeitkonten. Nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung haben die Beschäftigten im Durchschnitt drei Prozent weniger gearbeitet. In den Bruttolöhnen ist das Kurzarbeitergeld nicht enthalten. Diese Zuschüsse von rund 4,7 Milliarden Euro haben die Einkünfte der vielen Kurzarbeiter stabilisiert. Das trug sicherlich dazu bei, dass die Krise in ihrer ganzen Tragweite und Schärfe nicht so wahrgenommen wird und wurde, wie es ihrer Qualität entsprechen müsste.

Die abhängigen Klassen sehen deshalb im Moment nicht im kollektiven Kampf gegen die Übernahme der Krisenlasten die Lösung, sondern meinen, für sich selbst noch individuelle Auswege aus den Krisenfolgen zu haben. Das hat nicht zuletzt der europaweite Aktionstag am 29. September 2010 gezeigt. Von den Protesten war öffentlich fast nicht bemerkbar. Angekündigt war vom DGB und den Einzelgewerkschaften auch der Protest aus den Betrieben heraus. Es wurden aber von nirgendwo Arbeitsniederlegungen gemeldet.

Um die asoziale Politik der Bundesregierung zu Gunsten der Reichen und des Kapitals maßgeblich zu verändern, bedarf es auch mehr als eines Aktionstags. Dafür muss in den Betrieben mobilisiert und auf den Straßen der Unmut in Permanenz sichtbar werden. Die Frage ist allerdings, ob die Gewerkschaften das trotz mancher markiger Worte tatsächlich wollen. Und diese Frage bezieht sich nicht alleine auf die Füh-



rung, sondern auch auf die Gewerkschaftsbasis. Bei der Gewerkschaftsbasis ist dieses Wollen, das hat der 29. September schon gezeigt – nicht zuletzt durch Illusionen, welche durch die Verschleierung der tatsächlichen fragilen ökonomischen Lage entstehen – nur bedingt vorhanden.

Bei den Führungen der Einzelgewerkschaften und beim DGB dagegen gar nicht. Da sich die Gewerkschaftsführungen selbst als staatstragend betrachten, sehen sie keinen Widerspruch, die Interessen der eigenen Klientel hintanzustellen. Für die Gewerkschaften gilt und galt als Priorität, durch die „konstruktive Zusammenarbeit“ mit Regierung und Kapital die Krise zu überwinden. In einem Interview im „Freitag“ Anfang August drückt es Hans-Jürgen Urban, der dem linken Lager in der IG Metall zuzurechnen ist, so aus: „Man könnte von einem neuen Krisen-Korporatismus sprechen, der ja durchaus Erfolge vorzuweisen hat“.

Gemeint ist neben betrieblichen Bündnissen auch die Bereitschaft der Bundesregierung, auf Vorschläge der Gewerkschaftsseite einzugehen. Konkret geht die Einführung der Abwrackprämie und die Verlängerung der Bezugsfrist des Kurzarbeitergeldes auf Vorschläge der IG Metall zurück.

Und vorsichtig formulierend, fragt Urban dann und damit diese Politik kritisierend: „Taugt dieses Modell für die grundlegenden Weichenstellungen, die jetzt anstehen?“. Selbstverständlich taugt der Eiapopeia-Kurs dazu nicht. Doch das sage Urban einmal seinen Kollegen in den Vorständen und Bezirksleitungen.

Diese sind zum Teil geradezu besoffen von der neuen Anerkennung der Gewerkschaften durch Regierung und Kapitalisten. Und sie machen sich die Illusion, dass diese auch hält, wenn sie wieder einmal ihre Forderungen präsentieren. Es mutet geradezu kindlich an, wenn beispielsweise der zweite Vorsitzende der IG Bau im Hinblick auf die Forderung eines „Nachschlags“ im kommenden Jahr meint: „Die Arbeitgeber müssen sich in besseren Zeiten daran erinnern, dass wir uns in den schlechten verantwortungsvoll gezeigt haben“.

Der IG Metall-Bezirksleiter für NRW erinnerte während der laufenden Stahl-Tarifrunde den Stahlarbeitgeberverband ebenfalls an das „verantwortungsvolle Verhalten“ der eigenen Organisation und fordert deshalb für „seine Leute“ einen „fairen Anteil“. Hinter dem steht natürlich auch die IGBCE nicht zurück. Dort stellt das Vorstandsmitglied Peter Hausmann in Richtung der Unternehmer fest: „Flexibilität ist ja schließlich keine Einbahnstraße!“

Sie werden sich alle noch wundern, spätestens dann, wenn das Kapital diese Art der „Zusammenarbeit“ mit den Gewerkschaften nicht mehr braucht; dann nämlich, wenn der Ausnahmezustand der Krise nicht mehr die Einbindung der Gewerkschaften verlangt und die Kapitalisten zur Tagesordnung zurückkehren.



Die Suche nach dem Sündenbock

Noch ist es nicht so weit. Noch dominiert bei den Kapitalisten und deren Sachwaltern im gesellschaftlichen Überbau die Sorge, dass es zu einer Verschärfung der Krise kommt und eventuell doch noch zu unkalkulierbaren Risiken durch soziale Kämpfe.

Auch darauf bereiten sie sich vor. Es ist sicher kein Zufall, dass aktuell in „Bild“ und „Spiegel“ im

Zusammenhang mit dem Sarrazin-Geschwätz von der Gründung einer neuen Rechtspartei gefaselt wird. Nach Umfragen wünschen sich 80 Prozent der Deutschen ein besseres Wirtschaftssystem als den Kapitalismus. Die Vorstellungen dazu sind allerdings mehr als diffus. Eine reaktionäre Partei, die nicht direkt in Verbindung zu der faschistischen NPD steht, kann dieses „Unwohlbefinden“ dann entsprechend kanalisieren. Sarrazin, ob durch Zufall oder auch nicht, hat auch den Sündenbock gefunden – die „integrationsunwilligen Ausländer“, die sich von der Bevölkerungsmehrheit aushalten lassen. Begierig wurden von der Journaille seine absurden Thesen aufgenommen und verbreitet. Der Nutzen für die reaktionäre Politik der Bundesregierung und die Kapitalisten war sofort sichtbar. Kriminelle Spekulanten und milliardenschwere Steuer-

geschenke an die Krisenverursacher waren plötzlich kein Thema mehr. Dafür rückten türkische und arabische Kinder sowie „asoziale“ Hartz-IV-Empfänger in den Focus. So wird versucht aus Gründen „kapitalistischer Daseinsvorsorge“ die politischen Koordinaten weit nach rechts zu verschieben. Die herrschende Klasse will dorthin, wo viele Länder in Europa bereits sind: ganz nach rechts.

Die Welt des Berthold Huber

Man hat den Eindruck, als würde das die Gewerkschaften wenig anfechten. Obwohl sie von einer reaktionären Politik direkt betroffen sind, machen sie weiter, als wäre alles regelbar, wenn man „vernünftig“ miteinander umgeht.

Für ein besonders herausragendes Beispiel sorgt der Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber. Sein vor kurzem erschienenes Buch „Kurswechsel für Deutschland“ ist nicht originell; im Gegenteil, es ist banal. Aber es gewährt einen tiefen Einblick in die Gedankenwelt des Gewerkschaftsvorsitzenden der hierzulande wichtigsten Gewerkschaft und ist deshalb wert, an dieser Stelle näher betrachtet zu werden.

Bei der Analyse der ökonomischen Lage kommt Huber in seinem Buch zu der Erkenntnis, dass die Ursa-

che der Wirtschaftskrise nicht im System des Kapitalismus selbst liegt, sondern an seiner speziellen Ausrichtung, an der ideologischen Schule des Neoliberalismus. Diese Marktradikalen sind, trotz der durch sie verschuldeten Wirtschaftskrise, nicht verschwunden, sie bestimmen weiter die „Geschicke der Republik“. Das Wirken der Marktradikalen sei verhängnisvoll. Sie verwüsteten die Gesellschaften. Sie spalten sie, förderten ihren Verfall und die rücksichtslose Jagd nach dem schnellen Vorteil sei ihr Prinzip.

Huber stellt fest, dass diese Art des Kapitalismus eine Kaste hervorgebracht hat, für die alle negativen menschlichen Eigenschaften wie Gier, Verantwortungslosigkeit usw. Tugenden sind. Er führt darauf alle aktuellen Übel zurück und unterstützt eine Aussage des Liberalen Ralf Dahrendorf (!), der da schrieb: „Viele Sitten des ehrbaren Kaufmanns und des guten Haushaltens gingen dabei über Bord“. Die Sitten des „ehrbaren Kaufmann“ sollen also wieder(?) der Maßstab für zukünftiges ökonomisches Handeln sein, eines Kaufmanns also, wie ihn Thomas Mann in seinen Buddenbrooks beschrieben hat.

Welche Phantasterei! Diesen „ehrbaren Kaufmann“ hat es in der Geschichte nie gegeben. Das kann man beispielsweise nachlesen bei einem de Balzac und Charles Dickens. Wie eindrucksvoll haben diese ihre bourgeoisen Klassengenossen als geldgierige egoistische und verantwortungslose Figuren entlarvt. Der englische Gewerkschafter Thomas Dunning hat auf plastische Weise bereits im 19. Jahrhundert den Charakter des Kapitals und seiner Akteure beschrieben. Bekannt wurde die Beschreibung durch Karl Marx, der sie im ersten Band des *Kapital* zitiert.

„Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens“.

Das ist der rote Faden, der die Geschichte des Kapitalismus von Beginn an durchzieht. Von der Ausplünderung der alten Kulturen in Südamerika, der Versklavung ganzer afrikanischer Bevölkerungsgruppen, Krieg und Völkermord, Kinderarbeit und brutalster

Ausbeutung bis zum heutigen Tage. Das alles sind Resultate des „ehrbaren Kaufmanns“.

Wo kapitalistische Produktionsverhältnisse bestehen, herrschen die Gesetze der kapitalistischen Produktion und die Menschen werden in ihrem Bewusstsein von diesen Verhältnissen bestimmt. Und dazu gehört auf der einen Seite, dass der Kapitalist in seiner Rolle als Kapitaleigner alle Mitakteure in diesem Prozess versucht, zu überverteilen, sei es der von ihm beschäftigte Arbeiter, sei es sein bourgeoiser Konkurrent oder sei es sein Lieferant und Kunde. Das ist keine Frage von gut und böse. Das ist im System des Kapitalismus so angelegt.

Bei genauer Betrachtung dieses „ehrbaren Kaufmanns“, entpuppt sich dieser, von Anbeginn der Geschichte bis zum heutigen Tage, als nichts anderes als eine Kunstfigur, als ein ideologisches Konstrukt der Kapitalistenklasse; als ein Gebilde, in dem sich der Bourgeois zwar gerne wiederfinden würde, es jedoch nicht kann, denn die Verhältnisse lassen das nicht zu.

Schlimm ist das aber, wenn der Vorsitzende der größten und wichtigsten Gewerkschaft nicht in der Lage ist diese simple Erkenntnis in sein Denken aufzunehmen.

Aber es kommt noch besser. Huber erklärt nämlich der Welt den Sinn der Ökonomie. So meint er: „Die Wirtschaft ist nicht dazu da, möglichst hohe Renditemargen zu erwirtschaften, sondern der Bevölkerung ein gutes Leben zu ermöglichen“. Huber verwechselt hier seinen ehrbaren Wunsch mit der Wirklichkeit. Selbstverständlich ist die Wirtschaft genau dazu da. Das ist ihr erstes Ziel: möglichst hohe Renditen zu erwirtschaften. Nachlesbar ist das in jedem Lehrbuch der Betriebswirtschaft für das erste Semester.

Wohlgemerkt, Huber meint schon die aktuelle Wirtschaftsordnung und nicht eine zukünftige, eine sozialistische. Allerdings soll sie so verändert werden, wie sie im Grundgesetz der BRD angedeutet ist, aber niemals Realität war in der BRD und unter kapitalistischen Bedingungen auch nie Realität sein wird.

Die „neue Politik“

Huber stellt weiter fest, dass nach der Krise die Rückkehr zum

Status quo unmöglich ist. Eine andere bessere Wirtschaft soll entstehen. Eine Wirtschaft, die „demokratisch, fair, sozial und ökologisch nachhaltig“ ist „Der Gewinn steht nicht mehr im Mittelpunkt, sondern der Mensch“. „Deshalb muss der ‚kollektive Wahn‘, der Neoliberalismus (nicht der Kapitalismus!) überwunden werden“. Der „kollektive Wahn“ muss also überwunden werden. Aber nicht etwa durch eine klassenkämpferische Politik der Gewerkschaften, sondern durch eine Wahrheitskommission nach südafrikanischem Vorbild. Vor diese Kommission sollen die kapitalistischen Giergeschlunde gezerrt werden. Vor dieser sollen sie ihre Sünden bekennen und dort sollen sie bereuen. Das Ziel soll dabei nicht sein, so Huber, „Haftstrafen, Urteile oder Ächtungen auszusprechen“, sondern es soll die moralische Aufarbeitung erfolgen. Dazu Huber: „Ich habe mit diesem Vorhaben weniger die Bestrafung der Verantwortlichen, denn die Weiterentwicklung dieser Gesellschaft im Sinn: Am Ende dieses kollektiven Lernprozesses könnten mehr gemeinsames Wissen, mehr Vertrauen und vielleicht auch eine andere Vorstellung stehen – vom Wirtschaften, von Wissenschaft und Politik.“

Es wird also in nächster Zeit interessant werden. Denn es ist schon charmant, sich vorzustellen, wie Huber und Kollegen die Neoliberalen Ackermann und Westerwelle und weitere vor die Wahrheitskommission zerrten. Denen soll ja bereits jetzt, so sagt man, der „Allerwerteste“ auf Grundeis gehen!

Hätte diesen Unsinn irgendein Klerikaler geschrieben, müssten wir uns nicht wundern. Deren Geschäft ist die Produktion solcher Phantastereien. Wenn aber der Vorsitzende der IG Metall solches zur Grundlage seines politischen Handelns macht, dann fällt einem dazu nicht mehr viel ein.

Aber gleichgültig, was man konkret von einer solchen Wahrheitskommission hält: Huber schreibt nichts davon, wie sie zustandekommen soll. Zwar gibt er zu bedenken, dass „diese neue Politik“ das Ergebnis eines harten Machtkampfes sein wird und „die neuen Pfade“ keineswegs zu Spaziergängen einladen würden. Wie die Machtkämpfe aber aussehen und wer sie vorantreibt, wird von Huber nicht beschrieben. Doch man weiß

es trotzdem. Der rote Faden, der das Buch durchzieht, ist die Auffassung, dass das nicht durch eine Konfrontation mit den Kapitalisten geschehen soll, sondern durch die Kooperation mit Unternehmerlager und Regierung. Huber ist ein eindeutiger Vertreter der Politik des Co-Managements.

Das wird besonders sichtbar, wenn man seine konkreten Vorschläge für den „Kurswechsel für Deutschland“ betrachtet. Es handelt sich bei jedem einzelnen Vorschlag um eine Maßnahme, die die Qualität des kapitalistischen Systems besser machen soll. Es sind quasi Vorschläge eines „ideellen Gesamtkapitalisten“.

Um in Zukunft ähnliche Krisen beispielsweise zu verhindern, müssten die Märkte reguliert und demokratisiert werden. Für die BRD sieht er dabei die Notwendigkeit, die Volkswirtschaft in eine neue Balance zu bringen. „Zu der kommen wir nur, wenn die Binnenwirtschaft erheblich gestärkt wird“, so Huber. Und er bezieht sich dabei auf Schweden, das für ihn beispielhaft ist und damit offensichtlich noch immer das leuchtende Vorbild der deutschen Sozialdemokratie.

Dort läge die Beschäftigung in der Industrie um 6 Prozent unter der unseren und die Beschäftigung im „Humandienstleistungsbereich“ um den entsprechenden Prozentsatz höher und damit stünde die Volkswirtschaft auf zwei stabilen Beinen.

Für den Schlüsselbereich der Autoindustrie fordert Huber den Abbau der Überkapazitäten durch Konversion in eine „intelligente Mobilitätsindustrie“.

Die Wirtschaft soll insgesamt demokratischer werden. Darum soll die Mitbestimmung ausgebaut werden. Zum Beispiel soll in dem Zusammenhang das Aktiengesetz so geändert werden, dass der Aufsichtsrat auf das Wohl der Beschäftigten und das der Allgemeinheit verpflichtet wird.

Und schließlich soll die Marktwirtschaft in bestimmten Bereichen gelenkt und der Wettbewerb geordnet werden. Huber: „Wettbewerb muss lauter sein und darf keinesfalls zum Ergebnis haben, dass er seine Voraussetzung zerstört“.

In der Summe sind die Erkenntnisse des Berthold Huber nicht neu. Es ist im Wesentlichen eine Zusam-

menfassung alter sozialdemokratischer Positionen; es sind Rückgriffe auf Arbeitsergebnisse vergangener gewerkschaftlicher Branchenkonferenzen (Automobilindustrie beispielsweise) und auf Positionen keynesianischer Ökonomen.

Auch der Rückgriff auf den Ausbau der Mitbestimmung und Demokratisierung der Wirtschaft ist für Huber ein wichtiges Element zukünftiger Krisenverhinderung und Gesellschaftsgestaltung der BRD. Dass es eine Wirtschaftsdemokratie innerhalb kapitalistischer Verhältnisse nicht geben kann, dass das ein Irrweg ist, hat August Thalheimer im Zusammenhang mit dem Hamburger ADGB-Kongress bereits 1928 kritisiert. Der ADGB wollte damals mit Hilfe der Wirtschaftsdemokratie in den Sozialismus „hineinwachsen“. Thalheimer schrieb: „(...) die kapitalistischen Vertreter und Sprecher erwarten von dem, was die Gewerkschaftsführer unter ‚Wirtschaftsdemokratie‘ verstehen, keine Bedrohung des Bestandes der kapitalistischen Gesellschaft, sondern eine willigere Mitarbeit der Arbeiter an ‚unserer‘, d. h. der kapitalistischen Wirtschaft. Man muß aber annehmen, daß die Herren Kapitalisten sich sehr wohl auf ihr Klasseninteresse verstehen, und man muß umgekehrt schließen, daß für die Arbeiterklasse die Losung der ‚Wirtschaftsdemokratie‘, statt ein Wegweiser auf die Höhen des Sozialismus zu sein, ein Irrlicht ist, das sie noch tiefer in den kapitalistischen Sumpf hineinführt.“

Aber natürlich ist in Hubers Buch nicht alles unausgegorener Blödsinn. Es gibt durchaus Einzelforderungen, die auch von der politischen Linken mitgetragen werden und auch schon formuliert worden sind. Doch mehrheitlich zeugen seine Auffassungen von einer diffusen Wahrnehmung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Für Huber gibt es keinen Klassengegensatz mehr. Seine Überlegungen gehen von der Illusion aus, „gleichberechtigter Partner“ im Kreis der politischen Akteure zu sein. Deshalb ist für ihn das „vernünftige“ Gespräch wichtiger als eine auf Kampf ausgegerichtete Organisation.

Huber fühlt sich geschmeichelt und von der herrschenden Klasse anerkannt. In einem Interview der Oktoberausgabe der Metallzeitung

meint er: „In der Krise haben wir unsere politischen Ziele durchgesetzt (Erhalt der Arbeitsplätze in der ME-Industrie). Dafür werden wir heute gelobt. Das motiviert uns, weiter für den Kurswechsel und ein gutes Leben zu kämpfen“.

Huber wird gelobt! Und das schmeichelt ihm. Dabei bemerkt er nicht, dass er instrumentalisiert wird. Als die Krise 2008 „ausbrach“, haben die herrschenden Klassen kurz „in den Abgrund geschaut“ (Peer Steinbrück). Die Angst vor dem Zusammenbruch des Kapitalismus ging um. Man wusste zu dem Zeitpunkt nicht, was kommt und wie die Krise sich entwickelt. Gewerkschaften werden in solchen Situationen natürlich dringend als Ordnungsfaktor gebraucht. Deshalb ging man auf die Gewerkschaften zu, zeigte gesunden Menschenverstand, Fairness und Einsicht und akzeptierte die kapitalismuserhaltenden Vorschläge der IG Metall. Man ging sogar soweit, dass die Merkel Huber anlässlich seines 60ten Geburtstags eine Feier ausrichtete, analog der des Josef Ackermann. Allerdings wurde diese nicht, wie die Ackermanns, in den Medien gewürdigt.

Fazit

Die IG Metall befindet sich zur Zeit auf keinem guten Weg. Wenn diese Führung nicht aufgehoben wird, wird sich die Gewerkschaft in Kürze auf dem Niveau der IGBCE befinden. Allerdings ist das kein Automatismus. Es wird davon abhängen, wie sich die Ökonomie weiter entwickelt; jedoch auch, wie sich die oppositionellen Kräfte innerhalb der Gewerkschaften entwickeln. Im Augenblick muss man diese Opposition allerdings suchen. Nur noch wenige antikapitalistische, sich am Marxismus orientierenden Kräfte findet man dort.

Bei einer erneuten, spürbaren Krisenverschärfung, die auch den Kapitalisten die Spielräume einschränkt, könnte sich das aber durchaus ändern. Dann kann vieles in Bewegung kommen; auch nach links. Aber prognostizieren lässt sich die Entwicklung heute nicht. Das ist kein optimistischer Ausblick, jedoch ein realistischer.

Die Jahreskonferenz der Gruppe

Wie schon seit vielen Jahren üblich, fand die Jahreskonferenz der *Gruppe Arbeiterstimme* auch heuer wieder im Nachbarschaftshaus in Nürnberg statt. Der Termin war diesmal etwas eher festgesetzt als in den früheren Jahren und zwar am 10. und 11. Oktober. An beiden Tagen nahmen insgesamt 20 Teilnehmer an der Konferenz teil. Darunter waren, neben Mitgliedern und Sympathisanten der Gruppe, befreundete Genossen aus Österreich und Großbritannien, ein Mitglied der „Gruppe Arbeiterpolitik“ und ein Mitglied der Gruppe „International“ aus Dorfen. Mehrere Genossen und uns nahe Stehende waren aus verschiedenen Gründen verhindert.

Am Beginn der Konferenz stand der Bericht „Zur Politischen Entwicklung und zur Lage der Gruppe“. In der anschließenden Aussprache fanden nicht nur Erfolge und Verdienste Anerkennung, es wurden auch die Mängel der Gruppe deutlich benannt. So besteht die Außenwirkung der Gruppe fast nur in der Herausgabe der Zeitung. Einzelne Genossinnen und Genossen beteiligen sich zwar immer wieder und in letzter Zeit auch vermehrt an den Aktionen der Gewerkschaften und bemühen sich, wo möglich, den Gruppenstandpunkt zu einzelnen Fragen anklingen zu lassen, jedoch können sie das fast nur als Einzelpersonen und nicht offen als Mitglieder der Gruppe Arbeiterstimme tun. Erfreulich ist das wichtigste Ergebnis, das hier schon kurz angesprochen sei: die Gruppe kann in der bewährten Form weiterarbeiten. Das Frühjahrstreffen in München wurde von den Teilnehmern als wichtig und richtig eingeschätzt und alle Anwesenden sprachen sich dafür aus, es auch 2011 wieder durchzuführen.

An dieser Stelle soll daran erinnert werden, dass die Gruppe Arbeiterstimme nun seit 39 Jahren besteht und 2011 ihr 40-jähriges Bestehen begehen kann. Doch zurück zur Jahreskonferenz.

Im Mittelpunkt des Samstagnachmittags stand ein Referat über „die Krise in der BRD, Europa, Japan und den USA und ihre Bekämpfung durch die Bourgeoisie; Stimmung in den Betrieben und die Reaktion der Gewerkschaften; Kurswechsel für Deutschland: Berthold Hubers Lehren aus der Krise“

Zum Abschluss referierte ein Genosse über die politische Lage in Peru. Er stellte die wichtigsten politischen Kräfte in diesem Land vor und gab eine Einschätzung über die Aussichten der Linken bei den kommenden Kommunalwahlen, besonders in Lima.

Am Sonntag hatten wir uns vorgenommen, einige Aspekte der Entwicklung in China zu besprechen. Dazu konnten wir Gerard Armanski begrüßen, der sich seit längerer Zeit intensiv mit diesem Thema beschäftigt. Von ihm stammt die Artikelserie über China, deren ersten Teil wir in der Herbstnummer der Arbeiterstimme abgedruckt hatten. Er geht hauptsächlich auf die Geschichte Chinas ein und trägt den Titel „Chinas Rückkehr auf die Weltbühne“. Die beiden anderen Artikel werden in dieser und in der nächsten Nummer abgedruckt.

Nach einer kurzen Einführung des Autors in viele verschiedene Facetten, die die Thematik „China“ umfasst, schloss sich eine lebhaft Diskussions über die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in China an und darüber, wie diese einzuschätzen sind.

Im letzten Beitrag unserer Jahreskonferenz berichtete unser Genosse aus England über die politische und gesellschaftliche Lage auf der Insel nach der Regierungsübernahme der Tories und Liberalen und der Wahlniederlage der Labour Partei. Der Referent merkte an, dass diese Niederlage in Wirklichkeit gar nicht so vernichtend ausgefallen sei, wie die Medien dies immer

darstellten. Er ging auch auf die drastischen Sparmaßnahmen ein, die die neue Regierung den Engländern verordnet. Es ist dort wie in den anderen kapitalistischen Ländern auch: Verluste werden sozialisiert und Gewinne privatisiert. Der Staat hat auf Grund geringerer Steuereinnahmen weniger Spielraum bei seinen Ausgaben. So spart er auf Kosten der Armen und Deklassierten für den Reibach der Reichen.

Die Konferenz verlief in einer harmonischen Atmosphäre. Die einzelnen Referate werden wie immer in dieser Nummer der *Arbeiterstimme* in leicht geänderter Form abgedruckt. Die sich anschließenden Diskussionen fanden wieder in solidarischer und konstruktiver Art und Weise statt.

Die Konferenz trug dazu bei, den Gruppenstandpunkt zu vereinheitlichen und die Unterschiede zu anderen linken Gruppierungen und Parteien zu verdeutlichen. Sie leistete auch einen wichtigen Beitrag, die Motivation zur Weiterarbeit zu stärken. In diesem Sinn können wir – was die Gruppe selber angeht – zuversichtlich in das 40. Jahr starten.

Als eine praktische Form der internationalen Solidarität führten wir auch dieses Jahr wieder eine Sammlung für Kuba durch, die 665 Euro ergab. Wir unterstützen damit wieder die österreichische Aktion „Ein Container für Kuba“. Wenn nichts Unvorhergesehenes dazwischenkommt, soll der nächste Container am 25. Oktober nach Kuba losgeschickt werden. Die Sachen werden direkt an Schulen, Waisenhäuser, Sportvereine usw. verteilt.



Der Container auf dem Bild, beladen mit medizinisches Gerät und Material, Computerausrüstung, Schulsachen, Sportzubehör etc., ging am 23. Oktober Richtung Kuba auf Reisen. Auf dem Foto sind die Mitarbeiter der Gruppe **Buena Vista- Solidarität mit Cuba!** zu sehen.

Zur Politischen Entwicklung und zur Lage der Gruppe

Eigentlich könnte man sagen: Am Zustand und an den Bedingungen für die Gruppe hat sich im Großen und Ganzen wenig verändert; wir sind in der Lage, wie üblich weiterzuarbeiten. Man könnte auf den Bericht des Vorjahres zur Lage der Gruppe verweisen und auf den Zusammenhang vom Niedergang oder Aufschwung linker Gruppen mit dem Aufkommen relevanter sozialer Bewegungen, die allein neue Ansätze von Klassenbewusstsein ermöglichen können. Zu solchen sozialen Eruptionen ist es nicht gekommen, obwohl wir zwei Jahre hinter uns haben, in denen die kapitalistische Welt erschüttert wurde. Etwa 80 Jahre, nachdem die Große Depression die Welt in die Katastrophe stürzte, ist das kapitalistische System erneut an den Rand des Zusammenbruchs geraten. Wenn die sozialistische Linke daraus keinen Nutzen ziehen konnte, muß dies auch mit dem Verlauf der Krise zusammenhängen. Nach der Immobilienkrise in den USA folgte bekanntlich die Finanzkrise mit Bankenzusammenbrüchen und eine Welt-handelskrise. Obwohl es mancherorts zu heftigen Protesten gekommen ist, weil die Lasten der Krise mit der Reduzierung der Sozialleistungen den Lohnabhängigen und kleinen Leuten aufgebürdet werden, ist der politische und soziale Aufstand, vor allem in Deutschland, ausgeblieben. Einmal liegt es daran, dass es den Herrschenden gelang, das wirkliche Ausmaß zu verschleiern und die vollständige Rechnung überhaupt noch nicht auf dem Tisch liegt. Dabei ging es um beachtliche Dimensionen: Der Einbruch des Welthandels war viermal so stark als während der großen Krise 1929/30. Doch die bürgerlichen Regierungen waren sich diesmal in der Krisenbekämpfung einiger, vermieden protektionistische Maßnahmen und setzten Riesennetze für Krisenprogramme und zur Bankenrettung ein. Die keynesianistischen Steuerungsmittel übertünchten die Schärfe der Krise. Die Schuldenberge schwellen an – ein

gigantischer Wechsel auf die Zukunft. Zum Beispiel wurde die in Deutschland verstaatlichte Hypo Real Estate mit der schier unglaublichen Summe von 142 Milliarden Euro Staatsbürgschaften gerettet. Dieselbe Bank installiert nun eine Bad Bank, in der 174 Milliarden Euro Risikopapiere ausgelagert werden! Längst ist das Casino wieder eröffnet: Ende 2009 waren weltweit schon wieder Derivate im Wert von 478 Billionen Euro im Umlauf. Nichts gelernt? Jedenfalls ist es bezeichnend, wie der Geldgier auf Kosten der Allgemeinheit wieder freien Lauf gelassen wird. Die angeblich strengeren Regeln im Finanzwesen sind nicht viel mehr als Palliativmittel. Dass wir immer noch mitten in der alten Krise stecken, zeigt die Besorgnis um Irland und Portugal, die vom Bankrott bedroht sind. Und wie ein Damoklesschwert schwebt über dem Ganzen die Angst, die sich vergrößernde Blase in China könnte platzen – vom finanziellen Desaster in den USA ganz zu schweigen, wo das Haushaltsdefizit 2009/2010 die Höhe von 1,5 Billionen Dollar erreicht hat. Die Verschuldung der Öffentlichen Hand liegt nun bei 62 % des BIP, die Auslandsverschuldung bei 94 % des BIP! (9 Billionen Dollar) Auch bei den letzten Obama-Schwärmern sind die Illusionen verfliegen. Mag auch der Ton etwas anders als unter Bush sein, so verfolgt Washington weiter den aggressiven Kurs mit den Mitteln von Krieg, Folter und Umsturz. Die fortschrittlichen Kräfte in Lateinamerika sind nun an der Reihe und direkt bedroht wie in Bolivien, in Ecuador und in Venezuela. Die Bedrohung des Iran steht auf einem anderen Blatt.

Vor diesem bedrohlichem Szenario erscheint die politische Bühne in Deutschland geradezu unreal. Eine vorübergehende Konjunkturverbesserung wird vom *Handelsblatt* als „*neues deutsches Wunder*“ gepriesen und der Chor der Medien fällt ein. Auch für



den *Spiegel* ist es ein „*Wunder*“. Dass die Arbeitslosigkeit auf offiziell drei Millionen gesunken ist, wies die Bundeskanzlerin als das Verdienst ihrer Regierung aus. Die „nur“ noch drei Millionen sind jedoch in Wirklichkeit vier. Es sei der Regierung zu verdanken, dass Deutschland nach der Krise besser dastehe als vorher, machte sie ihrem Wahlvolk vor. Die Kurzarbeiterregelung und das Auflegen der Krisenprogramme sind das Verdienst der Merkel/Westerwelle-Regierung. Das kam weithin an, konnte aber den Unmut über den Murks der schwarzgelben Koalition nicht aus der Welt schaffen. Auch ist die Klientelpolitik der Rechtsregierung zu offensichtlich, besonders beim Deal mit den Energiekonzernen. Die Anti-Atom-Bewegung ist damit zu neuem Leben erwacht. Das brutale Vorgehen der Polizei gegen die Opposition der Bahnhofsumbaugesegner in Stuttgart wird die CDU bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg teuer bezahlen. Vielleicht sollte es aber auch ein Signal der arroganten Mächtigen sein, angesichts einer sich ausbreitenden „*Wir sind das Volk*“-Bewegung im Lande, dass man jedem Widerstand, wenn nötig auch gewaltsam, entgegentreten wird. Die Beschlüsse zu den Sozialkürzungen und einer Gesundheits„reform“, die die Entsolidarisierung und Verlagerung der Belastungen auf die Lohnabhängigen zur Hauptsache macht, werden Proteste und Widerstand hervorrufen. Ob das zum „*Heißen Herbst*“ führt, den die Gewerkschaften ebenso wie die DKP und andere linke Gruppen ankündigen, ist zweifelhaft. Täglich im Betrieb ist noch wenig von einem Anstieg der Temperaturen zu

spüren und die Sozialpartnerschaft bleibt vorherrschend. Der Job geht über alles. Kaum woanders im Westen werden weniger Streiktage gezählt als in Deutschland.

Die sozialistische Linke hat aus vorstehenden Gründen weder aus dem Ausbruch der Krise des Kapitalismus noch aus der unsozialen Offensive der Rechtsregierung relevanten Nutzen gezogen. Theoretisch, im Kopf, hat sich bei einer Minderheit der Bevölkerung etwas getan, wie Umfragen andeuten: Das kapitalistische System und der Neoliberalismus haben an Legitimität eingebüßt. Ein erster Schritt. Doch sehen diese Zweifler weder Kräfte für eine durchsetzbare Alternative, noch sind sie bereit, selbst aktiv zu werden, den langen steinigen Weg mitzugehen.

Trotz des Sozialabbaus ist die Mehrheit der Lohnabhängigen immer noch der Meinung, das bisherige kleinbürgerliche Leben – wenn auch mit Abstrichen – weiterführen zu können. Bei dem heutigen Lebensstandard der Mehrzahl, auch der Arbeiterklasse, steht der Klassenkampf noch nicht auf der Tagesordnung.

Diesem Stand des Bewusstseins angepasst, bewegen sich die aktuellen Proteste noch in Grenzen und bleiben eindimensional. Wenn auch in abnehmenden Ausmaß, so lässt sich die Arbeiterklasse immer noch auf die parlamentarische Schiene einiger Linderungen verweisen, wobei ansonsten alles im alten Gleis bleiben soll. Selbst die Linkspartei gilt da schon als Experiment, dem man misstraut. Auch kann die Linke wenig vom Absturz der Regierungsparteien in der Wählergunst profitieren. Nur so ist auch der enorme Zugewinn der Grünen zu verstehen. Als ideologiefreie, linksliberale Ökopartei erscheint sie modern und basisverbunden. Die Grünen gelten heute als klassenübergreifend und berechenbar. Die Sozialdemokraten haben durch Verrat ihrer eigenen Grundsätze in der Regierungszeit einen gewaltigen Absturz erlebt. Dieselben, die dafür verantwortlich waren, geben sich nun wieder sozial und haben in der Wählergunst zugelegt. Das sagt auch einiges aus über den Zustand des Wählerpotentials. So, als wäre nichts gewesen – keine Agenda 2010, keine Steuergeschenke für Konzerne, keine Hartz IV-Ge-

setze, keine Kriegspolitik in Jugoslawien und Afghanistan – vertritt die SPD nun zum Wählerfang verbal teilweise das Gegenteil ihrer Politik in der Schröder-Ära.

Diese Entwicklungen zusammengekommen sind keine günstigen Bedingungen für die Formierung zum Klassenkampf, zur Erweckung politischen Bewusstseins. Trotz einer ganzen Reihe von Weltkrisen ist noch nicht die Zeit subjektiver Eruptionen gekommen, haben Kommunisten weiterhin starken Gegenwind. Auch unsere Gruppe ist davon betroffen. Wir müssen also Geduld haben und weiter um jeden Fußbreit Boden ringen, sind wir auch noch so wenige!

Und nun zur Gruppenarbeit

Obwohl der Trägerkreis unserer Zeitschrift – Autoren, Redaktion, Umbruch, Versand, Adressenpflege – weiterhin nur klein ist, haben wir die uns gestellte Aufgabe wieder erfüllt, pro Quartal eine Ausgabe der Zeitung erscheinen zu lassen. Hervorheben muss man dabei die gute Zusammenarbeit zwischen Nürnberger und Münchner Genossen. Die Hefte hatten eine Seitenzahl von durchschnittlich 44 Seiten.

Wir mussten im vorigen Jahr schon feststellen, dass unsere Ausgaben durch die Einnahmen nicht mehr zu decken sind. Wie schon erwähnt, liegt das am Rückgang der ABO-Zähler, der Spender und der Mitgliedsbeiträge. Nur gut, dass sich immer noch manche besonders engagieren.

Neben der Zeitungsarbeit haben unsere Genossinnen und Genossen, meist als Einzelne, an der Basis mitgewirkt, in den Gewerkschaften, im Betrieb und in anderen progressiven Organisationen.

2011 steht im Zeichen des 40-jährigen Bestehens der Gruppe Arbeiterstimme. Sie wurde 1971 nach der Spaltung der Gruppe Arbeiterpolitik gegründet. Seitdem wurde auch die Zeitschrift Arbeiterstimme kontinuierlich herausgegeben. Ich meine, wir sollten dies auf unserer Konferenz 2011 schon extra würdigen. In welcher Form, müssen wir dann noch diskutieren.

Wir haben als Kommunisten und als Gruppe durch die historische Wende eine große Niederlage hinnehmen müssen. In aller Welt waren die Kräfte für eine sozialistische Erneuerung zu schwach, um den Zusammenbruch abzuwenden. Doch ist die Lage für einen Wiederaufschwung des Sozialismus auch gegenwärtig noch so ungünstig, besonders in Deutschland, es bleibt die Aufgabe, Klassenbewusstsein zu fördern und jene zu stärken, die trotz allem am Ziel des Sozialismus festhalten. Sind doch gerade in den letzten Jahren die Übel und Widersprüche des kapitalistischen Systems wieder besonders drastisch hervorgetreten: Krisen und Kriege!

Auch wenn wir nur in kleinem Maßstab dazu beitragen können, wollen wir weiter mithelfen bei der Erneuerung und beim Wiederaufbau einer sozialistischen Bewegung. Lasst uns die Vorarbeiten hierfür mit Grundsatztreue, Tatkraft und Kritik fortführen!



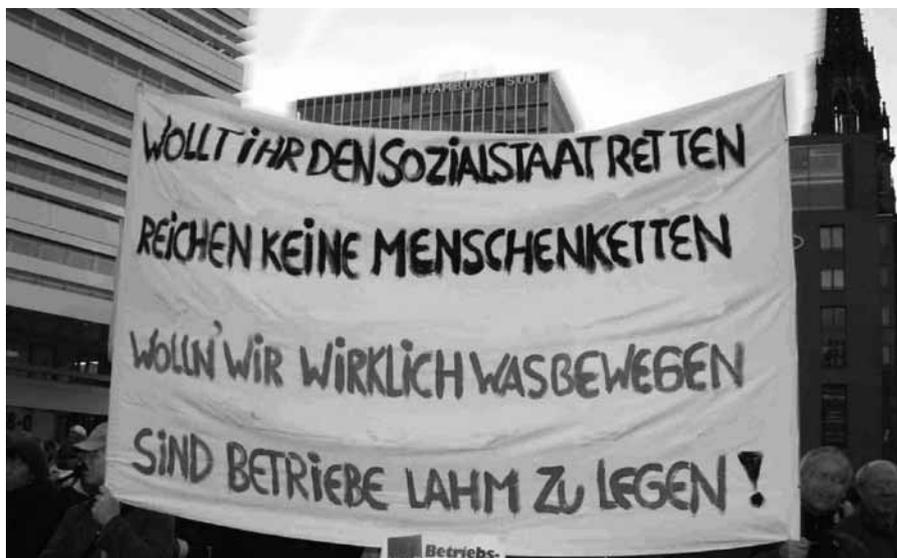
Gesetzesinitiative zur Einschränkung des Streikrechts („Tarifeinheit“) Gewerkschaften und Unternehmer sind sich einig

Der Vorstoß findet breite Unterstützung, im Regierungslager wie in der SPD. Bei einem so breiten, klassenübergreifenden Konsens mag selbst Die Linke nicht abseits stehen; in fester DGB-Verbundenheit spenden ihr Vorsitzender und ihr Bundesgeschäftsführer, Klaus Ernst und Werner Dreibus, Beifall und versprechen Unterstützung. (...) Wer wollte gegen die Einheitsfront von Kabinett, Kapital und Arbeiterschaft noch mäkeln?“ Mit dieser Frage leitet Detlef Hensche, ehemaliger Vorsitzender der IG Medien, seine Kritik an dem Gesetzesvorhaben ein (Blätter für deutsche und internationale Politik).

In der gemeinsamen Stellungnahme zu ihrer Gesetzesinitiative erklären der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und der Bundesverband der Arbeitgeberverbände (BDA): „Darüber hinaus dient die Tarifeinheit einer wichtigen Funktion der Koalitionsfreiheit und des Tarifvertragssystems, nämlich die Arbeitsbeziehungen zu befrieden.“

Für dieses Ziel lässt sich innerhalb der Gewerkschaften schwerlich die Werbetrommel rühren. Die Losung „Ein Betrieb, ein Tarif“ eignet sich besser. Sie soll die fortschrittliche Wirkung der vorgeschlagenen Gesetzesänderung belegen. Berufs-egoistischen Sonderinteressen und der Unterbietungskonkurrenz durch christliche und gelbe Gewerkschaften würde mit der Umsetzung der Gesetzesinitiative ein Riegel vorgeschoben. Die Behauptungen fallen auf fruchtbaren Boden: „Unser Fazit: Eine gesetzlich verankerte Tarifeinheit auf der Basis des Mehrheitsprinzips stärkt die Solidarität im Betrieb, aber es bleibt die Herausforderung für eine Gewerkschaft wie ver.di, weiter um Mitglieder zu werben, durch ihre Arbeit zu überzeugen und sich unter Bedingungen gewerkschaftlicher Konkurrenz zu behaupten und stärker zu werden.“ (ver.di, Ressort 1, Argumentationspapier des Bundesvorstandes)

Der Gesetzgeber soll die ureigenste Aufgabe der Gewerkschaften übernehmen, die Solidarität im Betrieb zu stärken, und dies auch noch



mit Unterstützung der Arbeitgeberverbände. Weder mit der gesellschaftlichen Realität (den Arbeitsbedingungen in Betrieben und Verwaltungen) noch mit den Absichten der Akteure hat dieses Fazit das Mindeste gemein.

Ein Betrieb, ein Tarif: ein längst aufgegebenes Prinzip

Eine seit mehr als zwei Jahrzehnten rollende Welle von Betriebsschließungen, Umorganisationen und Ausgliederungen etc. haben sowohl Groß- als auch Mittelbetriebe und Verwaltungen bis zur Unkenntlichkeit umgekrempelt. Dabei bedienen sich die Unternehmer nicht nur der Dienste von Dumping-Organisationen, wie der christlichen Gewerkschaften. Vor allem durch die Ausgliederung von Produktionsbereichen, den Einsatz von oft konzern-eigenen Leih- und Zeitarbeitsfirmen als Billiglohnanbieter und durch die Auftragsvergabe an Fremdfirmen wurde eine einheitliche tarifliche Bezahlung beseitigt. Hinzu kommen noch die in zahlreichen Branchen abgeschlossenen Absenkungstarifverträge, die eine niedrigere Entlohnung bei Neueinstellungen vorsehen. In ihrer überwiegenden Mehrheit haben die Belegschaften diese Umstrukturierungen und die damit einhergehenden Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen über sich ergehen lassen.

Der Grundsatz „ein Betrieb, eine Gewerkschaft, ein Tarif“ gehört längst der Vergangenheit an.

Im Interesse der Standortsicherung haben auch die Gewerkschaften nicht versucht, sich diesen Unternehmensstrategien zu widersetzen. Ihre Vertreter, vor allem in den Führungsetagen der Konzernbetriebsräte, haben mit entsprechenden Regelungen auf betrieblicher und tariflicher Ebene diese Entwicklung begleitet. Zahlreiche Tarifverträge mit niedrigeren Einstiegsgehältern bei Neueinstellungen, mit weit unter dem Flächentarif liegenden Löhnen bei den Billiglohnanbietern der Zeit- und Leiharbeit, tragen nicht die Unterschrift christlicher oder gelber Organisationen, sondern der zuständigen DGB-Gewerkschaften. Ein Betrieb, eine Gewerkschaft und die unterschiedlichsten tariflichen Entlohnungen selbst für die gleichen Tätigkeiten, das kennzeichnet die von den Konzernleitungen geschaffene und von den DGB-Gewerkschaften tarifierte Realität in den Betrieben.

Mit den Hartz-Gesetzen und der Beseitigung gesetzlicher Schranken zur Ausweitung der Leiharbeit wurde die Schaffung eines breiten Niedriglohnssektors von den jeweiligen Bundesregierungen gefördert. Die damit verbundene und gewollte Absenkung des allgemeinen Lohnniveaus schlug sich auch in den Flächentarifverträgen nieder. Nicht zuletzt die lohnpo-

Zwangsschlichtung in der Weimarer Republik

Alwin Brandes, Deutscher Metallarbeiter Verband (DMV): „Auch wir geben dem tariflichen Schlichtungswesen den Vorzug, aber mit innerlich schärfsten Gegnern des Tarifvertrages und in Gebieten, wo ein überaus schlechtes Organisationsverhältnis besteht wie in der Schwerindustrie, können Tarifverträge ohne staatlichen Zwang nicht zustande kommen. Da die Schwerindustrie Schlüsselindustrie ist, ist es für uns nicht wertlos, wenn wir mit Hilfe des Staates Verbesserungen für die Arbeitnehmer erzielen.“ (Michael Kittner: Arbeitskampf 2005, S. 469)

Über die Wirkung der Zwangsschlichtung schrieb der ADGB im März 1924 schon helllichtig: „Gegen einen solchen Schiedsspruch gibt es kein Streikrecht mehr. Die Arbeitnehmer können zwar nicht gezwungen werden, unter solchen Bedingungen zu arbeiten. Aber die Gewerkschaftsleitung kann deren Abwehr nicht unterstützen, da sie sich der Gesetzesverletzung schuldig machen und haftbar für jeden Schaden erklärt würde. Der Widerstand gegen solche Zwangstarife können nur im Wege wilder Streiks geführt werden, die der gewerkschaftlichen Regelung der Arbeitsbedingungen durchaus nachteilig sind. ... Wenn es Übung wird, daß die Behörde aus Schiedssprüchen rechtsverbindliche Tarifverträge macht, so werden damit die Gewerkschaften ausgeschaltet und nach vieler Meinung entbehrlich gemacht. Sie tragen für die geltenden Arbeitsbedingungen keine Verantwortung, und der Arbeitnehmer glaubt, es ginge auch ohne Gewerkschaften, Beiträge und Disziplin; es genüge, Forderungen zu erheben und zwar möglichst viel zu fordern, so dass der Schlichter weit genug entgegenkommt, und alles übrige besorgt die Schlichtungsbehörde. Eine solche Entwicklung des künftigen Schlichtungswesens wäre der Ruin der Gewerkschaften.“ (Kittner, ebenda, S. 461)

litische Zurückhaltung der DGB-Gewerkschaften trug mit dazu bei, dass diese Absenkung zu keinen größeren Arbeitskämpfen und sozialen Konflikten führte. Wie die Tarifrunde 2010 in der Metallindustrie belegt, sind mit Ausbruch der Krise im Herbst 2008 die Gewerkschaftsvorstände noch enger mit den Vertretern der Unternehmerverbände als auch mit der Bundesregierung zusammengerückt. (Siehe auch Anhang: „DGB Gewerkschaften – ein Bollwerk gegen die Willkür des Kapitals?“)

Detlef Hensche weist auf einen wichtigen Punkt hin: (...) „Seit langem suchen sich Arbeitgeber der Bindung an bestehende Tarifverträge zu entziehen oder sie nutzen die willfährig angebotenen Dienste christlicher Gewerkschaften und ähnlicher Verbände und schließen Dumping-Tarifverträge ab. Die Politik begleitet diese Art von Wettbewerb mit Wohlwollen. [...] Jüngstes Beispiel ist die Leiharbeit. Zu dieser durch Tariffucht und Un-

terbietungskonkurrenz ausgelösten Krise des Tarifsystems schweigt sich das Papier von BDA und DGB aus. Kein Wort zum systematischen Ausstieg aus der Tarifbindung (...) Worauf sich die Hoffnung des DGB und der Linkspartei gründet, dass die gesetzliche Tarifeinheit der Spirale nach unten ein Ende setzen würde, bleibt unerfindlich. (...) Nein, nicht der eigentlichen Krise des Tarifsystems, dem Unterlaufen tarifvertraglicher Normen, gilt die Sorge der Einheitsallianz, sondern dem umgekehrten Phänomen, der wechselseitigen Überbietung.“

„Wer keine eigene Kraft mehr hat, muss sie sich von anderen leihen“

In einem Interview mit dem Tagesspiegel vom 7. Juli 2010 spricht Wolfgang Däubler (ehem. Professor für deutsches und europäisches Arbeitsrecht an der Uni Bremen) aus,

Gewerkschaften als Ordnungsfaktor 2010

„Um noch einmal jeden Zweifel an der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Unternehmern in der Krise zu ersticken, präsentierten Michael Sommer und Dieter Hundt eine gemeinsame Initiative, die Tarifeinheit gesetzlich zu regeln. Das Koalitions- und Streikrecht für Spartengewerkschaften bzw. sich neu gründende Gewerkschaften, die in der Regel nur die Unzufriedenheit der Mitglieder mit ihrer DGB-Gewerkschaft reflektieren, soll durch die gesetzliche Neuregelung des Tarifvertragsgesetzes eingeschränkt bzw. abgeschafft werden. Bei konkurrierenden Tarifverträgen in einem Betrieb soll nur der Tarifvertrag der Gewerkschaft mit den meisten Mitgliedern Anwendung finden. Für die Dauer dieses vorrangigen Tarifvertrages bestünde für alle anderen Gewerkschaften Friedenspflicht. Hiermit suchen die DGB-Gewerkschaften ihr Organisationsmonopol, das sie in der Regel noch besitzen, zu zementieren. Die Worte von Michel Sommer lassen keinen Zweifel: ‚Wir leben in schwierigen Zeiten. Wir stecken mitten in einer schweren Finanz- und Wirtschaftskrise – alle Hoffnungen, die Krise sei vorüber, haben sich inzwischen zerschlagen. Zur Wirtschaftskrise kommen noch politische Probleme und Unwägbarkeiten, die jeder kennt und die in den vergangenen Tagen und Wochen ja ausführlich beschrieben und kommentiert wurden. Was die Bürgerinnen und Bürger jetzt brauchen, sind Signale, dass nicht alles aus den Fugen gerät. Sie suchen Stabilitätsanker, die ihnen Sicherheit bieten. Sie wünschen sich, dass zum Wohle des Landes zusammengearbeitet wird, auch von jenen, die unterschiedliche Interessen vertreten und deshalb oft miteinander kontrovers verhandeln.‘ (Pressekonferenz vom 04.06.10)

Mit anderen Worten: Der DGBVorsitzende sichert den Unternehmern ausdrücklich zu, dass nicht alles aus den Fugen gerät, dass die Schwäche der Regierung nicht für einen politischen Vorstoß der Arbeiterschaft genutzt wird.“ (Arbeiterpolitik Nr. 3, 2010)

worum es den Initiatoren der Gesetzesänderung geht: „(...) Nach der Einigung zwischen BDA und DGB soll die Minderheitsgewerkschaft im Betrieb keine Chance mehr haben, zu Tarifverträgen zu kommen und dafür notfalls zu streiken. (...) Die Gewerkschaften der Lokführer, der Piloten, der Ärzte haben für ihre Mitglieder eine Menge rausgeholt. Nun befürchten Arbeitgeber und DGB, dass diese Beispiele Schule machen könnten. Das stört beide Seiten und deshalb verlangen sie, dass der Gesetzgeber nur noch den ‚Mehrheitstarif‘ zulässt. (...)“

Die Unternehmer sehen sich in ihrem Gewinnstreben gestört, die Gewerkschaftsvorstände in ihrem Tarifgeschäft. Sie waren schon immer bestrebt, Arbeitskämpfe zu vermeiden. Wenn es sich nicht umgehen ließ, wollten sie deren ökonomische Folgen möglichst gering halten – im Interesse der Standortsicherung.

Vor allem durch den Streik der GDL bei der Deutschen Bahn AG

zur Jahreswende 2006/2007 wurde deutlich, wie schnell unter entsprechenden Voraussetzungen die kooperative Tarifpolitik der DGB-Gewerkschaften, im vorliegenden Fall der Transnet, in Frage gestellt werden kann. Trotz der von den Medien geführten Diffamierungskampagne gegen die „berufsegoistischen“ Interessen der GDL, die von den Vorständen der DGB-Gewerkschaften mitgetragen wurde, ließ sich die breite Sympathie unter den abhängig Beschäftigten mit dem Streik der Lokführer nicht brechen: „Endlich mal eine Gewerkschaft, die es ernst meint und handelt.“ Die über Jahre hinweg praktizierte Lohnzurückhaltung, gestiegene Unternehmensgewinne und die selbst bewilligten Boni für Banker und Manager speisten diese breite Stimmung auch in der Mitgliedschaft der DGB-Gewerkschaften. Indem die GDL aus der bisherigen Front der Tarifzurückhaltung ausbrach und einen Arbeitskampf führte, machte sie diese Stimmung öffentlich. Solche Beispiele können die Erwartungen der Mitglie-

der in allen Gewerkschaften beeinflussen und den Druck von unten erhöhen. Dem soll vorgebeugt werden.

„(...) Es geht um die Etablierung eines bilateralen Monopols. Es mag für die Akteure bequemer sein, aber wie sind die Resultate? Die Mehrheitsgewerkschaften werden Konzessionen machen, weil sie ja keine Konsequenzen befürchten müssen. Das knüpft an den Korporatismus der 50er Jahre an. (...) Statt durch bessere Politik mehr Mitglieder zu gewinnen, wird auf juristischem Wege jede Alternative blockiert. Das hat viele Parallelen zur Flucht in die staatliche Zwangsschlichtung während der Weimarer Zeit. Wer keine eigene Kraft mehr hat, muss sie sich von anderen leihen.“ (Däubler, ebenda)

Mit seinen historischen Parallelen weist Wolfgang Däubler auf den Widerspruch als auch das Dilemma hin, in dem sich die sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften befinden. Die eigene Kraft wurde entscheidend geschwächt durch:

→ die seit Jahren anhaltende Massenarbeitslosigkeit,

→ die verschärfte internationale Konkurrenz, in der sich das deutsche Kapital durch die Schaffung eines breiten Niedriglohnssektors und der Absenkung des allgemeinen Lohnniveaus zu behaupten versucht,

→ die staatlichen Eingriffe in die sozialen Sicherungssysteme und den Ausbau der repressiven Instrumente auf sozialem und politischem Gebiet,

→ und nicht zuletzt durch die seit Herbst 2008 anhaltende Finanz- und Wirtschaftskrise.

Die Interessen der eigenen Mitgliedschaft gegenüber dem Unternehmerlager als auch der Regierung zum Ausgangspunkt der eigenen Überlegungen und Aktivitäten zu machen, widerspräche den Grundüberzeugungen sozialdemokratischer Gewerkschaftsvorstände. Auf dieser Grundlage die Belegschaften zu mobilisieren und, wo es möglich ist, in die Auseinandersetzung zu führen, liefe auf die Abkehr von ihrer seit Bestehen der BRD betriebenen Politik der sozialen Partnerschaft und Kooperation hin-

Gesetz wider die Verfassung

„(...) Das Koalitionsgrundrecht des Art. 9 Abs. 3 GG gewährleistet ‚für jedermann und für alle Berufe‘ das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden. Die damit ohne gesetzlichen Einschränkungsvorbehalt verbürgte Koalitionsfreiheit erschöpft sich nicht in der Vereinsbildung. Die Koalitionsfreiheit ist zielgerichtet. Der Koalitionszweck, die Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen, lässt sich ohne spezifische Koalitionsbetätigung nicht verwirklichen. Ein zentrales Betätigungsfeld ist die Aushandlung und Festlegung nicht unterschreitbarer Bedingungen der abhängigen Arbeit.

Eine Gewerkschaft, die durch staatlichen Eingriff daran gehindert wird, für ihre Mitglieder Tarifverträge mit betrieblicher Geltungskraft abzuschließen, würde von einer der wichtigsten Funktionen abgeschnitten. (...) Vor der verfassungsrechtlich geschützten Tarifautonomie haben auch Ordnungsvorstellungen zurückzutreten, die sich mit dem Verlangen

nach einheitlichen Tarifverträgen im Betrieb verbinden. Erstens ist die Tarifeinheit kein verfassungsrechtlich geschütztes Rechtsgut. Zweitens widersprechen derartige Ordnungsmaximen dem Freiheitscharakter des Koalitionsrechts. Die Koalitionsfreiheit zielt zwar auf eine kollektivvertragliche Schutzordnung zugunsten der Arbeitnehmer, ist jedoch ungeachtet dessen ein Freiheitsrecht. Die Legitimation des Tarifvertrages wurzelt in der frei gewählten Mitgliedschaft und der durch den Mitgliederwillen bestimmten Gewerkschaft. Die gesetzlich dekretierte Tarifeinheit beschneidet dagegen diese Freiheit der kollektiven Selbstbestimmung über die eigene Arbeit.

Vollends zeigt sich der Eingriffsscharakter im geplanten Streikverbot. Was verharmlosend als Ausdehnung der Friedenspflicht etikettiert wird, erweist sich für die nachrangige Gewerkschaft als Streikverbot. Doch auch die Streikfreiheit ist Bestandteil des Koalitionsgrundrechts. Ohne die Chance, die individuelle Unterlegenheit durch gemeinsam ausgeübten wirtschaftlichen Druck mittels Arbeitseinstellung zu kompensie-

ren, wäre der Einsatz zur Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen nichts anderes als »kollektives Betteln«, wie das BAG treffend formuliert hat. Die Friedenspflicht ist legitim, soweit sie sich auf den von der Gewerkschaft selbst abgeschlossenen Tarifvertrag und dessen Laufzeit bezieht. Gewerkschaften und ihre Mitglieder dagegen (gleich einem Vertrag zu Lasten Dritter) unter das Joch fremdgesetzter Friedenspflicht zu stellen, nimmt ihnen die Chance, gegen die Arbeitgeber eigene Gegenmacht zu entwickeln.

Auch wer, wie der Verfasser, erklärter Gegner eines berufsbezogenen, mitunter berufsegoistischen Verbandswesens ist, kann solche gesetzlichen Eingriffe nicht gutheißen. Wenn die Gewerkschaften in ihrer langen Geschichte mit erheblichen Opfern für die Anerkennung der Koalitionsfreiheit gekämpft haben, so in dem demokratischen Bewusstsein, dass Freiheitsrechte unteilbar sind. Sollte diese Einsicht heute vergessen sein?“

Detlef Hensche: »Vom Versuch, Tarifautonomie und Streikfreiheit zu halbieren. Wider die Tarifeinheitsfront« in »Blätter für deutsche und internationale Politik« - Heft 8 / 2010

aus. Innerhalb der kapitalistischen Ordnung, so das sozialdemokratische Selbstverständnis, solle durch das Ringen um einen Ausgleich der Klasseninteressen, die Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten verbessert und gesichert werden. Den Gewerkschaften falle die Aufgabe zu, die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Rahmen der Tarifordnung zu regeln – unter Berücksichtigung des „Allgemeinwohls“, dem auch die gewerkschaftliche Tarifpolitik verpflichtet sei. Die Rahmenbedingungen ließen sich nur auf „demokratischem Wege“, über entsprechende parlamentarische Mehrheiten beeinflussen und regeln. Die Erfolge gewerkschaftlicher Politik von den 60er bis in die 80er Jahre gaben den sozialdemokratischen Auffassung in den Augen der breiten Mitgliedschaft Recht.

Wo die gesellschaftliche Entwicklung, wie bereits ausgeführt, die Grundlagen einer in diesem Rahmen „erfolgreichen“ Gewerkschaftsarbeit untergräbt, bleibt den Gewerkschaftsvorständen nur, sich die Kraft von anderen zu leihen. Die Gegenseite, Unternehmerlager und Regierung, soll sie in ihrer gesellschaftlichen Rolle als Verhandlungspartner weiterhin anerkennen. Dafür sind sie bereit, den erwarteten Preis zu zahlen. Er besteht nicht nur in der lohnpolitischen Zurückhaltung, die in den vergangenen zwei Jahrzehnten geübt wurde, sondern auch im Verzicht, durch gewerkschaftliche Mobilisierung und Aktivitäten den Verhandlungspartner unter Druck zu setzen.

Bisher haben die Gewerkschaften ihre ordnungspolitische Rolle wahrgenommen, indem sie sich den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen beugten. Mit der gemeinsamen Gesetzesinitiative geht der DGB nun einen Schritt weiter. Er bietet sich selbst als ordnungspolitische Kraft an, die zur Einschränkung des Streikrechts auch die im Grundgesetz garantierte Koalitionsfreiheit aushebeln bzw. einschränken will (zur juristischen Bewertung siehe Kasten „Gesetz wider die Verfassung“ aus dem bereits zitierten Artikel von Detlef Hensche). Wie lange das angestrebte Resultat,

sich als Partner zur Wahrung des sozialen Friedens unentbehrlich zu machen, Bestand haben wird, muss die Zukunft zeigen. Eine Garantie dafür gibt es ebenso wenig, wie eine natürliche Grenze auf dem Weg der weiteren Anpassung.

Gewerkschaftliche Politik als „Geheimdiplomatie“

Die Art und Weise, wie die Gesetzesinitiative ohne Auftrag durch gewerkschaftliche Beschlüsse vorbereitet und vorangetrieben wurde, erinnert an die Vorgehensweise des IGM-Vorstandes in der Tarifrunde 2010, in der die zuständigen Tarifkommissionen ausgeschaltet wurden. „*Derart schwerwiegende Eingriffe im Tarifvertragsgesetz mit unabsehbaren Folgen für unsere Tarifpolitik ohne eine hinreichende Einbeziehung der Fachbereiche und der Landesbezirke vorzunehmen, lehnen wir ab und raten dringend, die Initiative nicht weiter zu verfolgen*“, heißt es in einem *junge Welt* vorliegenden Schreiben des Landesbezirks Bayern an den ver.di-Bundesvorstand. Nach jW-Informationen hatten führende Funktionäre von ver.di und IG Metall geschlagene zwei Jahre lang mit Unternehmervertretern über das Thema beraten – ohne dass es eine breitere Diskussion in den Gewerkschaften selbst gegeben hätte.“ (*junge Welt* vom 16.8.2010)



Es war kein „führende Funktionär“ aus der IGM, wie die *junge Welt* meldete, sondern aus der IG BCE und Frank Bsirske, die seit zwei Jahren mit Unternehmervertretern darü-

BR und VK-Leitung der Frankfurter Rundschau nehmen Stellung:

An den Vorsitzenden der ver.di

Lieber Frank, in seiner Sitzung vom 20. Juli 2010 hat der Betriebsrat zusammen mit der Vertrauenskörperleitung folgende Resolution beschlossen: Wir lehnen die gemeinsame Initiative von BDA und DGB zur gesetzlichen Regelung der „Tarifeinheit“ ab und fordern die DGB Einzelgewerkschaften auf, dies ebenfalls zu tun – mit dem Ziel, dass der DGB zur Verteidigung von Streikrecht und Tarifautonomie zurückkehrt. Entsprechend soll sich unsere Gewerkschaft als Gesamtorganisation verhalten.

Das Streikrecht ist das wichtigste Grundrecht von Arbeitnehmern. Ohne das Recht auf Streik können Gewerkschaftsmitglieder ihre Interessen nicht durchsetzen. Ohne Streikrecht gibt es keine Tarifautonomie. Tarifverhandlungen würden verkommen zu *kollektivem Betteln*. Streikrecht und Tarifautonomie müssen gegen alle Angriffe von Arbeitgebern und Politik unbedingt und mit allen Mitteln verteidigt werden.

Wir lehnen die BDA-DGB-Initiative ab, weil sie eine neue Form der „Friedenspflicht“ in den Betrieben einführt. Wenn eine Konkurrenzorganisation einen Tarifvertrag abschließt, dann dürfen Gewerkschaftsmitglieder nicht zwangsweise durch Gesetz an diesen Tarifvertrag und dessen Friedenspflichten gebunden werden. (...)

Es ist – bei aller praktisierten Tarifpartnerschaft – ein elementarer Verstoß gegen die gesamte Geschichte, Politik und Kultur der Gewerkschaftsbewegung, sich mit Arbeitgeber-Organisationen über die Ausgestaltung des Streikrechts zu verständigen und hierzu gemeinsam Gesetzesinitiativen von der Politik zu fordern. (...)

Landesfachbereich 08 Nord nimmt Stellung:

Tarifeinheit darf nicht durch Eingriff ins Streikrecht hergestellt werden!

[...] fordert Bundesvorstand und Gewerkschaftsrat auf, die Unterstützung dieser Initiative sofort zu beenden. Der bislang eingeschlagene Weg fügt ver.di insgesamt schweren politischen Schaden zu. Ein Rückzug aus der Initiative und eine gleichzeitig erfolgende breite Diskussion in der Organisation über eine angemessene Auseinandersetzung mit sogenannten „Spartengewerkschaften“ ist die einzig mögliche Schadensbegrenzung. Im anderen Fall würde sich ver.di mit an die Spitze jener stellen, die aus reinem Machtkalkül – im gemeinsamen Interesse mit Arbeitgebern und keineswegs gewerkschaftsfreundlichen Politikern (wie der FDP!) – durch Behinderung der Koalitionsfreiheit das Streikrecht gesetzlich reglementieren wollen.

Die Beschädigung erkämpfter, verfassungsrechtlich garantierter gewerkschaftlicher Freiheitsrechte von Menschen und ihren Organisationen darf nicht von Gewerkschaften ausgelöst, sondern muss von ihnen im Ansatz bekämpft werden. Ein Festhalten an der DGB-BDA-Initiative führt die Organisation immer weiter in die absurde Situation, dass die Verteidigung gewerkschaftlicher Freiheiten den „Wettbewerbern“ und auch Gegnern überlassen wird. Katastrophal wäre eine Niederlage von ver.di und DGB im Fall einer Verfassungsklage – das Streikrecht und die Koalitionsfreiheit wären dann nur gegen ver.di zu schützen.

Der ver.di-Bundesvorstand provoziert mit seinem Alleingang in einer solch wichtigen Angelegenheit eine Vertrauenskrise in entscheidenden Bereichen der Organisation. Nur die Rückkehr zur offenen Debatte und zur politischen statt fragwürdig juristischen Auseinandersetzung mit sogenannten Spartengewerkschaften kann dieses Vertrauen wieder herstellen. Dazu ist zuallererst ein Rückzug aus der DGB-BDA-Initiative erforderlich. ver.di darf nicht einer Politik der „vollendeten Tatsachen“ ausgeliefert werden.

beschlossen: 20.9.2010

ber berieten. Den ver.di-Bundesvorstand hatte deren Vorsitzender nicht unterrichtet und einbezogen. Dieses Vorgehen von Frank Bsirske und das von Berthold Huber in der Metalltarifrunde 2010 belegen, wie sich gewerkschaftliche Spitzenfunktionäre immer stärker abkoppeln – nicht nur von den Mitgliedern, sondern auch von den durch sie kontrollierten Apparaten. Eine reibungslose Zusammenarbeit mit der Gegenseite in Form der Geheimdiplomatie verträgt sich nicht mit der Information der eigenen Gremien und der Rückversicherung bei ihnen. So werden auch noch die gutwilligsten und aktivsten Funktionäre entmündigt und entmutigt, die doch den Mitgliedern die Politik ihrer Gewerkschaft erklären und nahe bringen sollen. Die damit verbundene Zersetzung gewerkschaftlicher Strukturen an der Basis fördert die ohnehin vorhandene Vereinzelung und Passivität unter den Beschäftigten.

Die innergewerkschaftliche Debatte

Dass aus den Hauptvorständen der Gewerkschaften kein Widerspruch kommt, verwundert nicht. Soll doch mit der Gesetzesänderung deren Tarifgeschäft abgesichert werden. Vorreiter in der beginnenden kritischen Debatte spielte die Fachgruppe Verlage im Fachbereich 8 von ver.di, denn die Deutsche Journalisten Union (dju) könnte das erste Opfer der „eigenen“ Gesetzesänderung werden. „Für den Fachbereich Medien, Kunst und Industrie könnte die Initiative schwerwiegende Folgen haben, insbesondere bei den Journalisten in Zeitungs- und Zeitschriftenverlagen, wo die Konkurrenzorganisation DJV (Deutscher Journalisten-Verband) in vielen Betrieben die Mehrheit der Mitglieder dieser Berufsgruppe stellt.“ Nicht nur die eigene Betroffenheit, sondern auch grundsätzliche Erwägungen flossen in die Kritik ein. Sie decken sich in vielen Punkten mit den von Detlef Hensche formulierten Einwänden und finden sich in unterschiedlichster Wortwahl wieder in den zunehmenden Stellungnahmen gewerkschaftlicher Gremien und Bezirke (siehe Kasten Frankfurter Rundschau). Inzwischen lehnen auch andere Fachbereiche, wie bei-

spielsweise der FB 10 (Postdienste) aus dem Landesbezirk Bayern, das Vorgehen des DGB-Vorstandes ab. Auch der ver.di-Landesbezirk Bayern rät angesichts der Einwände und Kritik von dem Vorhaben ab.

Angesichts der in den Gewerkschaften zunehmenden Kritik rücken auch die Führungspersonen der Linkspartei von ihrer eilig erteilten Zustimmung ab. „Während führende Parteifunktionäre die DGB/BDA-Initiative ursprünglich begrüßt hatten, rüderten Klaus Ernst, Werner Dreibus, Ulrike Zerhau und Michael Schlecht in einer gemeinsamen Stellungnahme jetzt zurück. Die Situation müsse zu einem ‚breiten Diskurs‘ über die Probleme gewerkschaftlicher Durchsetzungsmacht genutzt werden, so die Linke-Politiker. ‚Einen Punkt können wir uns für Die Linke jedoch nicht vorstellen: Die Hand zu reichen für die Einschränkung des Streikrechts – für wen und welche Organisation auch immer.‘“ (junge Welt vom 16.8.2010)

Es gibt keine Garantie, dass die Einschränkung der Koalitionsfreiheit in Zukunft nur die „lästigen Konkurrenten“ der DGB-Gewerkschaften treffen wird. Wie werden sich deren Vorstände verhalten, wenn nicht nur für die jetzt vorhandenen Konkurrenzgewerkschaften, sondern auch für die DGB-Gewerkschaften selbst Einschränkungen verlangt werden? Der Bundesvorstand von ver.di sieht durchaus die mit der Gesetzesinitiative verbundenen Gefahren, wenn er schreibt: „Zwischen DGB und BDA ist im Übrigen völlig klar: Nur das soll zur Verankerung der Tarifeinheit Gesetzeskraft erhalten, was gemeinsam und einvernehmlich von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden gewollt wird und was die Chance hat, parteiübergreifend von Regierung und Opposition aufgenommen zu werden. Die beabsichtigte gesetzliche Änderung wird gerade deshalb auf ein absolutes Minimum begrenzt, um diesen übergreifenden Konsens zu erreichen. Alles, was über diese übergreifende und zwischen DGB-Gewerkschaften und BDA einvernehmliche Änderung hinausgeht, entzieht der Vereinbarung die Geschäftsgrundlage und trifft auf den erbitterten Widerstand der Gewerkschaften.“ (ver.di, Ressort 1, Argumentationspapier des Bundesvorstandes).

Wie kann dieser „erbitterte Widerstand“ aussehen, falls der über-

greifende Konsens von den Arbeitgeberverbänden oder der parlamentarischen Mehrheit aufgekündigt wird, weil er nicht mehr ihren Interessen dient? Er wird sich auf gewerkschaftliche Appelle und Bitten an den Gesetzgeber beschränken, denn der ver.di-Bundesvorstand steht fest auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und hält sich an ihre „demokratisch-parlamentarischen Spielregeln“. Gewerkschaftsvorstände, die ihre tarifpolitische Funktion darin sehen, „die Arbeitsbeziehungen zu befrieden“, können die verbliebene „Koalitionsfreiheit“ nicht verteidigen – erst recht nicht, wenn sie sich an deren Einschränkung zuvor selbst beteiligt haben.

Wo es unsere eigenen schwachen Kräfte erlauben, sollten wir die Diskussion in Gremien und Versammlungen tragen, um die innergewerkschaftliche Front gegen eine Einschränkung des Streikrechts zu verbreitern und zu stärken. Beschlüsse und Stellungnahmen allein

aber werden die geplante Gesetzesänderung nicht aufhalten können. Die einzige Kraft, die dazu in der Lage wäre, sind die abhängig Beschäftigten selbst. Die mit der kapitalistischen Entwicklung verbundene Aufsplitterung, Konkurrenz und Atomisierung unter den Lohnabhängigen spielt momentan politisch den sozialdemokratischen und übrigen linksbürgerlichen Gewerkschaftsspitzen in die Hände. Aber sie hat auch einen anderen Aspekt: Das Band zwischen dem hauptamtlichen Apparat und der gewerkschaftlichen Basis ist schwach, schwächer als je zuvor. Es beruht auf dem abgebuchten Mitgliedsbeitrag und auf Stimmungen, die sich je nach Lage der Dinge urplötzlich ändern können. Die Mitgliedschaft wird für die Gewerkschaftsspitzen schwerer berechenbar.

Die überwältigende Mehrheit der Beschäftigten interessiert und verfolgt die innergewerkschaftliche Debatte nicht. Die Verschlech-

terungen der Arbeits- und Lebensbedingungen (der eigene Geldbeutel) und das gesellschaftliche Klima bestimmen ihre Stimmung und die mögliche Bereitschaft, sich zur Wehr zu setzen. Das Streikrecht kann nur verteidigt und mit Leben erfüllt werden, wenn es sich Belegschaften nehmen – wenn nötig, auch gegen bestehende gesetzliche Bestimmungen oder den Rat der eigenen gewerkschaftlichen Führung. Beispiele dafür finden wir auch in der Geschichte der BRD.

23. September 2010

Abdruck aus der Arbeiterpolitik,
Nr. 4, Oktober 2010

Arbeiterpolitik
INFORMATIONSBRIEF DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Bezugsadresse der Arbeiterpolitik:
GFSA e.V., Postbox 106426
D-20043 Hamburg
www.arbeiterpolitik.de

Der Wille der Unternehmer soll Gesetz werden, die Gewerkschaften helfen dabei

Seit dem Streik der GdL drängt Dieter Hundt im Namen der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) den Gesetzgeber zum Handeln. Schon am 11. September 2007 erschien unter „Standpunkte“ in der FAZ sein erstes Plädoyer:

„Betriebliche Praxis braucht Tarifeinheit Der Gesetzgeber muss handeln

Die Tarifeinwanderung bei der Bahn hat das Augenmerk auf den für die betriebliche Praxis wichtigen Grundsatz der Tarifeinheit gelenkt, nach dem in einem Betrieb nur ein Tarifvertrag gelten kann. Kurz gesagt: ein Betrieb – ein Tarifvertrag. Seit 1957 hat das Bundesarbeitsgericht immer wieder betont, dass in einem Betrieb aus Gründen der Rechtssicherheit und Rechtsklarheit grundsätzlich nur ein Tarifvertrag gilt – im Zweifel derjenige, der die gesamte Belegschaft umfasst. Mit der Gewerkschaft der Lokführer (GdL) versucht nach Cockpit, der Organisation der Flugbegleiter (UFO), dem Marburger Bund und der Fluglotsenvereinigung (GdF) jetzt abermals eine Sparten-gewerkschaft diesen Grundsatz auszuhebeln. Sie fordert den Abschluss eines Tarifvertrages für einen kleinen Teil der Belegschaft, obwohl schon ein Tarifvertrag für alle Beschäftigten einschließlich des von der GdL vertretenen Fahrpersonals existiert.

Für den Grundsatz der Tarifeinheit sprechen gute Gründe. (...) Schließlich wird durch die Aufgabe des Grundsatzes der Tarifeinheit die Friedensfunktion des Flächentarifvertrages und damit das System der Tarifautonomie gefährdet. Der Arbeitgeber muss sich darauf verlassen können, während der Laufzeit eines geltenden Tarifvertrages keinen Arbeitskämpfmaßnahmen ausgesetzt zu werden. Mit verschiedenen Gewerkschaften abgeschlossene Tarifverträge könnten demgegenüber aber un-

terschiedliche Laufzeiten haben mit der Folge, dass für die Unternehmen zu verschiedenen Zeiten Streiks oder Streikandrohungen denkbar wären. Im schlimmsten Fall könnte ein Unternehmen das ganze Jahr in Tarifeinwanderungen verwickelt werden.

Um diese Entwicklung zu verhindern, müssen Streiks von Sparten-gewerkschaften begrenzt werden. Findet ein Sparten-tarifvertrag nach dem Grundsatz der Tarifeinheit keine Anwendung, ist ein Arbeitskampf zu seiner Durchsetzung unverhältnismäßig. Unterschiedliche Entscheidungen der Instanzgerichte zum Grundsatz der Tarifeinheit und zum Recht, für einen Sparten-tarifvertrag streiken zu dürfen, haben allerdings zu Rechtsunsicherheit geführt. So hat beispielsweise das Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz das Recht der Fluglotsenorganisation GdF, trotz bestehendem Tarifvertrag mit Verdi für eine eigene Regelung streiken zu dürfen, in einem ersten Rechtsstreit verneint, wenige Jahre später aber bejaht. Da eine schnelle höchstrichterliche Klärung nicht in Sicht ist, sollte der Gesetzgeber handeln und die Friedensfunktion des Flächentarifvertrages sichern. Hierzu kann eine gesetzliche Klarstellung beitragen, welche die Tarifeinheit dem Grunde nach bewahrt.“

Auf der Bundespressekonferenz am 28. Juli 2009 legte Dieter Hundt in seiner Rede „Tarifpolitik im Zeichen der Krise“ noch einmal nach: „(...) Wir wollen keine englischen Verhältnisse der 70er Jahre mit einer Zerlegung und Zersplitterung des Tarifsystems. Arbeitgeber müssen sich darauf verlassen können, während der Laufzeit eines Tarifvertrages, der für den gesamten Betrieb gilt, keinem Streik ausgesetzt zu werden. Die Tarifeinheit mit dem Grundsatz, dass in einem Betrieb grundsätzlich nur ein Tarifvertrag gelten kann, ist eine zentrale Voraussetzung für das Funktionieren der Tarifautonomie. (...)“

[http://www.bda-online.de/www/arbeitgeber.nsf/res/06B710A211EC28A9C125760100301A95/\\$file/DH-Rede_BPK_28-07-09.pdf](http://www.bda-online.de/www/arbeitgeber.nsf/res/06B710A211EC28A9C125760100301A95/$file/DH-Rede_BPK_28-07-09.pdf)

Über den 19. Parteitag der DKP

Der 19. Parteitag der DKP im Oktober 2010 in Frankfurt fand in einer schwierigen Periode der Parteientwicklung statt. Unter den vielen Organisationen in Deutschland mit kommunistischem Selbstverständnis ist die DKP zwar nach wie vor die weitaus größte. Aber die Mitgliederzahl ist immer noch eher rückläufig. Die Partei ist überaltert. Junge Kräfte kommen nach, aber bisher nicht in ausreichender Zahl. Es haben sich zwei Strömungen herausgebildet. Die inneren Auseinandersetzungen absorbieren einen Teil der ohnehin schwachen Kraft.

Die DKP widerspiegelt damit den Zustand der Kommunisten in Deutschland. Sie sind zersplittert, und jeder Splitter ist schwach. Vermutlich gibt es inzwischen mehr Menschen, die sich *irgendwie* als Kommunisten verstehen, aber nur noch in den Gewerkschaften, in Bürgerbewegungen und linken Bündnisorganisationen, in der Linkspartei vereinzelt oder in loser Verbindung vor sich hin werkeln, als solche, die einer sich als kommunistisch verstehenden Organisation angehören.

Alle zusammen wären durchaus eine kleine Kraft, die dann zu einem Anziehungspunkt für die kritischsten Köpfe in den vereinzelt sozialen Bewegungen werden könnte. Das Potential für eine einheitliche kommunistische Partei mit einer Mitgliederzahl im fünfstelligen Bereich ist da. Aber das Zirkelwesen und die Pflege des eigenen Schrebergartens haben sich in Deutschland so stark in das kommunistische Milieu eingefressen, dass der politische Wille, diesen kläglichen Zustand zu überwinden, noch viel zu schwach ist, als dass er überwunden werden könnte.

Die aus der Nachkriegs-KPD und der SED hervorgegangenen Kräfte verteilen sich auf die DKP, die kleine „Ost“-KPD, die noch kleinere KPD (B), die Kommunistische Plattform in der Linkspartei, den Organisationszusammenhang um den RotFuchs. Die letzten Reste der ehemals *maoistischen* Organisationen, die in der Folge der 1968er Bewegung entstanden sind, ver-

teilen sich auf die MLPD und einige andere Kleinorganisationen und die in der Tradition des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD stehenden Zusammenhänge; die in der Tradition der KPD-Opposition der Weimarer Republik stehenden Kommunisten auf Arbeiterstimme und Arbeiterpolitik. Die *Trotzkisten* verschiedener Couleur sind ein eigener Mini-Kosmos. Und, schwer beziffer- und fassbar, die *parteilosen Kommunisten* stellen vermutlich sogar die Mehrheit des kommunistischen Spektrums.

Die DKP funktioniert bisher weder als Gravitationszentrum der kommunistischen Kräfte, noch für die aus den aktuellen Konflikten und Krisenfolgen entstehenden Widerstandsbewegungen. Letztere werden zum Teil von der Linkspartei absorbiert, zum Teil bilden sich allerlei *antikapitalistische* Zusammenhänge, die ideologisch *bunt* sind und bisher keine festeren und beständigen Organisationsstrukturen entwickeln.

Die DKP hatte sich 2006 mühsam auf ein Programm geeinigt. Danach zeigte sich, dass damit die Differenzen in der Partei nicht erledigt waren. Sie haben sich eher verfestigt. Mittlerweile haben sich zwei Strömungen deutlich ausgeprägt: eine, die an den *traditionellen* kommunistischen Grundpositionen festhält und darauf besteht, dass die Partei auf marxistisch-leninistischer Grundlage Avantgarde werden muss; die andere hängt der These vom „*kollektiven Imperialismus*“ an, sieht die KP als eine unter vielen „*linken*“ Stimmen, setzt größere Hoffnungen auf „*soziale Bewegungen*“ und die Nähe zu linkssozialdemokratischen Organisationen wie der Linkspartei und der Europäischen Linken.

Überraschungen auf dem Parteitag

Letztere Strömung war in der Parteiführung dominant, erstere an den Rand gedrängt. Eine der Überraschungen des 19. Parteitags war die Stärke des Widerstands gegen diese Dominanz.

Der Versuch, mit Politischen Thesen im Vorfeld des Parteitags die um den stellvertretenden Vorsitzenden Leo Mayer gruppierte Neuerer – Strömung zu stärken, ist nach hinten losgegangen. Teile der Partei, die sich bisher aus den Streitigkeiten eher herausgehalten haben, sahen sich gezwungen, sich zu positionieren. Eine Reihe alter und erfahrener Genossinnen und Genossen mit hohem Ansehen in der Partei sprachen sich gegen diese Thesen aus, unter anderen Robert Steigerwald, der die Parteitagsdiskussion mit eben diesem Thema eröffnete und dessen klare Worte einigen Einfluss auf den weiteren Verlauf gehabt haben dürften.

Der Parteitag beschloss, dass die Politischen Thesen nicht mehr die Grundlage einer für 2011 geplanten wissenschaftlichen Konferenz sind, sondern bloß noch in diese eingebracht werden können, wie zu erwartende andere Positionspapiere auch. Leo Mayer erhielt das schlechteste Stimmenergebnis unter den Kandidaten für den stellvertretenden Parteivorsitz und konnte sich nur mit einem Vorsprung von zwei Stimmen vor dem ausdrücklich gegen ihn angetretenen Hans Peter Brenner durchsetzen. Der Parteitag beschloss gegen die Empfehlung des alten Parteivorstands einen dritten Stellvertreter. Patrik Köbele wurde zu einem der stellvertre-

Anzeige

Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein



Hamburg 1978. 138 Seiten,
Fadenheftung, fester Einband,
5,00 €.

tenden Vorsitzenden gewählt, mit nur einer Stimme weniger als die bisherige stellvertretende Vorsitzende Nina Hager, die in dieser Funktion bestätigt wurde. Köbele zählt zum marxistisch-leninistischen Flügel der Partei.

Im neugewählten Vorstand sind jetzt mehr als ein Drittel der Mitglieder diesem Flügel zuzurechnen. Die Wahlvorschläge des alten Vorstandes wurde vom Parteitag stark korrigiert, der PV um zwei auf 34 Sitze erweitert. Eine Reihe von neuen PV-Mitgliedern, die nicht auf der Empfehlungsliste des alten Vorstands standen, kommt aus der SDAJ oder ist noch im Jugendverband aktiv. Stärker als bisher sind auch die Parteigliederungen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR vertreten.

Der bisherige Vorsitzende Heinz Stehr kandidierte nicht mehr. Ihm folgte Bettina Jürgensen, die im alten PV wohl der Linie Mayers nahe stand, in ihrer Antrittsrede nach der Wahl zur Vorsitzenden aber die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit der Flügel und einer fairen und sachlichen Diskussion der Streitfragen betonte.

Die Parteiwahlen zeigten insgesamt, dass nach *Lagern* abgestimmt wurde. Bei 168 Delegierten war die ab-

solute Mehrheit 85 Stimmen. Lediglich die Wahl der Vorsitzenden erbrachte eine *lagerübergreifende* Mehrheit von 144 Stimmen. Von den stellvertretenden Vorsitzenden erhielt Nina Hager 95 Stimmen, Patrik Köbele 94, Leo Mayer 81. Die Ergebnisse für die PV-Mitglieder waren ähnlich knapp – etwa zwischen 80 und 120 Stimmen. Der Bezirksvorsitzende im Saarland wurde nicht mehr in den PV gewählt, ebenso wie der bisherige und weiter amtierende Bundesgeschäftsführer Weissmann.

Über weite Strecken sachlich

Die Diskussion verlief über weite Strecken sachlich. Bei der Personaldiskussion kam es aber zu Schärfen, die zum Teil unter die Gürtellinie gingen. Das Gewicht der politischen Differenzen führte dazu, dass dringliche Problemstellungen wie die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit und die Arbeit in den Wohngebieten und Kommunen zu kurz kamen. Verabschiedet wurden zwei vom alten Vorstand vorgelegte Dokumente mit starken Abänderungen, die als Orientierung für die nächste Zeit dienen sollen.

Aus der existenzgefährdeten Lage, in der sich die DKP befindet, konnte der Parteitag nicht herausführen. Erreicht worden ist, dass die Strömungen in der Führung ausgewogener repräsentiert sind. Der marxistisch-leninistische Flügel geht gestärkt aus dem Parteitag hervor. Auf das Programm von 2006 berufen sich alle, und das ist tatsächlich auch die inhaltliche Klammer, die die Partei zusammenhält.

Der Verfasser dieses Textes zählt sich zur marxistisch-leninistischen Strömung in der DKP. Meine Hoffnung ist, dass die tatsächliche wirtschaftliche und politische Entwicklung, die die unterschiedlichen Positionen auf den Prüfstand stellt, eine Klärung der Differenzen in den nächsten Jahren erzwingt.

Was das Verhältnis der verschiedenen Organisationen mit kommunistischem Selbstverständnis zueinander betrifft, halte ich für notwendig, dass zusammengearbeitet wird, wo immer es geht. Ich meine, dass ein Teil der *historischen* Differenzen abgeschlossene Geschichte ist, der die Zersplitterung nicht mehr rechtfertigt. Aber das ist ein weiteres Thema.

Sepp Aigner

Anzeige



Rote Hilfe organisieren – Mitglied werden!



ROTE HILFE e.V.

Bundesgeschäftsstelle, Postfach 3255
37022 Göttingen

Tel.: 0551 – 770 80 08 (Di. & Do. 15:00 – 20:00 Uhr)

Fax: 0551 – 770 80 09

bundsvorstand@rote-hilfe.de – www.rote-hilfe.de

Spendenkonto:

Rote Hilfe e.V., Konto-Nr: 19 11 00 – 462

BLZ: 440 100 46, Postbank Dortmund

IBAN: DE75 4401 0046 0191 1004 62

BIC: PBNKDEFF

Wahlen in Wien und der Steiermark Oder: der unaufhaltsame Aufstieg des HC-S

Und es half alles nichts! Pünktlich zwei Wochen nach den Wienwahlen präsentierte die Bundesregierung ihr Budget der sozialen Grausamkeiten. Dass damit ein Verstoß gegen die Verfassung vorlag – das Budget hätte viel früher dem Parlament präsentiert werden müssen – wurde mit dem Verweis auf die nicht vorhersehbare wirtschaftliche Entwicklung abgetan. Nach den Wahlen waren die Regierungspolitiker plötzlich fähig, für drei Jahre wirtschaftliche Entwicklungstendenzen zu analysieren und ein entsprechendes Budget mit enormen Einsparungen in den Bereichen Soziales, Bildung etc. zu präsentieren. Das erzeugt zusätzliche Troubles in der eigenen Klientel: Gewerkschaften verabschieden Protestresolutionen, die Salzburger und die oberösterreichische SPÖ verlangen Änderungen und auch in der „Familienpartei“ ÖVP gärt es ziemlich heftig! Und die Studenten gehen auf die Straße – weitere Proteste mit Beteiligung der Gewerkschaften und NGOs sind absehbar. Im Bundesland Oberösterreich etwa wird zusätzlich bei Armen, Alten und Behinderten gespart, und das von einer schwarz-grünen Koalition mit sozialdemokratischem Sozialressort.

Das bewirkte ein weiteres Meinungsumfragetief für die beiden Koalitionäre, die in den Wahlen jeweils teils starke Verluste zu verzeichnen hatten. Der eindeutige Sieger war die rechtsextreme FPÖ.

Und alle sahen sie sich dennoch in der Steiermark als Wahlsieger. Die SPÖ, obwohl mit massiven Stimmenverlusten an die FPÖ in den Industriezentren konfrontiert, weil sie für eine zweite Amtsperiode das bis dahin tief schwarze Kernland Steiermark halten konnte (38,4%; -3,3%). Die ÖVP freute sich über weniger Verluste als befürchtet, die Grünen über ein paar Zehntel Prozentpunkte Dazugewinn (5,5%; +0,7%) und die KPÖ trotz Verlusten über den Wiedereinzug in den steirischen Landtag.



Die FPÖ konnte ihre Stimmen mehr als verdoppeln – allerdings von einem relativ bescheidenen Ausgangsniveau (von 4,6 auf 10,7%).

Der Wahlkampf der steirischen SPÖ war ganz auf den amtierenden Landeshauptmann zugeschnitten. In der Landesregierung und im Wahlkampf stritt er meist mit dem ÖVP-Spitzenkandidaten Schützenhöfer, um danach wieder ein Regierungsübereinkommen abzuschließen, nicht ohne gleich am Wahlabend zu betonen, dass für ihn auch eine Koalition mit der FPÖ in Frage käme(!) – und damit seinem im Wahlkampf stehenden Wiener Landeshauptmann und Parteikollegen Häupl in den Rücken zu fallen! Voves setzte im flauen Wahlkampf offenbar unglaublich auf die soziale Frage. Im Landtag hatte die SPÖ diesbezügliche Anträge der KPÖ meist abgelehnt. Die Sozialdemokraten profitierten auch vom gesamtösterreichischen Trend. Seit dem Eintritt in die Regierung verlieren sie eine Wahl nach der anderen.

Die ÖVP hatte in der Steiermark bis zur letzten Wahl den Landeshauptmann/frau gestellt. Einige Skandale und eine Gegenkandidatur kehrten die Mehrheitsverhältnisse um. Sie setzte diesmal auf altbekannte Muster, verpasste sich das antiquierte Image des lodentragenden Steirerinnen. Das fand wenig Zustimmung vor allem bei den weltoffeneren Grazer Stadtbürgern, wo sie massive Verluste einfuhr. Insgesamt verlor

die ÖVP nochmals 1,5% (37%). Das war ihr schlechtestes Ergebnis in der Nachkriegsgeschichte!

Die Wahlkampfstrategie der FPÖ gleicht sich wie ein Ei dem anderen: erst provozieren, dann teilweise dementieren, verharmlosen – und die Medien stürzen sich auf die Skandale wie die Geier auf's Aas. Und im Hintergrund der farblosen Kandidaten steht der Erlöser – der „wir werden's denen da oben schon zeigen“-HC Strache. Dies findet großen Anklang in Österreich, wo generell Protest nicht aktiv wird, sondern die extreme Rechte stärkt. Das stark von der Kaiserzeit und zwei faschistischen Diktaturen geprägte Obrigkeitsdenken ist in weiten Teilen der Bevölkerung verankert. In Graz kam die FPÖ mit einem im Internet erschienenen Muezzinvernichtungsspiel in die Medien: die Grünen klagten – das Spiel wurde verboten – Strache dementierte etc. – das Spiel war gewonnen.

Die FPÖ verteilte vor den Werks-toren ausländerfeindliche Flugblätter und hat damit das kleinbürgerliche Besitzstandsdenken vieler Facharbeiter, ob Stammpersonal oder Leiharbeiter, angesprochen. Ausländer als Synonym für Arbeitsplatzgefahr, Angst vor schlechter Schulbildung für die Kinder, Verschlechterung der Wohnsituation etc. Und in diesem Ton geht es dann im Wiener Wahlkampf weiter. Strache appelliert im Sinne der *Blut und Boden*-Ideologie

des Dritten Reiches ans „Wiener Blut“ (eine bekannte Operette!) und fordert in einem an alle Wiener Haushalte verteilten Comic „Sagen aus Wien“ einen Jungen auf, einen Moslem mit einer Steinschleuder abzuschleßen! Auch hier kamen wieder Dementi und Abschwächung – der Medienrummel war wieder sicher.

Die Arbeitslosigkeit geht zwar zurück, aber auf Kosten von Leiharbeit und prekären Arbeitsverhältnissen und der lebenslange Arbeitsplatz wird zur Randerscheinung; anknüpfungspunkte genug, um an primitive Urinstinkte einer in langjährigem sozialpartnerschaftlichen Denken entideologisierten Arbeiterschaft zu appellieren.

Während die KPÖ durch tagtägliche Kleinarbeit vor allem in den Industriezentren und der Hauptstadt doch zu einem beachtlichen Ergebnis kam, kann die extreme Rechte, bereichert um eine neue Leitfigur, leicht von einem Sieg zum anderen eilen. Selbst die KPÖ Steiermark vermied es tunlichst, auf die rassistischen Auswüchse der Blauen zu konsequent zu reagieren.

Die KPÖ hatte diesmal mit dem Ausscheiden ihres sozial äußerst engagierten, doch wenig ideologiebehafteten Medienstars („Engel der Armen“) Ernst Kaltenegger zu kämpfen. Daher war es fraglich, ob ein weiteres Mal der Sprung in den Landtag gelingen würde. Die KPÖ verlor zwar (von 6,4 auf 4,4%), behielt aber zwei ihrer vier Landtagsabgeordneten. Das kann als ein durchaus erfreuliches Ergebnis gewertet werden. Durch ein Grundmandat in einem Wahlkreis wurde dies erreicht. Die neue Spitzenkandidatin Klimt-Weitthaler trat im Wahlkampf erfreulich kantiger als ihr Vorgänger auf, bekannte sich des Öfteren zum Marxismus und thematisierte auch Systemalternativen. Die Kommunisten setzten vor allem auf die soziale Frage. Honoriert wurde aber auch ihr tägliches Eintreten für die arbeitende und benachteiligte Bevölkerung in der Hauptstadt und den Industriezentren. Wirkliche Tiefenwirkung erzielen die Kommunisten dabei kaum, wie die Resultate bei diversen überregionalen Wahlen zeigen. Viele karitative Aktionen lassen die steirischen Kommunisten zudem bei Teilen der Bevölkerung als die ehrlicheren Sozialisten erscheinen.

Wien

Der weit heftiger ausgetragene Wiener Wahlkampf war in vielen Facetten eine medial inszenierte Show. In den Privatsendern ATV und Puls 4 z.B. matchten sich die Spitzenkandidaten in römischen „Brot und Spiele“-Shows. In ATV etwa mussten die Parteien für ihre Anhänger Eintrittskarten kaufen (!). Die Grünen zögerten anfangs, zahlten aber später brav.

Einer der Schwerpunkte war das Thema Integration, Zuwanderung und Assimilation, das von der FPÖ vorgegeben wurde.

Die Stadt Wien betreibt auf kommunaler Ebene viele Betriebe und bedient Bereiche, die in anderen Städten schon längst privatisiert sind. So wird etwa in Gärtnereien Gemüse für Kindergärten angebaut. Ein Hauch vom *Roten Wien* der 30er Jahre durchzieht noch die Stadt. Dies ergibt eine teilweise durchaus beachtliche städtische Infrastruktur und kommunale Leistungen und als negative Auswirkung eine starke Verfilzung von SPÖ-nahen Großfirmen mit der Stadt Wien. Die Wiener Magistratsbetriebe starteten schon im Frühjahr eine gigantische Werbe- und Inseratenkampagne, die Stadt (sprich SP) befragte kurz vor der Wahl die Bürger, eröffnete U-Bahnlinien und be-



schloss die Wiedereinführung eines Wiener Originals, des Hausmeisters.

Es half alles nichts! Der immer etwas grantelnde Herrscher von Wien, Michael Häupl, und seine Sozialdemokraten fuhren herbe Verluste vor allen in Arbeiterbezirken ein, während es in eher bürgerlichen Bezirken teilweise sogar Gewinne gab. Sein Gegenspieler H.C. Strache konnte überall massiv zulegen. SPÖ: 44,4% (- 4,75%) FPÖ: 25,8% (+11%!)

Die fremdenfeindliche Politik wirkte! Als Beispiel kann etwa der Bezirk Simmering mit einem relativ geringen Ausländeranteil dienen, in

dem die SPÖ massiv an die FPÖ verlor. Der disothekengeile Schönling H.C. Strache erfreut sich zudem unter den arbeitenden Jugendlichen enormer Beliebtheit, so nach dem Motto: Die Inhalte interessieren uns nicht, aber er ist ein klasser Bursch!

Erfreulich an Häupls Wahlkampf war sein konsequentes Auftreten gegen die Politik der FPÖ und die Person Straches im Besonderen. Und gleich am Wahlabend schloss er jegliche Zusammenarbeit mit der FPÖ aus. Häupl als Gegenpart zu Strache war ein willkommenes Medienspektakel.

Wien ist generell ein Schwachpunkt der ÖVP in der Phalanx der österreichischen Bundesländer. Diesmal ging die Talfahrt weiter. Nur mehr 14% (- 4,8%) wählten die Bürgerlichen. Die neue Spitzenkandidatin Christine Marek kam mit dem Image der liberalen Bürgerlichen aus einem Ministerium in die Landeshauptstadt. Auf ihren ersten Plakaten ließ sie allerdings gleich „deutsch lernen“ plakatieren und zeigte damit an, wohin der Zug fahren würde: in einen rassistischen Wahlkampf, während ihre Jugendorganisation mit teuren Amischlitten einen „geile Partei“ zu vermitteln versuchte. Von ihren Think Tanks schlecht beraten, vergaulte sie die Innenstadtbürger, die, wie erwähnt, zur SP votierten und erreichte mit ihren Hetzparolen natürlich die wenig Betuchten nicht. Wer etwas in dieser Richtung wählt, geht zum Schmied und nichts zum Schmidl, sprich zu H.C Strache!

Die Grünen (12,6%) dachten sich, mehr ist besser und traten in zwei Bezirken mit zwei konkurrierenden Listen an, nachdem es bei der Vorwahlwahlnominiierung zu Differenzen gekommen war. Sie verloren dadurch einen ihrer zwei erst errungenen Bezirksvorsteher und fuhren in Gesamten Verluste ein (- 2%). Die Spitzenkandidatin Maria Vassilakou kommentierte dennoch erfreut den Wahlausgang. Nach dem Verlust der Absoluten durch die SPÖ hofften die Grünen, nicht zu Unrecht, an den Fettöpfen der Macht mitnaschen zu können. Die Grünen traten konsequent gegen Ausländerfeindlichkeit auf und in sozialer Hinsicht deckten sich ihre Anliegen in vielen Punkten mit denen der KPÖ. Insgesamt macht sich allerdings eine weitere Verbürgerlichung der Partei vor allem in den Innenstadt-

bezirken bemerkbar. Der einst sehr starke linke Flügel in der Bewegung verliert an Bedeutung.

Dazu passt es, dass nach den Verlusten Versuche zur Abschaffung der Basisdemokratie u.a. vom oberösterreichischen Grün-Landesrat Anschöber gestartet wurden. Die Bewegung soll zur kalkulierbaren durchaus regierungsbereiten Bewegung werden, um sich wie in Oberösterreich besser anbieten zu können. Enttäuschung bei der grünen Bewegung löste das Verhalten des ehemaligen Parteichefs van der Bellen aus. Mit einer Vorzugsstimmenkampagne erreichte er im Wiener Wahlkampf circa 12.000 Stimmen, nur minimal weniger als das regierende Stadtoberhaupt(!), um schlussendlich, nachdem feststand, dass er in der Regierungskoalition mit den Sozialdemokraten den erhofften Spitzenposten nicht bekommen würde, ins Bundesparlament zurückzuwechseln.

Das schönste Ereignis für die wenigen Wiener Kommunisten war wohl das traditionelle *Volksstimmefest* Ende August im Wiener Prater mit zigtausenden Besuchern. Das Ergebnis der Wahlen war zwiespältig. Das Erfreulichste war das Erreichen der flächendeckenden Kandidatur mit der Aufbringung von über 3.000 Unterschriften. Auf Landesebene verlor die Partei 0,35 % und sie sank auf 1,12% – eine herbe Enttäuschung. Das Argument der verlorenen Stimme hat hier sicher auch gewirkt. Die steirischen Kommunisten wären mit ihrem Ergebnis in Wien nicht im Stadtrat. Erfreulich war das konsequent anti-rassistische Auftreten der Partei. Soziale Forderungen deckten sich teilweise mit grünen Anliegen, sie waren aber konsequenter formuliert.

Auf Bezirksebene war das Resultat erfreulicher. Generell konnten in einigen Bezirken schöne Gewinne erzielt werden. Zu zwei Bezirksräten konnte ein dritter hinzugewonnen werden, obwohl man/frau sich in weiteren Bezirken Chancen ausgerechnet hatte, da es relativ gute Beziehungen zu örtlichen Initiativen gegeben hatte. Die kommunale Arbeit, etwa das Engagement für Mieter und sozial Benachteiligte, wurde in den Bezirken, ebenso wie in der Steiermark, honoriert!

Der Spitzenkandidat Didi Zach ist eine eher farblose mit wenig Charis-

ma ausgestattete kaum medienwirksame Persönlichkeit. Sein Ziel gleicht in etwa dem des ehemaligen Parteivorsitzenden Walter Baier: warten auf eine starke Linke in Österreich, in die sich die KPÖ dann einbringt. Die KPÖ hat in dieser Hinsicht in Wien dringend Erneuerungsbedarf!

Überraschenderweise erklärte Michael Häupl schon kurz nach der Wahl, Koalitionsgespräche mit den



Grünen aufnehmen zu wollen. Und nun ist die grüne Stadtchefin Vizebürgermeisterin und mit dem Ressort Verkehr, Energie und Klimaschutz betraut. Die Regierungserklärung, obwohl in einigen Punkten beachtenswert, bleibt in durchaus zu bejahenden Allgemeinphrasen verhaftet und man wird die konkrete Stadtpolitik, besonders die grünen Felder, wie Bildung, Verkehr und Integration, genau beobachten müssen, um Rückschlüsse ziehen zu können.

Nun droht uns ein massives soziales Härte- und Umverteilungspaket mit enormen Belastungen für die „kleinen Leute“. Der Salzburger ÖGB- und Arbeiterkammerpräsident Pichler kündigte daraufhin Widerstand an. Er sprach dabei von möglichen Demos, Streiks lehnte er bezeichnenderweise konsequent ab. Sonst würden sich die Arbeiter ihre Grundlagen selbst abgraben! Wahrscheinlich unter dem Motto, wie es die Wirtschaftskammer in einer millionenteuren Werbekampagne jetzt vermitteln will: „Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut!“

F. S.

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-
Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 169 Herbst 2010, 40 S.

- Nach dem Wahlen in Tschechien
- Krise der schwarz-gelben Koalition
- Sind „Alternative Listen“ Totgeburten?
- Hamburger Volksentscheid über die Primarschule
- Chinas Rückkehr auf die Weltbühne
- Mumia Abu Jamal-Veranstaltung in Nürnberg
- Arbeiterpolitik als innergewerkschaftliche Opposition
- Für einen sozialen Ausweg aus der Krise kämpfen?
- Die Erschaffung einer rechten Dominanz in Chile/Teil III

Nr. 168 Sommer 2010, 40 S.

- Die Finanzkrise: 2. Akt eines kapitalistischen Dramas
- Gedanken zur Entwicklung der Partei Die Linke
- Der demokratische Sozialismus – eine Worthülse?
- Alternative BR-Listen – die richtige Taktik?
- Die Krise des Exportweltmeisters
- USA gegen Venezuela und andere ALBA-Staaten
- Die Erschaffung einer rechten Dominanz in Chile/Teil II
- Das britische Volk entscheidet sich – aber wofür?
- Zum 5. Todestag von Jürgen Seifert

Nr. 167 Frühjahr 2010, 44 S.

- Dresden 2010 – Sie kamen nicht durch!
- Rückblick: „Es war ein Tag der überaus festlichen Reden“
- Studentenproteste im Herbst 2009
- Bolivien nach der Wahl
- Die Erschaffung einer rechten Dominanz in Chile / Teil I
- Rückblick auf den Hitler-Stalin-Pakt
- Zum Jahrestag der Bremer Räterepublik
- 90. Jahrestag des Kapp-Lüttwitz-Putsches
- Wie ist das mit dem Feind meines Feindes?
- November 1918 – Versuchte Revolution

Nr. 166 Winter 2008/09, 44 S.

- Nach den Wahlen
- SPD 2010 – Schuld und Sühne
- Die Jahreskonferenz der Gruppe
- Darf in Lateinamerika wieder geputzt werden?
- Der Durchbruch der BNP
- Rezensionen: Den Hitler jag ich in die Luft
- Ziegler's heiliger Zorn
- Kommunismus in Österreich
- Die Arbeiterpolitik der Bremer Linken – Teil II
- Mumia Abu-Jamal

Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme
T. Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme
www.arbeiterstimme.org

Der Drache räkelt sich

Chinas Wiedereintritt in die große Geschichte und Wirtschaft

Unlängst bot der *Spiegel* ein Titelbild, wo ein Drache mit hoch erhobenem Kopf dem Erdball aufsitzt und seinen Schwanz um ihn kringelt. Im Westen ist man fasziniert vom chinesischen Aufschwung – die Wirtschaftsleistung hat sich seit 1980 vervierzigfacht. Das Land strebe nun wie weiland Deutschland einen „Platz an der Sonne“ an. Das erfolgreichste Entwicklungsprojekt der neueren Geschichte mit seiner rasanten Armutsbekämpfung weckt Absatz- und Finanzhoffnungen, aber auch Sorgen. Der Wettlauf um Rohstoffe, das Auftreten Chinas auf dem Weltmarkt, die Fernwirkung seines Wirtschaftswachstums auf die Arbeitsplätze hierzulande erzeugen bisweilen anschwellende Angstgesänge. Womit man allenfalls kontern kann, ist der anklagend erhobene Zeigefinger in der Menschenrechtsfrage – wobei manche gleichwohl mit der so erfolgreich operierenden autoritären chinesischen Regierungsform liebäugeln.

Das erscheint weit überzogen. Man mag hinter der Menschenrechtspropaganda auch den projektiven Abdruck einer europäisch-nordamerikanischen Geschichte sehen, die nicht nur für ihre Entwicklung hunderte von Jahren gebraucht, sondern dabei auch massenhaftes soziales Elend und Hekatomben von Toten mit sich geführt hat. Der von China erwartete Menschenrechtsstandard hat sich auch im Westen erst nach dem Zweiten Weltkrieg verallgemeinert und soll nun flugs in einem Land gelten, das die Geburtswehen der Industriellen Revolution gewissermaßen mit dem Wehentropf auf kürzeste Zeit verdichtet. Dass dies gewaltige Widersprüche hervorruft, ist ohne weiteres einsehbar. Auch ökonomisch schießen die Bäume nicht in den Himmel. Das Pro-Kopf-Einkommen der USA ist 30 mal höher als das Chinas; so gesehen, handelt es sich mehr um eine Eidechse als um einen Drachen. Auf der Weltrangliste der wirtschaftsstärksten Länder belegt China erst den 109. Platz. Denn China ist ein Industrie- und Entwicklungsland zugleich und damit den

Disparitäten der Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen ausgesetzt. Abgesehen von den gleißenden Küstenzonen ist China ein typisches Agrarland mit wenig industrialisierbarer Landwirtschaft. Weltmarktbranchen existieren auch nur in einigen Regionen. Das Wirtschaftswachstum ist stark ausfuhrabhängig, da der innere Markt weithin unentwickelt ist. Der Export steuert seit etwa 5 Jahren 20% zum Wirtschaftswachstum bei. Es sind ausländische Konzerne, vor allem nordamerikanische und deutsche, die Chinas Ausfuhren wesentlich bestreiten – eine Art Selbstbegegnung auf dem Weltmarkt. So wird zwar China als Rivale stärker, ist aber noch lange keine Weltmacht. Wenn etwa der *stern* behauptet, „China ist dabei, die Welt nach seinen Regeln zu verändern“ (18/2010), so spielt das eher auf die oben benannte Besorgnis als die realen Verhältnisse an. Etwas vorsichtiger formuliert *Die Zeit* (18.2.2010): „Rivalität bis zum Äußersten?“ Das *Neue Deutschland* trifft den Nagel eher auf den Kopf, wenn es schreibt (17./18.10. 2009): „Starker Konkurrent, zur Kooperation bereit.“

Chinas Traum

Die Geschichte liebt Volten. So sind etwa auf dem Gebiet des heutigen Iran nacheinander und mit vielen Umbrüchen mindestens vier Reiche entstanden, allesamt in ähnlicher geopolitischer Lage und daraus folgender Politikziele. China hat eine fast zweieinhalbtausendjährige Staatsgeschichte mit bemerkenswerter Stabilität trotz zuweilen heftiger Turbulenzen hinter sich. Deren Grundzüge, nebenbei bemerkt, sind auch heute noch soziokulturell und politisch zu spüren. Im 15. Jh. betrieb das Land in Südasien und im Indischen Ozean erfolgreiche Flottenexpeditionen. Dann wurde diese Politik abrupt abgebrochen und machte einer Kehrtwende nach innen Platz – Reich der Mitte nicht nur als Vermittlungspunkt zwischen Himmel und Erde, sondern auch territorial als sich selbst genügender Koloß. In der



Tat war die maritime Politik nicht für China lebensnotwendig gewesen und brach vielleicht deswegen zusammen. Aus den für China auf lange Frist dramatischen Folgen hat die heutige Führung gelernt und weiß, dass Abschnürung von der Welt und ihrem Markt sich früher oder später rächt. Dem nachrömischen Westen war es technologisch, wirtschaftlich und kulturell weit überlegen. Bis etwa 1800 vereinigte es zusammen mit Indien die Masse der Weltproduktion auf sich. Dann begann sich der Schwung der westlichen Industriellen Revolution und zunehmenden maritimen Überlegenheit für China nachteilig auszuwirken. Es geriet unter Kuratel der britischen und nordamerikanischen Kolonialmächte, gipfelnd in den Opiumkriegen und der Niederschlagung des „Boxeraufstands“. Im Inneren wurde das kränkelnde Regime von schweren Erschütterungen (Taiping-Revolution, Bürgerkrieg, japanische Okkupation) heimgesucht, denen die junge Republik (ab 1911) nicht entgegen zu steuern wusste.

Erst der Machtantritt der Kommunisten wendete das Blatt, indem diese eine entschiedene und entwicklungsorientierte Richtung einschlugen. Mao Dsedongs voluntaristische Politik versuchte, – vergeblich und unter hohen Opfern – eine nachholende Etappe bürgerlich-industrieller Entwicklung

zu überspringen. Diese Produktionsverhältnisse schnürten die Produktivkräfte ein, die Deng Xiaoping ab 1980 zu entfesseln unternahm. Was objektiv eine Periode der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals (Freisetzung des Landvolks, Entstehung von Fabriken und Arbeiterklasse) unter den Bedingungen der Weltmarktkonkurrenz ist, erscheint subjektiv als „rotes Wirtschaftswunder“. Die KP fungiert als Hybridbourgeoisie, gewissermaßen ideeller Gesamtgesellschafter. Eine Alternative gibt es zu diesem (menschewistischen) Kurs nicht. Dass es die Chinesen damit wiederum vielen im Westen nicht recht machen, reflektiert ein per e-mail weit verbreitetes anonymes Gedicht: „Wir probierten den Kommunismus, um gleicher zu sein. / Ihr habt uns dafür gehasst, dass wir Kommunisten sind. / Jetzt befürworten wir freien Handel und privatisieren. / Ihr beschimpft uns als Merkantilisten. / Halt, ihr habt verlangt: 1,3 Milliarden, die gut essen, zerstören den Planeten. / Deswegen probierten wir es mit Geburtenkontrolle. / Dann habt ihr uns wegen Menschenrechtsverletzungen verdammt ...“ Und was wird es morgen sein?

Shanghai gilt als Brennpunkt der neuesten chinesischen Entwicklung und als Laboratorium kühner Ideen und der Zukunft. Der „Kopf des Drachen“ hat den Ehrgeiz, bis 2020 internationaler Finanzplatz zu werden. Der Stadtteil Pudong glänzt mit 20 Prozent wirtschaftlichen Zuwachsraten pro Jahr. Seit 1990 sind 40 Mrd. US-Dollar an Investitionen dorthin geflossen. In der aufwändig inszenierten Weltausstellung überragte der chinesische rote Pavillon alle anderen um das Dreifache. Hier in dieser Glitzerwelt tummelt sich die aufsteigende, gern konsumierende Mittelschicht. Sie ist kaum systemkritisch und kann mit dem autoritären Staatskapitalismus offenbar gut leben. Dieser steht wie immer in der chinesischen Geschichte unter dem Druck, die Wohlfahrt der Untertanen zu befördern. Tat/tut er es nicht, drohen Rebellionen. In einer Art stillschweigendem *contrat social* steht der Staat unter Problemdruck und Erfolgszwang. Die

Ökonomie muss mindestens 8 Prozent im Jahr wachsen, um die neu auf den Arbeitsmarkt Drängenden aufzufangen. Dies sind ca. 8 Millionen junge Jobsuchende, vermehrt um die Entlassenen der Staatsbetriebe sowie die riesige flüssige Reservearmee der Wanderarbeiter und der stockenden von etwa 900 Millionen Menschen auf dem Land – eine gewaltige Ressource und Bürde zugleich. Hier liegt die Achillesferse des Systems. „Solange individueller Aufstieg, eine Verbesserung der Lage und schnelles Wachstum aufrecht erhalten werden können, verfügt der Block an der Macht über ausreichend Legitimation, um die Mittelschichten zu binden und die ‚gefährlichen Klassen‘ zu kontrollieren.“ (Mario Candelas, *Neues Deutschland*, 15.8.2008).



Der ökonomische Aufstieg Chinas ist beeindruckend – aber nicht ohne Kehr- und Schattenseiten. „The communist leadership has been remarkably successful over the past two decades.“ (*International Herald Tribune*, 7.11.2005), „Auch der Landeskenner Theodor Bergmann weiß vorwiegend Positives zu berichten.“ (*Neues Deutschland*, 17./18.10.2009)

Manche behaupten, China sei schon aufgrund seiner Größe zur Weltmacht disponiert. Andere sehen genau das eher als Klotz am Bein. Relevant sind jedoch nicht numerische Verhältnisse, sondern die ökonomischen und sozialen Zustände und Entwicklungstendenzen. Die rapide wachsende chinesische Wirtschaft weist erhebliche Schwach- und Dunkelstellen auf. Zwar ist sie schon lange nicht mehr in erster Linie Billighersteller, sondern ist auch in höheren Produktsegmenten zur globalen Konkurrenz geworden, bemüht sich verstärkt

um eigene und transferierte technologische Innovation. Doch ist das Größenwachstum der Produktion stark exportgetrieben. Die Produktion ist stark von Japan und den ASEAN-Staaten, der Absatz von den westlichen Märkten abhängig. $\frac{2}{3}$ der Exporte stammen von ausländischen Firmen, die anderswo entwickeln und im Land nur fertigen lassen. Die Profitabilität der Unternehmen lässt trotz ihres hohen Börsenwerts noch zu wünschen übrig. Ein weiterer Schwachpunkt ist das anfällige Finanzsystem. Es ist eine Symbiose mit den USA eingegangen, deren geringste Störung explosive Folgen haben kann.

Im Inneren vergrößert sich die Kluft zwischen Armut und Reichtum zusehends. Inzwischen gib es an die 100 Dollarmilliardäre im Land. In wenigen Jahren wird ein Drittel aller Luxuswaren in China verkauft werden. Zwischen Küste und Binnenland liegen Welten. Es herrscht das weltweit größte Einkommensgefälle zwischen Stadt und Land. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung verfügt über weniger als 40 US-Dollar im Monat. Es gibt zu wenig

Arbeitsplätze für junge Akademiker. Die Aussichten der im Dorf gebliebenen Wanderarbeiterkinder sind trüb. Gesundheitsversorgung und Altersvorsorge befinden sich erst im Aufbau. Der private Autoverkehr wächst exponentiell. Ökobilanz und Sicherheit am Arbeitsplatz stehen schlecht da. Menge und Schärfe der sozialen Konflikte steigen unaufhörlich. Ein mangelhaftes Rechtssystem u.a. für die Privatwirtschaft, die mittlerweile den Großteil der chinesischen Wirtschaftsleistung stellt, und die grasierende (und auch durch drastische Todesstrafen offenbar kaum eingeschränkte) Korruption unterminieren die regulierte soziale Kommunikation. Es kann durchaus sein, dass die Blockierung bürgerlicher Freiheiten die Innovationskraft mindert.

Vor diesem Hintergrund sind einige Erfahrungen und Lehren der chinesischen Führung festgezurr. Nicht nur propagiert sie angesichts zuneh-

mender gesellschaftlicher Probleme das konfuzianische Leitbild umfassender sozialer Harmonie, welchem der Klassenkampf längst weichen musste (der sie gleichwohl und verstärkt einholt). Der Tiananmen-Schock sitzt tief, wird weder öffentlich verhandelt noch gar aufgearbeitet. Immerhin hat die KP als Antwort die Stärkung der sozialistischen Demokratie ins Feld geführt. Der Zusammenbruch der Sowjetunion infolge aus chinesischer Sicht aussichtsloser (militärischer) Konfrontation mit den USA hat sie zur strikten Absage ans Wettrüsten gebracht. Statt dessen bevorzugt sie die Mitarbeit in internationalen Organisationen, Verhandlungen und Kompromissbildung. Die Erfahrung zweier großer Finanzkrisen im vergangenen Jahrzehnt hat eine eigenständige Währungs- und antizyklische Wirtschaftspolitik gegenüber den *Empfehlungen* des IWF noch wichtiger erscheinen lassen. Der chinesische Traum, an vergangene Größe anzuknüpfen, hat gute Realisierungschancen, ist aber nicht ohne Fallstricke.

Auf den Pfaden Zheng Hes

Der plötzliche politische Schwenk in der chinesischen Außenpolitik nach dem Tod Zheng Hes (1435) bedeutete den Verzicht auf größere maritime Unternehmungen. Es war u.a. diese Selbstabgrenzung, die China gegenüber dem Westen langfristig ins Hintertreffen geraten ließ. Des Admirals wird heute alljährlich feierlich in seinem Heimathafen gedacht, und die darin mitschwingende Botschaft lautet: Ohne starke Wirtschaft und Kriegsmarine kann sich keine Nation Gehör verschaffen und für den Frieden eintreten. Der Aufbau einer multipolaren Welt erfordere ein starkes, auch und gerade maritimes Gewicht Chinas. Die säbelrasselnden Äußerungen des Brigadegenerals und Dozenten an der Universität für Nationale Verteidigung in Peking, Liu Mingfu, die auf den Aufstieg Chinas zur Supermacht zielen, worin die Armee eine Hauptrolle spielen soll, sind sicher nicht repräsentativ. Aber sie zeigen, wohin der Wind geht. „*Amerikas Führung hat versagt*“, schreibt er, „*sie hat uns in den letzten Jahren zwei Kriege und eine Weltwirtschaftskrise beschert.*“ (stern 18/2010).

Von Zhongyue (Pseudonym) stammt ein Internetroman mit seit sieben Jahren bislang 33 Kapiteln namens „*Der neue Krieg. Das mörderische Wettrennen um die Ölrouthen*“. Darin wird eine Entwicklung gezeichnet bis zum Krieg zwischen den USA und China, in dem dieses vordringt.

Als zentrale Losung der chinesischen Außenpolitik können die vier offiziellen „*Neins*“ gelten: Nein zur Hegemonialpolitik, nein zur Machtpolitik, nein zur Blockpolitik, nein zum Rüstungswettlauf. (Hu Jintao) Als „*Status-quo-Macht*“ (Matthias Nass) verfolgt China seinen Modernisierungspfad und hält sich aus fremden Auseinandersetzungen heraus, wie seit Jahrtausenden ohne Universalitätsanspruch in sich ruhend. In der Tat gibt es keinen neuerlichen Weltkonflikt, in dem China Öl ins Feuer gegossen hätte. Da es dergestalt schwierig ist, das Land als Feindbild aufzubauen, bedient man sich lieber Klischees wie „*Sinisierung*“, Skrupellosigkeit oder Missachtung der Menschenrechte. China betreibt eine asymmetrische, pragmatische und bewegliche Außenpolitik, die vom eigenen nationalen Nutzen ausgeht, bilaterale Vereinbarungen bevorzugt, doch aktiv in internationalen Organisationen wie der *Shanghai-Organisation zur Zusammenarbeit* und den BRIC-Staaten (Brasilien, Rußland, Indien, China) mitarbeitet. Mit Rußland verbindet Peking das Interesse an Ölimporten (eine Pipeline aus Sibirien ist geplant) sowie der Argwohn gegen die US-Militärbasen in Zentralasien und den Islamismus.

Es versucht sich an einer harmonischen Öffnung zur Welt und umkehrt. In der Region übt es einen mächtigen Einfluss auf Nordkorea aus, währenddessen es gute Beziehungen zu Südkorea pflegt, insgesamt eine Nuklearisierung der Halbinsel ablehnt. Auf einem Dauertiefpunkt sind hingegen die Beziehungen zu Japan und Taiwan angelangt, nicht nur aus historischen Gründen. Jenes wiederum fühlt sich durch die gegenwärtig vermehrte maritime Rüstung Chinas bedroht. Was Taiwan betrifft, so weicht Peking nicht einen Zoll von der Position ab, die Separation sei aufzuheben, und wenn das hundert Jahre dauere. Überhaupt hält es unbedingt an der Doktrin nationaler Integrität fest, wie sich das auch in

Sinkiang und Tibet zeigt. Im Rahmen der ASEAN-Staaten, in deren Bund China eingetreten ist, will sich China als dominierende asiatische Nation darstellen und das Bündnis zur Freihandelszone weiter entwickeln. „*Inzwischen betrachten die meisten Länder China als guten Nachbarn, konstruktiven Partner, aufmerksamen Gesprächspartner und als eine Regionalmacht, die ihnen keine Angst macht*“, schreibt der US-amerikanische Chinaexperte David Shambaugh (*Le monde diplomatique*, 9/2005). Hingegen äußert sich die *International Herald Tribune* im gleichen Jahr (am 7.11.): „*China's economic strength and strategic ambition generates fear and uncertainty among its neighbours, along with profits and uncertainty.*“ („*Chinas wirtschaftliche Stärke und die strategische Ehrgeiz erzeugt Angst und Unsicherheit unter seinen Nachbarn.*“) Wenn überhaupt, handelt es sich um eine Expansion niedrigen Profils. Das chinesische Kabinett selbst betonte, dass es weder in der Vergangenheit eine Hegemonialstellung angestrebt habe, noch das in der Zukunft zu tun gedenke. Gleichwohl ist unübersehbar, dass China mehr und mehr als neuer potenter Spieler ins Great Game um Einfluss und Rohstoffe eintritt. Die verstärkte maritime Politik geht mental auf Zheng He, praktisch-materiell auf gegenwärtige Erfordernisse zurück. Alle Weltmächte beruhten letztlich auf ihrer Stärke zur See, sie kontrollierten die Schifffahrtsrouten mit Stützpunkten und technisch modernsten Fahrzeugen. Das liegt offenbar auch dem seit 2000 geltenden „*Plan für maritime Hochtechnologie*“ und der darauf zurückgehenden massiven Aufrüstung der Kriegsmarine zugrunde.

Es ist nicht nostalgischen Erinnerungen geschuldet, dass China zunehmend mit einer intensiven Marienediplomatie aufwartet, Kriegsschiffe des Landes anderswo Besuche abstatten und der Teilnahme an der Anti-Piraten-Aktion im Indischen Ozean zugestimmt wird. Diese Samthandschuh-Strategie orientiert sich vor allem an zwei Zukunftsfragen: Abgesehen von Taiwan geht es darum, die Territorialgewässer im Südchinesischen Meer samt Definition der „*ausschließlichen Wirtschaftszone*“ von 200 Meilen sowie den freien Zugang zum Pazifischen Ozean und den Seekorridoren Südostasiens zu garantieren.

ren. Während mit fast allen Staaten der Region territoriale Differenzen gütlich beigelegt werden konnten, gibt es um die Seegrenzen Spannungen. China erhebt Anspruch auf vier Mio. Quadratkilometer Meeresfläche. Dafür ist man wie im Mühle-Spiel bestrebt, die Knotenpunkte eines möglichst weiten Gebiets zu besetzen und die Steine des Gegner zu umzingeln. Zwischen Japan und China sind die Senkaku- (japanischer Name) / Diaoyutai-Inseln ca. 300 km westlich von Okinawa umstritten; China reklamiert den gesamten Festlandssockel im Ostchinesischen Meer, was jene Inseln einschliesse. Dabei handelt es sich auch um die Rechte an ca. 200 Mrd. m³ Erdgas. Ähnliche Konflikte um entlegene Inseln sowie Fischfangquoten gibt es ebenfalls mit anderen Staaten der Region. Vor allem die ehemaligen Vasallen Chinas wie Vietnam fürchten dessen Forderungen. Am wichtigsten ist aber die freie Zufahrt der chinesischen Flotte zur Hochsee in einer Zone westlich der sog. grünen Linie von Malaysia nach Japan, das hier als Haupttrivale in Erscheinung tritt. Man möchte von den eher seichten Heimatmeeren zu den „blauen Gewässern“ (zweites, tieferes Becken des Chinesischen Meeres) zwischen Japan und den Philippinen aufbrechen. Brisant ist, dass hier die riesige US-Luftwaffen- und Marinebasis Guam liegt und die VII. US-Flotte dem Vorrücken auf die „blaue Linie“ im Weg steht.

China ist mittlerweile der zweitgrößte Erdölimporteur weltweit. Aber die lebenswichtigen maritimen Versorgungswege für Öl und Erdgas zwischen den Heimathäfen über verschiedene Seestraßen zum Indischen Ozean unterliegen fast alle dem US-amerikanischen Monitoring. Besonders bedeutsam und anfällig ist die Meerenge von Malakka, durch die 80% der fossilen Energie kommen. Ein ernsthafter Konflikt dort wäre ein Albtraum für Peking. Also denkt man über Alternativen wie den Ausbau des regionalen Schienennetzes, eine birmesisch-chinesische Pipeline, die Offshoreproduktion von Flüssiggas vor allem in Birma und Thailand sowie den Durchstich des südthailändischen Isthmus von Kra nach. Bis es soweit ist, wird die eigene Kriegsmarine beschleunigt aufgerüstet, um die sensiblen maritimen Nervenstränge der chinesischen

Wirtschaft sowohl vor Piraten wie vor amerikanischen, japanischen oder indischen Ambitionen zu schützen. Aus dem gleichen Grund werden Marinestützpunkte z.B. auf den Malediven, in Bangladesch, Pakistan und Ostafrika errichtet bzw. angepeilt – auf chinesische Rechnung und mit chinesischen Arbeitern. Die schwierige Lage der anderwärts gebundenen USA kommt dabei zupass. Überall entstehen neue Marinebasen, Flusshäfen, Deiche und U-Bootstützpunkte. Es ist das militärische Begleitprogramm des Aufschwungs einer Wirtschaft, die 90 Prozent ihres Außenhandels über See abwickelt.

Es kommt daher zu einem Boom im Bau von Militärschiffen, der forcierten Entwicklung maritimer Hochtechnologie (satellitengestütztes Navigationssystem, Instrumente zur Meeresüberwachung, Werftausbau). Auch auf diesem Weg wird China in zehn Jahren vermutlich die stärkste Schiffbaunation der Welt sein. Marine und Luftwaffe genießen in der Verteidigungsstrategie oberste Priorität. Landungsschiffe, Minenräumer, Patrouillenboote und Versorgungsschiffe widerspiegeln die o.g. Konfliktzonen auf See. Der erste Flugzeugträger ist in Dienst gestellt, nicht zufällig „Shi Lang“ nach dem Admiral, der in der Ming-Dynastie Taiwan eroberte, benannt. Trotz des Imports und Kopierens bleibt Peking in Bereichen wie elektronischen Ausrüstungen, Schiffsmotoren oder seegestützten Waffensystemen von Einfuhren besonders aus Rußland abhängig. Zahlenmäßig ist die chinesische Armee mit 2 Mio. Mann die größte der Welt, sie soll aber personell abgebaut und modernisiert werden. Die geschilderte Entwicklung macht die US-Navy zusehends nervös. Ogleich die US-Flotte insgesamt noch weit überlegen ist, könnte die chinesische Unterwasserstreitmacht die amerikanische binnen des nächsten Jahrzehnts überflügelt haben. Aber die Zeichen stehen hier nicht auf Streit, sondern auf „Global Maritime Partnership“. Joseph S. Nye empfiehlt als Gesamtstrategie gegenüber China „embrace but hedge“. Der sino-amerikanische Dialog liegt höchlich im beiderseitigen Interesse, da beide (finanz) strategisch aneinander gebunden sind.

Es besteht hier ein trianguläres System: China setzt in den USA in erster Linie Konsumgüter ab. Die Profite daraus fließen teils zurück, zum

größeren Teil aber in amerikanische Staatsanleihen. Das US-Handelsbilanzdefizit gegenüber China hat sich seit 1999 alle vier Jahre verdoppelt, jedes Jahr werden 20 Mrd. Dollar an Kapitalimporten gebraucht. Chinesische Banken halten die amerikanische Defizitökonomie über Wasser. Deren Niedrigzinspolitik hält dabei den amerikanischen Konsum flüssig, den wiederum China bedient, usw. An einem Einbruch und Wertverfall des Dollars ist den Chinesen nicht gelegen. Im Gegenteil forderten sie bei der jüngsten Bankenkrise die US-Regierung zu massiven Stützungskäufen auf. Dieser Konsens würde sich nur ändern, wenn die amerikanischen Verbraucher mehr sparten und die Chinesen ihren Binnenmarkt erweiterten. Die Überlegung der chinesischen Zentralbank, den Dollar als internationales Zahlungsmittel durch Sonderziehungsrechte beim IWF (Korbwährung aus Dollar, Euro, Pfund und Yen) abzulösen, sind daher nichts weiter als ein Versuchsballon. Mehr als die Hälfte ihrer Devisenreserven von gut einer Billion Dollar sind in amerikanischen Staatspapieren angelegt. Das signalisiert auch den Abstieg der Wall Street und Verschiebungen in der internationalen Finanzarchitektur. China wird von der Industrie- und Welthandelsmacht auch zur Weltfinanzmacht aufsteigen.

Das Gesunden der Weltwirtschaft hängt laut Wen Jiabao in Davos in hohem Maß von der engen Zusammenarbeit der Welt mit China ab. In Cambridge äußerte er in Ab-

Anzeige

Die Bremer Linksradikalen



**Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920
Bremen 1980, 65 Seiten,
Broschur. 1,50 €.**

setzung zum Neoliberalismus, man dürfe den Markt nicht gegen staatliche Makroregulierungen ausspielen, die für Rationalität, Koordination, Balance und Nachhaltigkeit sorgen. Das westliche strikt marktwirtschaftliche Modell mit seinen gegenwärtigen Eruptionen sieht demgegenüber ziemlich blass aus. Die Parteizeitung *Renmin Ribao* sieht zum ersten Mal in der Geschichte ein Zeitalter des „globalen multikulturellen und multipolaren Wettbewerbs in Frieden und Gerechtigkeit“ heraufziehen. Eine solche Ära der Zusammenarbeit statt des Zusammenstosses könne auf Stereotypen, z.B. die Menschenrechte als Waffe im politischen Kampf, verzichten. Bei all dem ist nicht nur deutlich, dass sich nach dem Finanz- und Wirtschaftshistoriker Niall Ferguson aus Harvard, der in einem Projekt dem Niedergang der westlichen Zivilisation nachspürt, „die Machtpole von West nach Ost verschieben“. Außerdem geht China in seiner Außen(wirtschafts)politik von den Prämissen aus, die nationale Souveränität zu sichern und die eigene Wirtschaftskraft zu stärken – wer will, kann das als neomerkantilistisch bezeichnen.

Die Schwingen des Phönix

Von Rußland, Deutschland und Polen abgesehen, hat wohl kein Land in der Zeitgeschichte derartig heftige und opferreiche Verwerfungen und Zusammenbrüche erlebt wie China. Umso aufsehenerregender ist seine nunmehrige glanzvolle Wiedererstehung. „Die Aussichten Chinas, eine größere Rolle auf der Weltbühne zu spielen, sind ganz ausgezeichnet“, sagt der erfahrene US-Finanzanalyst Roger Nightingale (*Die Welt*, 1.4.2009). An der Börse widerspiegelt sich die Entstehung einer neuen Weltmacht. Trotz weltweiter Finanzkrise konnte sie in China erklecklich zulegen, und die chinesische Finanzmacht stabilisiert das internationale Finanzsystem nicht wenig. Der Westen wird sich daran gewöhnen müssen, China auf gleicher Augenhöhe zu begegnen. Statt Kommando ist Überzeugungskraft gefragt. Insofern westli-

che Unternehmen inzwischen um die chinesische Gunst buhlen, ist eine „Konkubinenwirtschaft“ (Frank Sieren) angesagt. Ca. 100 Mrd. Dollar westliches Wagniskapital suchen lohnende Ziele. China verkauft aber vor allem dann Anteile, wenn ihm die Investoren beim Einkaufen oder der Übernahme von Unternehmen im Ausland behilflich sind (so neulich geschehen mit *Chemchina* in Australien). Infolge ihrer erfolgreichen Börsengänge sind chinesische Unternehmen finanziell vergleichsweise gut aufgestellt und daher verhandlungsstark.



Petrochina ist durch einen fulminanten Börsengang in Shanghai das mit Abstand wertgrößte Unternehmen der Welt (ca. 250 Mrd. Dollar) geworden. China verfügt bereits über die größte Bank, den größten Versicherer, die größte Fluggesellschaft und den größten Telekommunikationskonzern der Welt. Die Top Ten der Weltwirtschaft, noch um die Jahrhundertwende fest in nord-amerikanischer Hand, werden heute von China gestellt. Chinas gewaltige Nachfrage nach Industriemetallen (u.a. Kupfer, Nickel und Zink) wirbelt den Markt durcheinander. Ohne sie, d.h. vor allem durch die konjunkturpolitisch angeschobene Bautätigkeit und gigantischen Infrastrukturinvestitionen und die Ankäufe des Strategischen Reservebüros, wäre der längst eingebrochen. China hat seinen Umsatz im Maschinenbau seit 2005 mehr als verdoppelt und mittlerweile Deutschland als globalen Branchenfürer entthront. Chinas Staatsfirmen kaufen sich derzeit billig in Unter-

nehmen und Rohstoffförderstätten ein. Die brauchen die Finanzspritzen frischen Kapitals, auch Bergbaugiganten wie *Rio Tinto*. *Chinalco* hält nun 18 statt der bisherigen 9 Prozent daran. Das kostete knapp 20 Mrd. US-Dollar, ist aber strategisch wichtig, um in Australien, einem der rohstoffreichsten Länder der Erde, einen Fuß in die Tür zu bekommen. In Canberra erweckt das Argwohn und Besorgnis. Die chinesische Automobilflotte zählt mittlerweile 30 Millionen, im Jahre 2020 werden es vermutlich 200 sein. Der Staat fördert besonders

die einheimischen Hersteller. Erstmals konnten diese 2009 mehr Autos verkaufen als Deutschland oder Japan. Sie erobern (nicht nur in China) besonders den Markt für Billigfahrzeuge und die untere Mittelklasse. Auch im Bereich alternativer Antriebe mischen sie inzwischen ganz vorne mit. Der boomende Wohnungsbau und damit sich steigender Energieverbrauch lässt im Sommer regelmäßig die Stromnetze zusammenbrechen. Die Erneuerbaren sind von 2005 38 Gigawatt Leistung auf ca. 60 in diesem Jahr gewachsen. Windenergie steht vornean,

gefolgt von Biomasse und Sonnenkraft. Damit sollen mittelfristig 20 Prozent des Energiebedarfs abgedeckt werden. Die Verbreitung von Sonnenkollektoren steigt jedes Jahr um 50 Prozent, auch dank eines Energieeinspeisungsgesetzes, das viel umfassender als das deutsche ist.

Als strategische Wirtschaftspartner gelten die EU und Japan. Für Südkorea und Indien stellt das Land heute den Handelspartner Nr. 1. Unlängst wurde das China-Afrika-Kooperationsforum mit 48 Staats- und Regierungschefs aus der Taufe gehoben.

Die Initialzündung hat gewirkt. „Investieren, Rohstoffe sichern, keine Fragen stellen“ titulierte *Le monde diplomatique* (3/09). Menschenrechtsverletzungen z.B. im Sudan oder Zimbabwe werden dabei übersehen. Chinesische Infrastrukturinvestitionen in Höhe von derzeit 7 Mrd. Dollar, die oft als Vorleistung zu erbringen sind, erstrecken sich in erster Linie auf Nigeria, Angola, Sudan und Äthiopien

(hier z.B. winken Gold, Tantal, Platin und Erdöl). Leitmotiv dieser Bemühungen ist der chinesische Rohstoffhunger. 30 Prozent des eigenen Erdölbedarfs werden bereits aus Afrika gedeckt. Zu den Vorleistungen („Mutter-Courage-Ökonomie“, Frank Sieren) gehören Entwicklungshilfe, auch in Ländern, die der Westen bereits abgeschrieben hat, unter kostendeckende Aufträge an chinesische Staatsfirmen – Hauptsache, man ist im Geschäft. Oft entstehen daraus ökonomisch-politische langfristige Allianzen. Im ersten Jahrfünft dieses Jahrhunderts stiegen die afrikanischen Exporte nach China um 40 Prozent. In den darauf folgenden 5 Jahren wird sich das Handelsvolumen auf 100 Mrd. Dollar verfünffacht haben. Afrika importiert vor allem billige Textilien und einfache Waren des täglichen Bedarfs und exportiert besonders Öl, Gas, Erze und mineralische Rohstoffe. Allerdings findet – wieder einmal – die industrielle Entwicklung anderswo, nämlich in China statt. Die offizielle Doktrin der Nichteinmischung ist nichts als ein Rauchvorhang. Denn im Arrangement mit den herrschenden Eliten fließen enorme Bestechungsgelder oder sonstwie abgezweigte Summen in die Zielländer (in Zimbabwe Zhing-zhong genannt). Böses Blut macht auch, dass nur wenige Arbeiter zur Arbeit eingestellt werden und kein Transfer von Technologie und Knowhow wie im Verhältnis des Westens zu China stattfindet. Dieses, so ist nicht selten zu hören, führe sich auf wie eine neue Kolonialmacht, welche die kostbaren Rohstoffe fortschafft und dafür den Kontinent mit billigem Plunder überschwemmt. Die Ironie der Geschichte besteht darin, dass nicht nur China selbst erheblich unter dem westlichen und japanischen Imperialismus gelitten hatte, es unterstützte noch unlängst afrikanische Befreiungsbewegungen gegen die Kolonialmächte. Die Geschichte liebt Volten, wie gesagt.

Und der alte Kontinent?

Die EU ist der wichtigste Außenhandelspartner Chinas. Die europäischen Unternehmen wetteifern ums Chinageschäft, was dem so Umworbenen Vorteile verschafft. Insbesondere geht es dabei um das Kommando in den Joint Ventures, wo die Chinesen darauf pochen, mindestens 50 Prozent zu halten und außerdem einen gewissen Technologietransfer zu erreichen. „Wir wissen, dass die EU China mehr braucht als China die EU“,



formuliert der neautoritäre Pan Wie. Die „eiskalte merkantilistische Politik Pekings“ (Die Zeit, 19.1.2009) werde unterschätzt, gerade in bedeutenden Märkten wie Nuklearanlagen, Stahlproduktion oder Windkraft, wo europäische Bieter kaum ein Bein auf die Erde kriegen. Yingli gehört zu den größten Photovoltaikherstellern der Welt, jedes zweite Panel hoher Qualität geht nach Deutschland. In diesem Jahr erlangte mit dem Hersteller von Müllverbren-

nungsanlagen Zhongde erstmals ein chinesisches Unternehmen den Prime Standard der Deutschen Börse. Asian Bamboo will das zweite sein.

Eine neuerliche Studie der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften (vgl. FAZ 3/09) stellt in Europa eine kulturpessimistische Haltung gegenüber der Globalisierung, gepaart mit Schmäh Tendenzen gegen deren vermeintlichen Nutznießer China, fest. Die überkommene Überlegenheitsideologie werde erschüttert, selbst die eigene soft power sehe man in Gefahr. Eurozentristisch geprägt, hätten Bevölkerung, Politiker und Medien wenig Interesse, sich mit der neueren chinesischen Geschichte zu beschäftigen. Die CDU befürwortete einen wertorientierten Umgang mit dem Reich der Mitte und favorisierte dagegen Indien. Deutschland neige im Umgang mit China zu wirtschaftsnationalistischen Tönen und nehme die Vorteile, die sich aus Beziehung ergäben, nicht richtig wahr. Vielleicht verändere sich das mit der gegenwärtigen Krise, da sie die EU mehr bewege als die Angst vor China. Dieses verordne sich gewissermaßen die Rolle des neuen optimistischen Schwunggebers, um eine win-win-Situation herzustellen. Es ist ein Spiel mit seitenverkehrten Rollen. Vor 200 Jahren in der Neige seiner Macht hätte China Positionen vertreten können, wie sie die Studie Europa zuschreibt.

Diesem wiederum hätte damals die optimistische Sichtweise angestanden. Die Ideen übereinander reflektieren mentale Mischbestände und das realhistorische Kräfteverhältnis. Ob die westliche Zivilisation im Niedergang begriffen ist, wie Niall Ferguson meint, sei dahingestellt. Sicher aber ist, dass der Osten weder tot noch rot, sondern bei guter und zunehmender Gesundheit und Kraft ist.

Gerhard Armanski

Die Erschaffung einer rechten Dominanz in Chile, Teil 4: Die Epoche der Regierungen der Concertación



In den bisherigen Folgen wurde dargelegt wie die Bourgeoisie, ausgehend vom blutigen Militärputsch vom 11. September 1973, das Land grundlegend veränderte. Der abschließende Teil beschäftigt sich mit der 20-jährigen Ära die von Präsidenten der Concertación bestimmt war. Erst da wurde offensichtlich wie effektiv die neu geschaffene Ordnung zugunsten der Besitzenden wirkt. Im Spannungsverhältnis dieser Ordnung mit der Politik der Concertación liegen die Gründe für den Wahlsieg von Sebastián Piñera. Die Auswirkungen der internationalen Wirtschaftskrise waren da nur noch der letzte Tropfen der das Fass zum Überlaufen brachte. Mit dem Regierungsantritt von Sebastián Piñera, dem ersten rechten Präsidenten Chiles seit 1958, besteht die Gefahr, dass damit eine lang anhaltende konservative Dominanz über das einst als links geltende Land begonnen hat. Das würde jedem, im weitesten Sinne linken, Projekt den Boden entziehen.

Als am 11. März 1990 Patricio Aylwin die Regierung Chiles übernahm, endete nach fast 17 Jahren eine der längsten Militärdiktaturen Lateinamerikas. Bei den ersten freien Wahlen konnte er als einziger oppositioneller Kandidat 55,2% der Stimmen auf sich vereinen. Bedeute-

te das die lang erhoffte Rückkehr zur Demokratie?

Um diese Frage zu beantworten, muss zunächst der Begriff der Demokratie geklärt werden. Der Schlüsselsatz in der Definition im Historischen Lexikon der Schweiz lautet: „Staatsform, in welcher das ‚Volk‘, d.h. die Gesamtheit der vollberechtigten Bürger, nicht ein Einzelner oder eine kleine Gruppe Mächtiger, die Staatsgewalt innehat.“ Macht man sich diese Definition zu eigen, herrscht in Chile keine Demokratie.

Diese Aussage wird Widerspruch hervorrufen. Schließlich finden seit 1989 regelmäßig Wahlen statt. Doch der entscheidende Punkt ist folgender: In Chile geben die geltenden Gesetze „eine(r) kleine(n) Gruppe Mächtiger“ eine wichtige „Staatsgewalt“ in die Hand. Privilegiert ist die Bourgeoisie. Nur mit ihrer Zustimmung, vermittelt über die politische Rechte, kann die Verfassung geändert werden. Das steht im Widerspruch zu allen demokratischen Grundsätzen.

Am Beispiel des Ineinandergreifens des Wahlrechts mit den Regeln, die für seine Änderung gelten, soll das erläutert werden. Doch zuerst muss auf etwas anderes hingewiesen werden. Auch wenn Chile nach obiger Definition keine Demokratie ist, müssen Linke diese Ordnung schweren Herzens respektieren.

Sie wird von einer großen Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert und ist damit, im Sinne einer Rosa Luxemburg zugeschriebenen Aussage, der gültige Waffenstillstandsvertrag im Krieg der Klassen.

Dies haben auch die bewaffnet gegen das Regime kämpfenden Gruppen anerkannt. In der ersten Hälfte der 90er Jahre stellten sie ihre Aktivitäten von militärischer auf politische Arbeit um. Das konnten allerdings nur diejenigen ihrer Mitglieder tun, gegen die die Justiz nicht ermittelte oder deren Gefängnisstrafen schon verbüßt waren. Das Ende der Diktatur brachte für ihre Kämpfer keine Amnestie. So leben noch heute ehemalige Guerilleros im Exil, da ihnen bei einer Rückkehr langjährige Haftstrafen drohen.

Das binominale Wahlrecht

Seine Funktion lassen wir uns von Dr. Ingrid Wehr, Lehrbeauftragte am Seminar für Wissenschaftliche Politik in Freiburg, erklären:

„Das so genannte ‚sistema binominal‘ ist wohl weltweit einmalig und wurde von den Militärs explizit zur Sicherung der Vetomacht der Rechten entworfen. Für die Abgeordnetenwahlen ist das Land in 60 Zwei-Personen-Wahlkreise eingeteilt. Parteienkoalitionen dürfen Listen von höchstens zwei Kandidaten aufstellen. Da die Stimmen nach D’Hondt auf die Listen verteilt werden, führt dies zur absurden Situation, dass schon 33,4% der Stimmen theoretisch ausreichen können, um die gleiche Anzahl von Mandaten zu erhalten wie die Liste, die 66,6% der Stimmen erhielt.“

Was folgt daraus? Die Parteien, es gibt in Chile gegenwärtig fünf große und zahllose kleine, sind zu Wahlbündnissen gezwungen, da sie einzeln keine Aussicht auf Erfolg haben. Das Gesetz legt nahe, dass nur zwei Formationen antreten. Doch wie soll das in einem Land mit traditionell drei politischen Richtungen funktionieren?

Seit der Protestbewegung gegen die Diktatur ist die politische Landschaft in Pro und Kontra Pinochet geteilt. Aber die Gegner des Militärregimes sind sich nicht einig, ganz im Gegensatz zu den Freunden der Junta. Sie bilden seitdem, unter wechselnden Namen, den rechten Wahlvorschlag.

Ihr Widerpart ist das Bündnis „*Concertación por la Democracia*“. Hier versammelten sich für die ersten freien Wahlen, neben anderen, die Christdemokraten und die Mehrheit der Sozialisten. Diese Liste ist aus dem Zusammenschluss „*Concertación de Partidos por el No*“ hervorgegangen und vertritt Positionen der Mitte bis zur Sozialdemokratie. Die Kommunisten, als stärkste Kraft der Linken, hätten sich gerne beteiligt was aber die Christdemokraten verhinderten. So bildete sich für die Wahlen von 1989 die PAIS (Partido Amplio de Izquierda Socialista) aus Kommunisten, Teilen der Almeyda-Fraktion der Sozialisten, der MAPU und der Christlichen Linken.

Wie erging es diesen drei Listen bei der Wahl? Die Rechte konnte 48 Abgeordnetensitze gewinnen. Landesweit gesehen erzielte sie einen Stimmenanteil von 34,18% der ihr aber 40% der Parlamentssitze einbrachte. Auch die *Concertación* war mit ihren 69 Parlamentariern, das entsprach 57,5% der Mandate, stärker als es ihrem landesweiten Ergebnis von 51,49% entsprach. PAIS errang zwei Sitze was einem Anteil von 1,66% des Abgeordnetenhauses entsprach, hatte aber ein landesweites Ergebnis von 5,31% erreicht. Sogar ein Unabhängiger schaffte es ins Parlament. Auf ihn und die sonstigen Kandidaturen entfielen, landesweit gesehen, 9% der Stimmen.

Die Zahlen zeigen, dass die zwei stärksten Listen überdurchschnittlich im Parlament vertreten sind. Das ist eine logische Folge daraus, dass weitere Wahlvorschläge nur einen kleinen Teil ihrer Stimmen in Mandate umsetzen können oder überhaupt keine parlamentarische Vertretung erhalten. Warum aber sind die zwei größten Fraktionen nicht in einem paritätischen Verhältnis zueinander überrepräsentiert? Die parlamentarische Stärke der *Concertación* ist 11% größer als ihr Stimmenanteil, die der Rechten aber 17%.

Das ist auf eine weitere Regel des binominalen Wahlrechts zurückzuführen, die Wikipedia so erläutert: „*Damit beide Sitze auf die siegreiche Liste entfallen, muss diese mehr als doppelt so viele Stimmen wie die zweitstärkste Liste auf sich vereinen.*“ Davon profitiert automatisch die Rechte, da sie mit nur einem ernst zu nehmenden Wahlvorschlag antritt. Zur Veranschaulichung das Ergebnis des Wahlkreises 33:

Die *Concertación* erzielte hier 31,11%, die Rechte 31,17% und PAIS 31,65%. Mit diesem Ergebnis steht PAIS und der Rechten je ein Sitz zu. Addiert man die Ergebnisse von *Concertación* und PAIS kommt man auf 62,76%. Das ist mehr als doppelt so viel wie das der Rechten. Somit hätte, bei einem geeinten Antritt der Opposition, diese theoretisch beide Mandate gewinnen können. Bei einem reinen Mehrheitswahlrecht würde nur die Opposition den Wahlkreis im Parlament vertreten. So verhilft der Binominalismus einer mittleren politischen Kraft zu parlamentarischer Stärke die ihr nur bei einer Verhältniswahl zustehen würde. Da kommen dann aber auch kleinere Parteien zum Zuge.

Die Voraussetzungen für eine Reform des Wahlrechts

Das chilenische Wahlrecht verfälscht den Wählerwillen. Es sollte also geändert werden. Das scheitert aber an der von der Diktatur geschaffenen institutionellen Ordnung. Darin findet sich eine Klasse von Gesetzen die „*Ley Orgánica Constitucional*“ heißen. Sie können nicht mit einfacher Mehrheit geändert werden. Für sie gelten ähnliche Regeln wie für Verfassungsänderungen. Es müssen jeweils 3/5 (60%) der Mandatsträger beider Kammern zustimmen.

Im Abgeordnetenhaus konnten bei den ersten Wahlen *Concertación* und PAIS diese Grenze fast überspringen. Bei späteren Wahlen wurde das zunehmend schwieriger. Die Erinnerung an die Diktatur ließ nach, was es der Rechten erleichtert sich als ganz normale Parteien darzustellen. Erschwerend kommt hinzu, dass unabhängige linke Kandidaturen keine Mandate mehr erringen konnten. Damit ist eine Änderung der Wahlgesetze in weite Ferne gerückt.

Anzeigen

Die Potsdamer Beschlüsse

August Thalheimer

Die Potsdamer Beschlüsse

Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem zweiten Weltkrieg

1945

Herausgegeben und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik

Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, August 1950. 32 Seiten, Broschur. 1,50 €.

Das rote Gewerkschaftsbuch

A.Enderle, H.Schreiner, J.Walcher, E.Weckerle

Das rote Gewerkschaftsbuch 1932

Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik

Von August Enderle, Heinrich Schreiner, Jakob Walcher, Eduard Weckerle. Berlin 1932. Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, 1980. 192 Seiten, Klebebindung. 5,- €.

Die Funktionsweise des Bino-
minalismus war bekannt. Warum also
ist die Opposition nicht geschlossen
in den Wahlkampf gezogen? Man
darf nicht den Fehler machen davon
auszugehen, dass eine gemeinsame
Liste die gleiche Stimmenzahl erhalten
hätte, wie sie die oppositionellen
Listen getrennt erzielten. Diese An-
nahme wäre höchst spekulativ, weiß
doch niemand, ob wirklich alle Lin-
ken zur Stimmabgabe für Kandidaten
der Christdemokratie zu motivieren
gewesen wären. Und hätte eine Ein-
heitsliste genauso viele Wähler aus
der Mitte für sich gewinnen können,
wie es der Concertación alleine ge-
lang?

Letzteres scheint unwahr-
scheinlich im Hinblick auf die Um-
stände der Ausgrenzung der KP. Sie
lag nicht an der Christdemokratie
allein, denn diese konnte ihre Posi-
tion nur durchsetzen, da die Sozial-
isten ebenfalls kein Interesse an einer
Zusammenarbeit hatten. Das war
einerseits eine Folge der von der KP
begangenen Fehler im Kampf gegen
die Diktatur, andererseits spielte die
politische Lage zum Zeitpunkt der
Listenaufstellung eine Rolle. Die KP
war damals noch keine legale Partei.
Sie distanzierte sich auch nicht von
den Aktionen der FPMR, die als ihr
bewaffneter Arm betrachtet wurde.
Für Teile der Öffentlichkeit waren
zu dieser Zeit Kommunist und Ter-
rorist Synonyme. Eine gemeinsame
Liste der Opposition hätte es den re-
gimenahen Medien, und das waren

fast alle, ermöglicht, sie in die ter-
roristische Ecke zu stellen. Dies lag
natürlich nicht im Interesse der Par-
teien der Concertación.

Auf eben diese Spaltung hatten
die Strategen der Diktatur gesetzt.
Trotzdem sahen sie weitere Siche-
rungen gegen eine Änderung ihrer
Ordnung vor. Eine davon waren die
ernannten Senatoren. Diese konnten,
im Zusammenwirken mit wenigen
gewählten Vertretern der Rechten,
jede Änderung der Verfassung oder
der Gesetzesdekrete zurückweisen.
Die Resultate der ersten Wahlen
hatten allerdings gezeigt, dass das
Wahlrecht allein zur Verteidigung
der herrschenden Ordnung ausreicht.
Daher gab die Rechte ihre Zu-
stimmung zu einer Verfassungsän-
derung mit der die ernannten Sena-
toren abgeschafft wurden.

Es wird letztlich von den In-
teressen der Person abhängen, ob
sie dieses System als Demokratie
bezeichnen wird. Mit der Definitio-
n der Demokratie im Historischen
Lexikon der Schweiz ist es aber auf
keinen Fall in Übereinstimmung zu
bringen.

Die ökonomische Basis des Landes

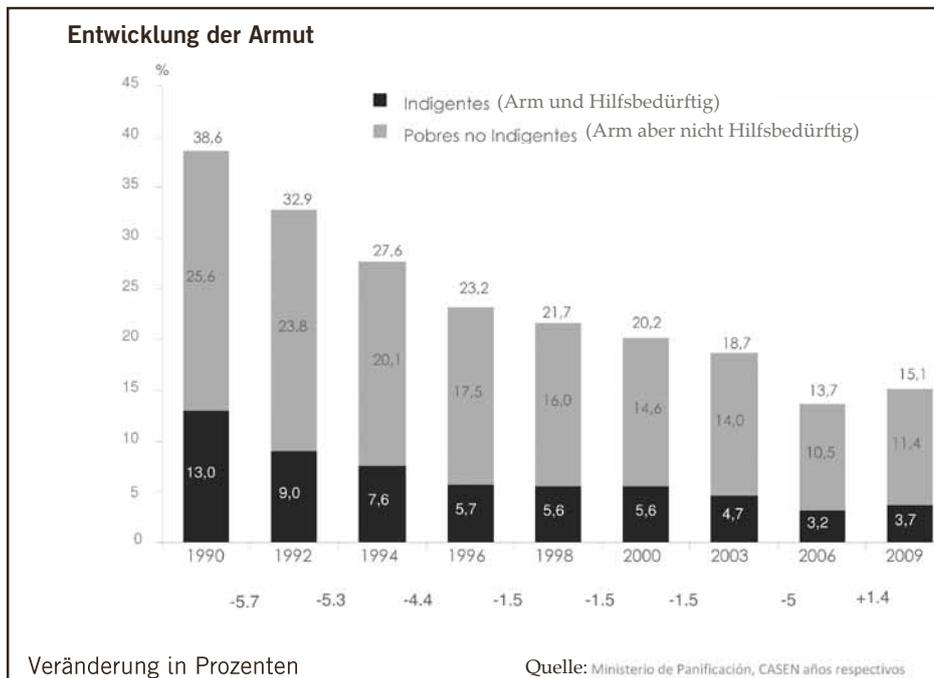
Dieser Teil der Serie hat sich bis-
her fast ausschließlich mit dem Wahl-
recht beschäftigt. Man darf aber die
Probleme, die damit zusammenhän-
gen nicht isoliert betrachten. Schließ-

lich ist denkbar, dass, wenn es in
anderen Bereichen der Gesellschaft
zu gravierenden Veränderungen
kommt, das Wahlgesetz die Rechte
ebenso benachteiligen könnte wie es
heute für die Linke der Fall ist.

Wenden wir uns daher der
ökonomischen Basis des Landes
zu und betrachten wir die wich-
tigsten ökonomischen Kennziffern
aus dem Merkblatt „Wirtschaftsdaten
kompakt: Chile“ der „Germany Trade
& Invest“, einer Gesellschaft der
Deutschen Regierung für Außen-
wirtschaft und Standortmarketing.
Es ist keine Überraschung, dass der
Bergbau 2009 zu 17,9%, davon al-
lein der Kupferbergbau mit 14,8%,
zur Entstehung des chilenischen
Bruttoinlandsproduktes (BIP) bei-
getragen hat. Doch an zweiter Stelle
finden sich Finanzdienstleistungen
mit 16,4%. Dieser Wert ist ziemlich
hoch. Besonders wenn man ihn mit
den 5,7% vergleicht, die dieser Sektor
in Argentinien erreicht. In Peru und
Bolivien wird dieser Sektor nicht ein-
mal separat ausgewiesen. Dieser im
Vergleich zu den Nachbarländern
sehr hohe Anteil hat verschiedene
Ursachen die aber letztlich eine Folge
der neoliberalen Ausgestaltung der
Wirtschafts- und Sozialstruktur sind.

Die privatisierten Einrich-
tungen zur Daseinsvorsorge wie
Kranken- und Rentenversicherung
gehören heute zum Bereich Finanz-
dienstleistungen. In Ländern mit
einem staatlich organisiertem Sozi-
alsystem findet sich dieser Sektor
in der so genannten Staatsquote.
Dazu kommt, dass die aktuelle
Ausgestaltung der kapitalistischen
Ökonomie auf kreditfinanziertem
Konsum basiert. Nach verschie-
denen Untersuchungen ist die Ver-
schuldung der chilenischen Fami-
lien, in Bezug zu ihrem Einkom-
men, von 40% im Jahr 2003 auf 69%
im Jahre 2008 gestiegen. Das hat
dazu geführt, dass im untersten
Fünftel der Einkommensbezieher
über 60% der finanziellen Mittel
zur Bedienung der Schulden auf-
gewendet werden.

Als letzter Posten mit einer
zweistelligen Ziffer ist noch die
verarbeitende Industrie mit 13,1%
zu nennen. Argentinien, dass auch
einem Prozess der Deindustriali-
sierung ausgesetzt war, kommt hier
auf 18,2%.



Die drei genannten Sektoren sind alleine für fast 50% des chilenischen BIP verantwortlich. Auffällig ist, dass der Beitrag der Land- und Forstwirtschaft auf magere 2,6% kommt. Hält man doch in Chile gerade den Export von Wein, Früchten und Zellulose für ein Zeichen des Erfolges des aktuellen Wirtschaftsmodells. Betrachtet man die Exportstruktur sieht es für diese Güter etwas besser aus. Zusammengefasst liegt ihr Anteil 2008 bei 11%. Doch das ist nichts im Vergleich zum Kupfer. Seine unterschiedlichen Derivate (Erz, Konzentrat oder Kupfer in unterschiedlicher Reinheit) kommen auf 53,6%, der Bergbau insgesamt auf 57,3%.

Um Entwicklungen sichtbar zu machen müssen diese Werte mit denen aus der Vergangenheit verglichen werden. Leider finden sich in der Literatur keine historischen Zahlen über die Zusammensetzung des BIP. Doch scheint die Bedeutung des Kupfers zugenommen zu haben. In einem Beitrag der Onlinezeitschrift *Pensamiento Crítico* vom November 2004 findet sich eine Tabelle über den Anteil des Bergbaus am BIP. Er stieg demnach von 7,2% (1980) über 8,9% (1990) auf 10,1% (2000). Während sein Wachstum in den 80er Jahren mit den, durch die Öffnung der Märkte ausgelösten, Deindustrialisierungsprozessen zu tun hat, lassen sich die heutigen 17,9% mit gestiegenen Rohstoffpreisen erklären.

Leichter finden sich Zahlen über die Exportstrukturen in der Vergangenheit. Nimmt man die Aufschlüsselung für das Jahr 1960 von Dieter Nohlen findet man folgende Tendenz. In einem halben Jahrhundert ging 86,6% aller Exporte den Bergbau zurück. Kupfer machte dabei 68,8% der Ausfuhr aus. Demnach ist der Anteil dieses um ca. 15 Punkte, 53,6%, gefallen.

Man kann also sagen, dass Chiles Exporte von diesem zwar nachgelassen

hat, aber bei einem Anteil von etwas über 50% immer noch besteht. Dabei ist aber zu bezweifeln, dass dieser Rückgang ein Erfolg des Neoliberalismus ist. Für den Export empfindlicher Früchte in die Länder des Nordens ist moderne Kühl- und Transporttechnologie viel wichtiger als die Wirtschafts- und Sozialgesetzgebung. Im Widerspruch zur Selbsteinschätzung stehen die von Claudio Maggi und Dirk Messner genannten Zahlen, denen zufolge Chiles Anteil am Weltexport während der Diktatur von 0,44% (1970) auf 0,22% (1987) gefallen ist.

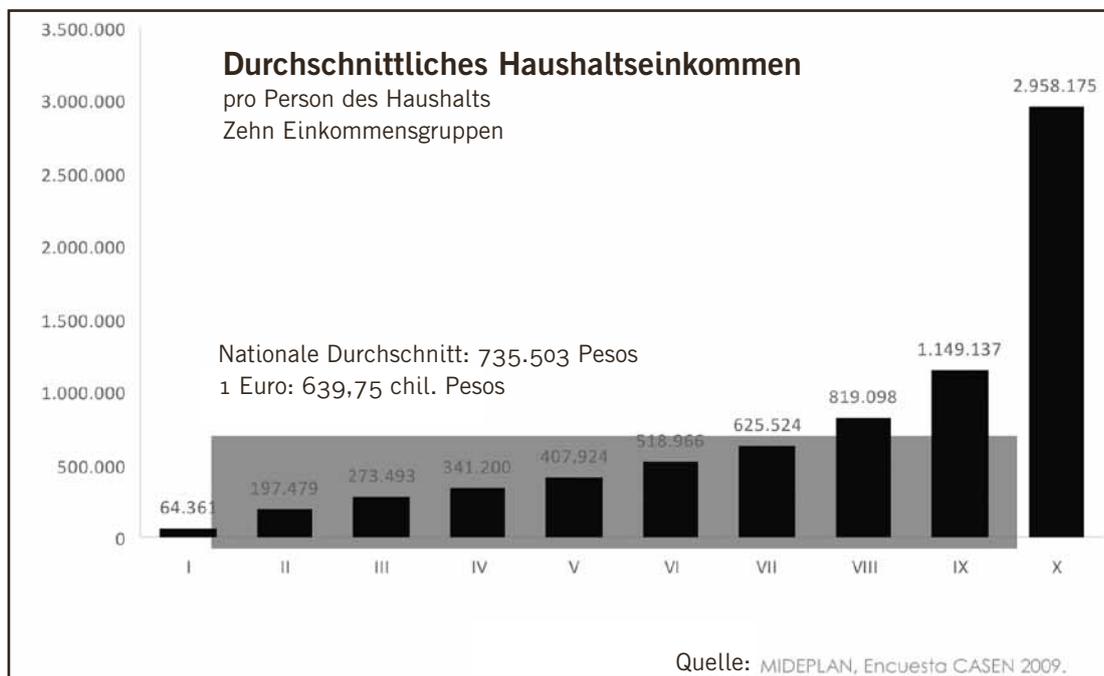
Im Gegensatz dazu steht die Bedeutungszunahme des Bergbaus im Lande selbst. Dabei ist seine Dominanz viel größer als es die Zahlen ausdrücken, denn ein guter Teil dessen, was das Kreditwesen zum BIP beiträgt, hängt letzten Endes vom Kupfer ab. Sollte es bei diesem Metall zu Nachfrageeinbrüchen kommen, würde auch der Beitrag der Finanzdienstleistungen einbrechen.

Durch den Anstieg der Rohstoffpreise hat Chile in den letzten 20 Jahren, ökonomisch gesehen, eine sehr angenehme Zeit erlebt. So weist das Land für den Zeitraum von 1990 bis 2002 eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von 5,8% auf. Das ist der höchste Wert eines Jahrzehnts in der chilenischen Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts. Auch in den folgenden 5 Jahren (2003-2008) liegt das Wachstum bei einem jährlichen Durchschnitt von

4,7%. Trotzdem wird für 2008 eine offizielle Arbeitslosenrate von 7,8% angegeben.

Diese positive Wirtschaftsentwicklung wird auch bei der Einkommensentwicklung sichtbar. Nach der Untersuchung *CASEN 2006* des chilenischen Ministeriums für Planung sind die Einkommen der abhängig Beschäftigten von 1990 bis 2006 um 59,4% gestiegen. Beim untersten Zehntel der Lohnabhängigen lag dieser Wert zwar nur bei 51,5% aber sie erhalten vom Staat weitere Unterstützungen. Neben Ausbildungs- und Gesundheitsbeiträgen besteht ihr Haushaltseinkommen zu 13,2% aus finanziellen Zuwendungen.

Das schlägt sich auch in der Entwicklung der Armut nieder. Nach Zahlen der CEPAL lebten 1970, dem Jahr des Wahlerfolges von Salvador Allende, 20% der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Die Politik Pinochets ließ diesen Wert auf 45% (1987) steigen. In der ersten Dekade der *Concertación* fiel er auf 23,3% (1996) und 10 Jahre später lag er bei 13,7%. Diese Zahlen bedeuten allerdings nicht, dass die Bevölkerung keine materiellen Probleme hätte. Selbst die Konrad Adenauer Stiftung räumt in ihrer Wahlanalyse ein, dass Chile „mit einer hohen sozialen Ungleichheit und einer nach wie vor bestehenden Armut“ zu kämpfen hat. „In der Region hat nur noch Brasilien eine ungleichere Einkommens- und Vermögensverteilung.“



Die neoliberale Ideologie als nationaler Konsens

Trotz der weiterhin bestehenden Probleme ist diese ökonomische Entwicklung die materielle Basis für die Herausbildung eines grundlegenden nationalen Konsenses in Chile (zu den weiteren Gründen zählen die Niederlage der Unidad Popular, die Niederlage im Kampf gegen die Diktatur und der Zusammenbruch des sozialistischen Lagers), der, so Maggi/Messner, „im Kern die folgenden Aspekte enthält:

- Die Orientierung in Richtung eines minimalen Staatsmodells, das von der Grundlage ausgeht, das sämtliche nicht privaten Institutionen zwangsläufig schwach sind;
- die vorgefasste Meinung, dass das Privatunternehmen die unangefochtene und alleinige Hauptrolle bezüglich des wirtschaftlichen und sozialen Wachstum spielt;
- die Auffassung, dass der Markt nicht nur die Funktion der Zuteilung wirtschaftlicher Faktoren erfüllt, sondern weit darüber hinausgehend dazu in der Lage ist, soziale Probleme (Armut, Jugendarbeitslosigkeit, Umwelt) oder die Förderung anderer sozialer Bereiche (Kultur, Sport) eher zu lösen als jedes politische Programm;
- Assimilation des normativen Paradigmas des „homo oeconomicus“, mit der Konsequenz, dass Kooperation, Methoden zur gemeinschaftlichen Problemlösung, gesellschaftliche Solidarität und die Organisation gemeinsamer Interessen (z. B. in Form der Gewerkschaften) als Ausdruck einer anachronistischen Mentalität angesehen werden.“

In diesem gesellschaftlichen Klima existierte so gut wie keine öffentliche Kritik an der neoliberalen Ausrichtung der Concertación. Der Linken kam schon zu Beginn der neuen Zeitrechnung ihre parlamentarische Vertretung abhanden. Die Mehrheit von PAIS schloss sich der Sozialistischen Partei (PS) an, so auch ihre Abgeordneten. Die Linke war damit zum Schweigen verdammt. Auch in Chile nehmen die Medien nur die politischen Kräfte wahr, die im Parlament vertreten sind. Zu dieser Zeit warteten die politischen Beobachter auf das endgültige Verschwinden der Kommunistischen Partei. Viele Faktoren sprachen dafür. So die massive

Schwächung der KP nach ihrer Spaltung 1990. Die Entpolitisierung der Gesellschaft und die allgemeine Aufsplitterung linker Strukturen als Folge des Binominalismus. Da Wahlerfolge für linke Kandidaturen ziemlich aussichtslos sind, entfällt der Zwang zur Zusammenarbeit. Heute gibt es, nach einer unvollständigen Zählung der linken Zeitschrift *Punto Final*, 18 Gruppen und Organisationen mit mehr oder weniger Einfluss.

Doch die KP ist nicht in der Bedeutungslosigkeit verschwunden. Auch wenn zwischenzeitlich die Ergebnisse der von ihr unterstützten Präsidentschaftskandidaten bis auf magere 3,2% gefallen sind. Heute gehen politische Analysten davon aus, dass die Kommunisten auf eine gesellschaftliche Verankerung von 4% bis 8% der Bevölkerung blicken können. In ihren Hochburgen konnten sie immer, alleine oder in Bündnissen, kommunale Mandate erringen, darunter sogar das eine oder andere Bürgermeisteramt.

Trotz dieser erfreulichen regionalen Entwicklung bläst der Linken der Wind ins Gesicht. Das liegt daran, dass es infolge des Binominalismus auf nationaler Ebene keine wirkliche Alternative gibt. Folge ist eine immer weitergehende Entpolitisierung die sich laut *chile21.cl* folgendermaßen ausdrückt:

„In Las Condes gibt es ungefähr 8.000 Jugendliche zwischen 18 und 19 Jahren. Von ihnen registrierten sich mehr als 4.000 um bei den letzten Wahlen abzustimmen. In La Pintana leben auch 8.000 Jugendliche im gleichen Alter, aber weniger als 300 registrierten sich um zu wählen. Ein gleiches Muster, nicht so ausgeprägt aber systematisch, wiederholte sich in ganz Chile: die Rate der jugendlichen Registrierung war bedeutender in den Stadtteilen mit den höchsten Einkommen.“

Das bedeutet, dass der Linken, aber auch der Mitte, bei Wahlen ihre natürliche Basis abhanden kommt. Wie will man Menschen, die nicht mehr erwarten, dass die Politiker etwas für sie tun können, dazu bewegen sich in die Wahlregister einzu-tragen?

Worauf führen die Politikwissenschaftler der Concertación die Niederlage zurück? Dazu hat das Büro Santiago der Friedrich Ebert Stiftung (FES) einiges publiziert. So

die Aufsatzsammlung „CHILE en la concertación 1990-2010“ in der namhafte Vertreter des sozialistischen Lagers zu Wort kommen. (Übrigens erwecken die Aktivitäten der FES in Chile den Eindruck, dass sie das Gehirn der Sozialistischen Partei ist.) In diesen Texten werden die unterschiedlichsten Gründe für die Niederlage genannt. Doch die meisten bestanden schon zur Zeit des Wahlerfolges von Michele Bachelet. Daher sind nur zwei einer eingehenderen Erörterung wert. Dabei handelt es sich um die Disziplinlosigkeit unter den Parlamentariern der Concertación und die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage infolge der Weltwirtschaftskrise.

Das Chaos innerhalb der Concertación

Es mag überraschen, dass an dieser Stelle auf die von Eugenio Rivera angeführte mangelnde Disziplin der Abgeordneten eingegangen wird, aber ihr Verhalten ist zum Teil für die Enttäuschung der Wähler über die von der Concertación betriebene Politik verantwortlich. Rivera führt das Dissidententum darauf zurück, dass die Regierung Bachelet „Übereinkünfte mit der Rechten“ bevorzugte. Dabei stellte sie die eigenen Abgeordneten vor vollendete Tatsachen. Das wollten sich einige von ihnen nicht gefallen lassen und rebellierten. Die Parteiführungen antworteten mit disziplinarischen Maßnahmen. So wurden aus der Christdemokratischen Partei fünf Abgeordnete und ein Senator ausgeschlossen, aus der PPD ein Senator, ein Abgeordneter und ein historischer Führer und bei der Sozialistischen Partei zwei Senatoren, ein Abgeordneter und der historische Führer Jorge Arrate. In der PS traf die Ausschlusswelle auch zahlreiche mittlere Funktionäre. Im Widerspruch dazu steht, dass ein Teil der Ausgeschlossenen, besonders aus der Christdemokratie und der PPD, wegen rechter Abweichungen gehen musste.

Was von Rivera nur als Führungsproblem diskutiert wird, ist tatsächlich ein Ausdruck von Veränderungen an der Basis des Regie-

rungslagers. Die Enttäuschung über die ungenügenden Resultate bei der Demokratisierung des Landes und das Fortdauern der sozialen Ungerechtigkeit hat inzwischen einen Teil der Wähler der Concertación erreicht. Früher waren sie schon zufrieden wenn ihre Politiker das Land regierten. Sie akzeptierten Zugeständnisse an die Rechte damit das Militär nicht wieder aus den Kasernen kommt. Diese Zeit liegt aber fast 20 Jahre zurück. Die heutigen Erstwähler sind nach dem Rückzug des Diktators geboren. Ihnen fehlt die sinnliche Erfahrung welche Gewalt die Rechte in den Händen hält. Die Erwartungen sind gestiegen, können jedoch nicht erfüllt werden. Die Handlungsmöglichkeiten der Concertación sind bei wichtigen Fragen, z. B. der Modifizierung des ebenfalls aus der Zeit Pinochets stammenden Arbeitsgesetzbuches, ähnlich begrenzt wie bei der Wahlordnung.

Dies führt dazu, dass die Abgeordneten, um wiedergewählt zu werden, versuchen sich von der Regierung abzusetzen. Dagegen müssen die Parteiführungen einschreiten. Als Ergebnis dieser Konflikte sah sich der Kandidat der Concertación, Eduardo Frei Ruiz-Tagle (er war schon von 1994 bis 2000 Präsident), zeitweilig drei ehemals sozialistischen Mitbewerbern gegenüber. Rivera sieht den Hauptgrund für die Niederlage darin, dass es innerhalb der Concertación keine offenen Vorwahlen zwischen diesen Bewerbern gab.

Hätte eine andere Prozedur der Kandidatenfindung dem Regierungslager mehr Erfolg gebracht? Das ist zu bezweifeln. Die Unzufriedenheit mit seiner Politik hält ja schon etwas länger an. Man hätte so diese Unzufriedenheit dämpfen aber nicht aus der Welt schaffen können. Im Rückblick stellt sich die Frage warum die Concertación nie versucht hat die Grenzen der institutionellen Ordnung mittels Mobilisierung ihrer Basis zu überwinden. Wie das geht sollte sie eigentlich noch aus der Zeit der Protestbewegung gegen die Diktatur wissen. Wurde das unterlassen weil soziale Bewegungen in der Regel zu einer Stärkung der Linken führen? Oder hat die Bourgeoisie den Führungskadern der Concertación klar gemacht, dass sie in diesem Fall wieder ihre Kettenhunde von der Leine lässt?

Die politischen Probleme bei den Sozialisten führten dazu, dass von den vier Bewerbern um die Präsidentschaft drei noch vor kurzem der Concertación angehörten. Neben Frei trat Jorge Arrate für *Juntos Podemos Mas* (Gemeinsam Können Wir Mehr - das von den Kommunisten geführte Wahlbündnis) an. Als Unabhängiger ging Marco Enríquez-Ominami, allgemein MEO genannt, ins Rennen. MEO ist leiblicher Sohn von Miguel Enríquez, dem im Kampf gegen die Diktatur gefallenen Generalsekretär des MIR und Adoptivsohn von Carlos Ominami, einem Politiker des PS. Er wurde von *Nueva Mayoría para Chile* (Neue Mehrheit für Chile), einer neuen Wahlallianz,

unterstützt. Aber trotz dieses familiären Hintergrundes ist Enríquez-Ominami ein klassischer Populist von dem man nicht wirklich weiß für was er steht.

Ein unerwartetes Bündnis

Bei den gleichzeitig stattfindenden Parlamentswahlen gab es eine Sensation. *Juntos Podemos Mas* konnte eine Wahlallianz mit der Concertación eingehen. Damit befanden sich auch einige Kommunisten auf aussichtsreichen Plätzen. Anscheinend wurde davon in Chile keine große Notiz genommen, obwohl es das erste Mal gewesen sein dürfte, dass bei nationalen Wahlen Christdemokraten und Kommunisten gemeinsam kandidieren. Politische Beobachter hielten das für ein Zeichen der Schwäche auf Seiten des Regierungslagers. Es wolle sich so jede Stimme für den zweiten Wahlgang sichern. Diese Einschätzung ist sicher nicht falsch. Trotzdem fragt man sich wer oder was den traditionellen Antikommunismus der Christdemokraten überwunden hat? Schließlich ist diese Zusammenarbeit so ungewöhnlich wie wenn in Deutschland die härtesten Neoliberalen der SPD mit Sahra Wagenknecht auf einer gemeinsamen Liste stünden.

Eine mögliche Antwort führt auf die internationale Ebene. Piñera ist ein Chicago Boy. Es war zu erwarten, dass er Chile in die Gruppe der südamerikanischen Staaten einreihen wird, die der Politik der USA folgen. Das wirkt sich auch auf das Stimmverhalten in internationalen Organisationen aus. Hier werden die gegensätzlichen Interessen zwischen den USA und Europa ausgetragen. Europa, und da vor allem Deutschland als stärkste Kraft, musste also an einer weiteren Regierung der Concertación interessiert sein. Da vier Parteien der Concertación über ihre internationalen Zusammenschlüsse, Christdemokratische und Sozialistische Internationale, mit deutschen Parteien verbunden sind, kann man sich gut vorstellen, dass der entscheidende Anstoß zu diesem Sinneswandel aus Deutschland gekommen ist.

Trotzdem hat diese Wahlvereinbarung die Concertación nicht vor

Anzeige

August Thalheimer

Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst Ein Versuch



Das Essay des oppositionellen Kommunisten Thalheimer entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Ein großer Teil der Schriften Thalheimers aus dem kubanischen Exil ging verloren. Jetzt liegt dieser wichtige Text erstmals vollständig vor. Mit editorischen Vorbemerkungen und einer Einführung von Theodor Bergmann.

Broschüre, DIN-A5
80 Seiten, 6,- €
Herausgegeben von
Heiner Jestrabek.

Bestellungen an:
T. Gradl,
Postfach 910307,
90261 Nürnberg

einer scheinbar linken Konkurrenz bewahrt. Kräfte die nach den letzten Wahlen den kommunistischen Wahlauf Ruf für Bachelet verurteilten formten die *Nueva Mayoría para Chile*. Laut Wikipedia handelt es sich dabei um die Humanistische und die Ökologische Partei, unterstützt von ein paar Gruppen die einer unabhängigen, alternativen Linken zugeordnet werden können. Ihre politische Linie wird mit Humanismus, Ökologie und Sozialliberalismus beschrieben. Trotzdem geben sie sich ziemlich links. Während das Erkennungszeichen von *Juntos Podemos Mas* eine Windmühle ist, geht die *Nueva Mayoría para Chile* mit einem Roten Stern auf Stimmenfang.

Doch das war nicht die einzige Liste mit geringen Erfolgsaussichten. Ein hauptsächlich von Regionalparteien getragener Zusammenschluss, unter der Führung des bekannten ehemaligen christdemokratischen Politikers Adolfo Zaldívar, bewarb sich mit dem Namen *Chile Limpio Vote Feliz* (Sauberes Chile Wähle Glück). Glaubt man Wikipedia ähnelt die Programmatik der von *Nueva Mayoría para Chile*, nur dass hier der Regionalismus den Humanismus ersetzt.

Selbstverständlich gibt es auch in der chilenischen Linken die Position der Wahlenthaltung. Sie wird am lautesten von einer neu entstandenen Organisation namens MIR vertreten, die von sich behauptet die Weiterführung des historischen MIR zu sein. Doch dieser ist in den 80er Jahren in mehrere Teile zerbrochen. Die heutige Organisation gleichen Namens kann sich durchaus in seine politische Tradition stellen, sie mag auch Mitglieder aufweisen die schon im alten MIR aktiv waren aber es handelt sich um eine Neugründung. Das erkennt man schon am geringen intellektuellen Niveau ihrer Stellungnahmen. Während im *Punto Final* für den zweiten Wahlgang zu einer Stimmgabe zugunsten Freis aufgerufen wurde, ging der MIR auf das stichhaltigste Argument gar nicht ein. Da offensichtlich war, dass ein Präsident Piñera zur Isolierung der fortschrittlichen Länder des Kontinents beitragen wird, begründete das allein schon die Wahl seines Gegenkandidaten. Doch dieser Gesichtspunkt war für den MIR kein Thema. Sein Blick auf die Welt reicht scheinbar nicht weit

über die Grenzen des eigenen Stadtteils hinaus.

Die Resultate der Stimmgabe

Das Ergebnis ist bekannt, jedenfalls soweit es die Präsidentschaftswahl betrifft. Doch damit die Kräfteverhältnisse deutlich werden, hier die Zahlen im einzelnen. Der Kandidat der Rechten erhielt beim ersten Durchgang 44,1% gefolgt von Frei mit 29,6%. Enríquez-Ominami, ihm wurde zeitweilig sogar zugetraut den Bewerber des Regierungslagers zu überflügeln, konnte 20,1% erreichen. Jorge Arrate erzielte, bei Berücksichtigung der großen Konkurrenz, beachtliche 6,2%.

Für die zweite Runde rief Arrate erwartungsgemäß zur Wahl Freis auf. Enríquez-Ominami enthielt sich einer Empfehlung. So konnte Piñera den entscheidenden Wahlgang mit 51,6% für sich entscheiden. Seine Stimmenzahl steigerte er um eine gute halbe Million. Sie werden aus der Anhängerschaft von Enríquez-Ominami gekommen sein, da die aktive Wahlbeteiligung um knapp 20.000 Stimmen sank.

Die Parlamentswahl ergab ein etwas anderes Bild. Hier erhielt die Liste der Concertación 44,4% und lag damit vor der Rechten die nur 43,5% erzielte. Doch infolge des Wahlrechts verfügt die Rechte über 58 Mandate während es nur 57 Bewerber der Concertación ins Parla-

ment geschafft haben. Da auch drei Kommunisten ein Mandat erhielten, verfügt die Concertación selbst nur über 54 Abgeordnete. Die Liste *Nueva Mayoría para Chile* konnte 4,6% einsammeln was unter dem Ergebnis von *Chile Limpio Vote Feliz* liegt. Deren 5,4% ergaben aufgrund regionaler Hochburgen drei Mandate. Daneben waren noch zwei unabhängige Bewerber erfolgreich.

Dem aufmerksamen Leser wird nicht entgangen sein, dass sich unter den genannten Gründen für die Niederlage der Concertación auch die Ökonomie befindet. Zu den Rahmenbedingungen dieser Wahl gehörte, dass sie am Ende eines Jahres stattfand, in dem das BIP das erste Mal seit fast 30 Jahren gefallen ist. Als Folge der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise ist es im Jahr 2009 um 1,5% geschrumpft. Die Arbeitslosigkeit stieg um 1,9 Punkte auf 9,7%. Da braucht man sich über die Ergebnisse der Untersuchung *CASEM 2009* nicht zu wundern. Sie ergab, dass der Anteil der in Armut lebenden Menschen zwischen 2006 und 2009 um 1,4 Punkte auf jetzt 15,1% gestiegen ist.

Auch langfristige ökonomische Trends spielten eine Rolle. So weist Augusto Varas in seinem Beitrag zur Textsammlung der FES auf einen interessanten Zusammenhang hin. Er ermittelte die prozentuale Verteilung der Summe der jährlichen Haushaltseinkommen auf die einzelnen Regionen. Bei einem Ver-

Anzeige



DIE ROTE HILFE

Schwerpunkt der Ausgabe 4/2010:

Zur Lage der Menschenrechte in Deutschland

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2 €, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.

Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

Zuschriften und Anfragen an:

Rote Hilfe e.V.

Literaturvertrieb

Postfach 6444

24125 Kiel

Tel./Fax: 04 31 / 7 51 41

literaturvertrieb@rote-hilfe.de



Jetzt auch in
gutsortierten
Bahnhofsbuch-
handlungen

Zeitung der Roten Hilfe e.V. – Zeitung gegen die Repression

gleich der Werte für das Jahr 2001 und 2008 kann man so feststellen wo die Summe der Haushaltseinkommen, im Verhältnis zu denen des ganzen Landes, gestiegen oder gefallen sind. Bei einem Vergleich dieser Tendenzen mit den dazu gehörenden Wahlergebnissen stellt Varas fest, dass in Regionen die eine Steigerung aufweisen mehrheitlich für Frei votiert wurde. Im Gegensatz dazu steht das Wahlverhalten in Gegenden mit stagnierendem oder fallendem Anteil. Hier lag Piñera vorne. Dieses Muster findet sich, mit nur einer Abweichung pro Kandidat, in ganz Chile. Offensichtlich hat ein Teil der Wähler die Regierung für diese Entwicklung verantwortlich gemacht.

Was könnte die Zukunft bringen?

Vor der Wahl wurde der Concertación bei einer Niederlage Freis ihr Auseinanderbrechen prognostiziert. Dazu ist es bisher nicht gekommen, obwohl es innerhalb des Bündnisses viel Streit gibt. Aus seinen Reihen kann man sogar recht optimistische Stimmen hören. Sie gehen davon aus, dass die nächste Wahl mit der Kandidatin Michele Bachelet, die dann wieder antreten darf, gewonnen werden kann. Diese Meinung wird von ihren guten Umfrageergebnissen getragen. Danach wollen die Meinungsforscher am Ende ihrer Amtszeit eine Zustimmungsrate von bis zu 80% der Bevölkerung ermittelt haben, die Höchste die je für einen chilenischen Präsidenten ermittelt wurde. Man darf diese Zahlen aber nicht in Wählerstimmen umrechnen. Sie drücken nur die momentane Zufriedenheit der rechten Anhängerschaft mit ihrer Politik aus. Aber nie im Leben würden diese Menschen einer sozialistischen Kandidatin ihre Stimme geben.

Realistischer erscheint da der Hinweis von Manuel Cabieses Donoso, dem Chefredakteur von *Punto Final*: „Piñera ist Teil einer ‚Neuen Rechten‘ die beansprucht sich von den jüngst vergangenen Militärdiktaturen getrennt zu haben, die in Lateinamerika die Menschenrechte missachteten. Diese Rechte (die es erreicht hat ihre

putschistische DNA zu verstecken) ist nach Chile gekommen um zu bleiben, zumindest ist es das was sie will.“

Dafür findet sie leider gute Voraussetzungen. Der Prozess der Entpolitisierung wird weitergehen was der Rechten in die Hände arbeitet. Möglicherweise kann sie in den nächsten Jahren sogar einen Teil der Concertación auf ihre Seite ziehen. Sollte das passieren würde sich ihre Basis so verbreitern, dass sie mittels Wahlen nur schwer wieder aus dem Präsidentenpalast zu entfernen wäre.

Die Linke, sie ist die einzige Kraft die ein alternatives Projekt entwickeln könnte, wird dazu nicht in der Lage sein. Voraussetzung dafür ist die Überwindung ihrer Zersplitterung. Dazu braucht es aber mehr als moralische Appelle. Inwieweit die neu gewählten kommunistischen Abgeordneten eine positive Wirkung entfalten können, muss die Zukunft zeigen. Auf jeden Fall werden es sozialen Bewegungen, z.B. die der Mapuche, jetzt schwerer haben. Piñera wird da mit harter Hand durchgreifen wo die Concertación mit Rücksicht auf ihre Basis zögerte.

Es darf auch nicht übersehen werden, dass die faschistoide UDI seit bald 30 Jahren Basisarbeit in den Stadtvierteln macht. Die so erarbeitete Verankerung hat sie auf der Rechten zur stärksten Partei gemacht. Die Partei des Präsidenten, RN, ist im Gegensatz dazu eine Versammlung reicher Leute. Auf mittlere Sicht wird die UDI versuchen, selbst das Staatsoberhaupt zu stellen.

Ob sie das umsetzen können wird auch davon abhängen, wie die neue Regierung mit den Folgen des Erdbebens und der Weltwirtschaftskrise fertig wird. Die Medien tun zwar alles, um die Probleme herunter zu spielen. Das muss aber nicht gelingen. So gibt es inzwischen Berichte über Protestaktionen von Arbeitern wegen des Verlustes ihrer Arbeitsplätze. Das sind erfreuliche Signale. Es ist aber zu bezweifeln, dass sie die Stärke werden entfalten können, die notwendig sein wird um der gesellschaftlichen Entwicklung eine andere Richtung zu geben.

Vermutlich kann nur eine gravierende Veränderung der ökonomischen Basis des Landes die Vo-

oraussetzung dafür schaffen. Sie würde die Gewichte zwischen den Fraktionen des Kapitals neu verteilen und damit massive Interessenkonflikte innerhalb der Bourgeoisie auslösen. In diesen Auseinandersetzungen könnte ein Sektor dazu gezwungen sein, seine Interessen im Bündnis mit der Bevölkerung zu verfolgen. Das zwingt ihn zu Kompromissen die wieder Raum für linke Politik schaffen.

Etwas ähnliches hat Chile schon einmal erlebt. Die Entwicklung der großtechnischen Haber-Bosch-Synthese von Ammoniak während des 1. Weltkrieges beendete den Salpeterboom. Dieser Exporteinbruch zusammen mit den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise am Ende der 20er Jahre waren der ökonomische Grund für das Einschlagen einer Richtung, die Historiker als Politik der Importsubstitution bezeichnen. Das Programm der Unidad Popular war in diesem Kontext nur seine konsequenteste Formulierung.

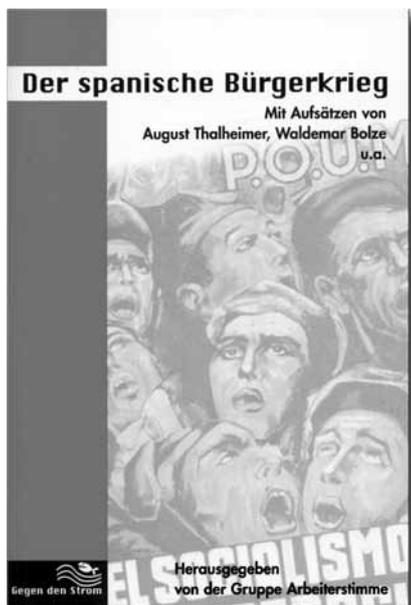
Im Moment sieht es aber nicht nach der Wiederkehr dieses Zyklus aus. Bei den Prognosen über den zukünftigen Kupferbedarf Chinas und Indiens braucht sich die Bourgeoisie gegenwärtig keine Sorgen über die Stabilität ihres Wirtschaftssystems machen. Doch hält die Geschichte immer Überraschungen bereit. Daher ist zu hoffen, dass die chilenische Linke in der Lage ist sich auf dem aktuellen Niveau zu stabilisieren. Das ist notwendig damit im Falle eines Falles erfahrene Kader bereitstehen um die dann sich bietenden Möglichkeiten auch zu nutzen.

Der Blick zurück auf fast ein halbes Jahrhundert sozialer Kämpfe stimmt traurig. Wieviel Kraft und Elan wurde von so vielen Menschen aufgebracht in der Hoffnung auf ein besseres Morgen. Ungezählt das Leid das die Bourgeoisie daraufhin über das Land brachte um diese Bewegung aufzuhalten. Und wie gering sind die bleibenden Erfolge dieser Kämpfe. Diese Tragödie darf von der internationalen sozialistischen Bewegung nicht vergessen werden. Aus ihren Fehlern ist für die kommenden Kämpfe zu lernen.

Literaturliste

K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag	1983, 234 Seiten , 14,00 €
Die Bremer Linksradikalen	66 Seiten, 2,00 €
Register der „Arbeiterstimme“ 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989	je 1,00 €
Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten (Hrsg. Achim Kowalczyk)	Sonderpreis 192 Seiten, 5,00 €
Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein	146 Seiten, 5,00 €
Theodor Bergmann: Gegen den Strom , Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe)	624 Seiten, 20,00 €
Jens Becker: Heinrich Brandler – Eine politische Biographie	510 Seiten, 20,00 €
Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: Einführung in den dialektischen Materialismus Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer)	1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
Zurück in die Eierschalen des Marxismus? Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer)	30 Seiten, 1,50 €
1923, eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer)	1931, 32 Seiten, 1,50 €
Um was geht es? Zur Krise der KPD (August Thalheimer)	1929, 32 Seiten, 1,50 €
Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)	1931, 75 Seiten, 3,00 €
Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer)	1932, 34 Seiten, 1,50 €
Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?	1932, 27 Seiten, 1,50 €
Volksfrontpolitik , ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik	1974, 95 Seiten, 2,50 €
Fluchtpunkte , Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung	316 Seiten, 20 €
Die Potsdamer Beschlüsse , Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1945, 32 Seiten, 1,50 €
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1946, 27 Seiten, 1,50 €
Weißer Flecken , Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung	1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
August Thalheimer and German Communism – Revolutionary History	320 Seiten, 15 €
Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion (August Thalheimer)	1952, 43 Seiten, 1,50 €
Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution (Heinrich Brandler)	1950, 140 Seiten, 5,00 €
Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion , Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU	1974, 68 Seiten, 3,00 €
Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie (August Thalheimer)	1928, 54 Seiten, 2,00 €
Der Weg der Gewerkschaften , Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze)	1948, 181 Seiten, 4,00 €
Ostblock - Westblock , Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer)	7,50 €
Der Faschismus in Deutschland , Analysen und Berichte der KPD-Opposition	1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg



240 Seiten, Paperback,
€ 12,-
 ISBN 3-00-010296-5
 Herausgegeben
 von der *Gruppe Arbeiterstimme*

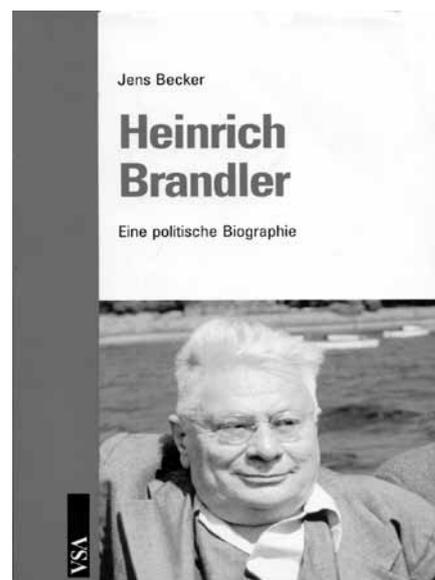
Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

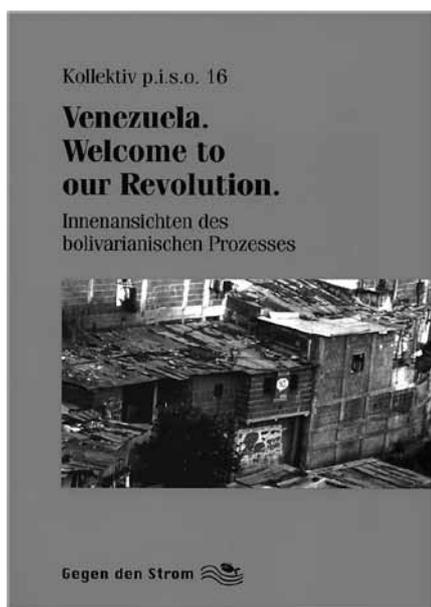
Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.



510 Seiten, Paperback,
€ 20,-
 ISBN 3-87975-767-4

Venezuela – Welcome to our Revolution

Innenansichten des
 bolivarianischen Prozesses



168 Seiten, Paperback,
€ 10,-
 ISBN 3-9809970-1-4
 Herausgeber: Kollektiv p.i.s.o. 16

Bereits der Versuch, die sogenannte „bolivarianische Revolution“ in Kategorien zu fassen, die kompatibel zu linken Diskursen in Deutschland sind, ist schwierig: Befindet sich Venezuela bereits in einem revolutionären Transformationsprozess? Oder lässt sich die politische Realität besser als vorrevolutionäre Situation beschreiben, in der sich die gesellschaftlichen Widersprüche stetig verschärfen und in naher Zukunft zu einer weitergehenden Umwälzung führen werden? Oder sind beide Prozesse, der der Transformation wie der der Zuspitzung gleichzeitig vorzufinden, je nach gesellschaftlichem Bereich? Und welche Bereiche sind diesen Prozessen unterworfen – und welche (bislang) nicht?

Den Schwerpunkt des Buches bilden 18 Interviews, die im September 2004 in Venezuela geführt wurden.

Bestelladresse:
Gegen den Strom
Schwanthalerstraße 139
80339 München
gds-verlag@gmx.de

oder:
T. Gradl
Postfach 910307
90261 Nürnberg



624 Seiten, Paperback,
€ 20,-
 ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:
T. Gradl
Postfach 910307
90261 Nürnberg